

Europa in der großen Krise

Ein Drama in drei Akten

Europa neu begründen - Vorwort von Jacques Santer

Europa neu begründen

In einem 1988 – also ein Jahr vor dem Fall der Berliner Mauer – publizierten Aufsatz schrieb der amerikanische Politikwissenschaftler Prof. Samuel Huntington: “Sollte die Europäische Gemeinschaft sich politisch zusammenschließen, hätte sie die Bevölkerung, die Ressourcen, den ökonomischen Wohlstand, die Technologie und die potentielle militärische Stärke, die herausragende Macht des 21. Jahrhunderts zu werden ... Man kann sich eine europäische ideologische Ausstrahlung vorstellen, welche der amerikanischen vergleichbar wäre ... Eine Union von demokratischen, wohlhabenden, sozial unterschiedlichen Gesellschaften mit gemischten Wirtschaften wäre eine mächtige Kraft auf der Weltbühne. Wenn das nächste Jahrhundert keine amerikanisches mehr sein sollte, dann wahrscheinlich ein europäisches.”

Diese Zuversicht schöpfte der angesehene amerikanische Wissenschaftler zur Zeit des Aufbruchs der Europäischen Gemeinschaft nach der Relance der 80er Jahre, der Zeit der so genannten Eurosklerose, in der Europa nach den Wehen der Weltwirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre zu gewaltigen Industrieumstrukturierungen gezwungen wurde und die ersten großen Wellen von Arbeitslosigkeit erlebte.

Heute wissen wir, dass die Europäische Union seit Juni 2005, also seit dem französischen “Non” und dem niederländischen “Nee” zum Verfassungsvertrag, in einer Krise steckt. Es ist inzwischen viel Tinte geflossen, um die Frage zu beantworten, um welche Krise es sich dabei handelt. Ich hege viel Sympathie für den Interpretationsansatz des britischen Professors Timothy Garton Ash. Er glaubt, wir hätten es mit einer Popularitätskrise zu tun. Das sehe ich genau so. Europa – und hiermit sind ja sowohl die Europäische Union als auch die von ihr gemachte oder, vor allem mit Blick auf die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, eben nicht gemachte Politik gemeint – ist im Laufe der letzten Jahre zunehmend zu einem Reizwort, wenn nicht zu einer Hassvokabel geworden. Oder, mit den Worten eines britischen Journalisten: “Europe stands for everything we cannot stand.”

Und doch: Europa war nicht immer so unpopulär wie heute. Es gab Zeiten, da hatte Europa durchaus eine satte Mehrheit bei den Bürgern. Das war beispielsweise in den Nachkriegsjahren der Fall. Damals war Europa für viele der Inbegriff, der Leitbegriff für eine

neue Epoche, die nunmehr anbrechen sollte. Und eine ähnliche Europa-Begeisterung wie damals Ende der 1940er Jahre und Anfang der 1950er Jahre konnte man auch gleich nach dem Fall der Berliner Mauer konstatieren. Diese Europa-Begeisterung, ja diese Europa-Euphorie war indes nur von sehr kurzer Dauer. Schon bei der Aushandlung des Maastrichter Vertrages (im Jahre 1991) haben wir feststellen müssen, dass es sich bei dieser anfänglichen Europa-Begeisterung lediglich um ein Strohfeuer gehandelt hat.

Europa hatte seinen Ende 1989 allenthalben sichtbaren Sexappeal also schnell wieder verloren. Natürlich kann man sich, wie Jacques Delors einmal sagte, nicht in einen Binnenmarkt verlieben. Aber die Europäische Union hat ja inzwischen viele andere Charaktereigenschaften, von denen doch einige, so glaubten wir Politiker jedenfalls, die Herzen der Bürger entflammen müssten. Heute, zwanzig Jahre nach dem Mauerfall, müssen wir jedoch leider eine ernüchternde Bilanz ziehen. Weder die Währungsunion, noch die Osterweiterung, weder die – ich gestehe – im Moment noch sehr rudimentäre Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, noch der EU-Verfassungsvertrag sind echte “projets mobilisateurs” gewesen, im Gegenteil. Sicher: Diese bedeutenden Integrations Schritte haben die Europäer geeint. Doch leider nicht so, wie wir Politiker uns das vorgestellt, erwartet und erhofft haben, denn, sie haben zur Gründung einer zweiten europäischen Union geführt, nämlich der Union der Bürger GEGEN die Europäische Union! Das Traurige daran für mich ist, dass Europa scheinbar Opfer seines eigenen Erfolges geworden ist. Fakt ist: Der inzwischen in 16 Mitgliedstaaten als Landeswährung fungierende Euro wird in Ländern der EURO-Gruppe nahezu ausschließlich als “Teuro” wahrgenommen. Mit der Osterweiterung konnotiert man – statt Garantie für dauerhafte Stabilität und Frieden in Europa – hauptsächlich Begriffe wie Kriminalität, illegale Zuwanderung, Delokalisierung von Unternehmen usw. Das Versagen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im Jugoslawien-Konflikt hat auch nicht gerade dazu beigetragen, die Rolle der EU als wichtiger internationaler Akteur zu stärken. Und die Debatte über die EU-Verfassung, die unter dem Ratsvorsitz der Deutschen relanciert wurde, hat mehr Schimpf und Schande über Europa gebracht, als jedes andere Integrationsprojekt zuvor.

Die aktuelle Krise der EU ist somit auch eine Legitimationskrise. Und hierbei geht es nicht primär um die demokratische Legitimation, sprich: um die Tatsache, dass Europapolitik angeblich nicht hinreichend demokratisch legitimiert ist. Es geht vielmehr um die

grundsätzliche Legitimation europäischer Integrationspolitik. Und dies erklärt dann auch, warum neue Europa-Debatten entstehen, wie beispielsweise die Debatte über neue Leitbilder für Europa.

«Ich persönlich bin der Meinung, dass die europäische Öffentlichkeit im Laufe der Jahre den Faden verloren hat, dass sie die politische Übereinstimmung unserer Länder über die Beweggründe für die Durchführung des gemeinsamen Werks wie auch über die Wesenselemente dieses von uns angestrebten Europa vermisst. Wenn wir die Europäische Union zustande bringen wollen, müssen wir daher zunächst dieses gemeinsame Leitbild wiederherstellen.»

Diese Sätze stammen nicht von mir, sondern aus der Einführung von Leo Tindemans, dem damaligen belgischen Ministerpräsidenten, zu seinem Bericht über die Europäische Union, den er am 29. Dezember 1975 an seine Kollegen im Europäischen Rat übermittelte, vor über 30 Jahren. Erweist diese Einschätzung sich nicht heute noch als zutreffend?

Wohl hat die Integration Europas sich als richtige Strategie erwiesen. Auch Rückschläge und Krisen ändern nichts an der Tatsache, dass die Europäische Gemeinschaft seit nunmehr über 50 Jahren als Stabilitätsanker nach innen wie nach außen entscheidend zu Freiheit und Sicherheit, Wohlstand und sozialem Frieden beigetragen hat. Die über die Verträge von Maastricht und Amsterdam zur Europäischen Union weiterentwickelte Gemeinschaft gehört heute zu den politisch attraktivsten und wirtschaftlich erfolgreichsten Regionen der Welt. Kein Mitgliedsstaat der Union kann und will diese Erfolge aufs Spiel setzen. Und trotzdem haben die heftigen Diskussionen um den Verfassungsvertrag und die Referenden, die in Frankreich und den Niederlanden wie auch in Luxemburg stattfanden, gezeigt, dass die Union zum Teil erheblichen Akzeptanzproblemen in der Bevölkerung gegenübersteht. Die Unsicherheiten und Ängste, die dabei sichtbar wurden, sind gewiss nicht allein durch das Erscheinungsbild der Gemeinschaft bedingt, sondern sind auch Folgen eines allgemeinen politischen Vertrauensverlustes, der in nahezu allen Staaten Europas zu beobachten ist. Doch die Europäische Union ist gefordert, der ihr gegenüber gewachsenen Distanz entgegenzuwirken. Die gegenwärtige ambivalente öffentliche Meinung zum Integrationsprozess erleichtert die Umsetzung der vorgelegten Reformen nicht, macht sie aber bei näherem Hinsehen umso dringlicher. Gelingt es nicht, die Bürger für die europäische Sache zu gewinnen, droht der EU die Erosion von innen.

Gerade heute, in der ersten globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, brauchen wir ein starkes Europa, das sich mit einer Stimme in der sich abzeichnenden multipolaren Welt behaupten kann.

Das rezente Spektakel der G20 in London vom 2. April hat zur Genüge die Ohnmacht Europas zur Schau gestellt. Zum einen hat der Grundgedanke des Fundaments der Europäischen Union, nämlich derjenige einer Solidargemeinschaft, die die Interessen aller Mitgliedstaaten vertritt, ob groß oder klein, keinen Eingang gefunden; zum andern hat die EU-Kommission ihre ureigenen Prärogativen nicht wahrgenommen und ist eher zu einem Exekutivsekretariat der "Großen" verkümmert.

Wir brauchen deshalb den Reformvertrag von Lissabon, wir benötigen starke Institutionen, die die Nachhaltigkeit der Politik gewährleisten und die Interessen Europas verteidigen. Wenn wir über Europas Interessen, beziehungsweise die Interessen der Europäischen Union, reden, dann sind dies zuerst alle jene Fragen, die auch andere Staaten und Staatengemeinschaften als die ihren betrachten, und die schlicht als "Weltprobleme" bezeichnet werden müssen. Das sind:

- Frieden und Stabilität im internationalen System;
- die politische Gestaltung von Globalisierung;
- Klimawandel und Umweltprobleme;
- nachhaltige Entwicklung.

Dies sind Probleme und Herausforderungen, die globale Lösungsansätze erfordern, also nur auf internationaler Ebene im Rahmen einer echten "Global Governance" angepackt und gelöst werden können.

Zum anderen gibt es folgende spezifisch europäische Interessen – das sind nicht alle, sondern nur einige der dringenden:

- Europa zu einem dynamischen und weiterhin wettbewerbsfähigen Wirtschaftsraum entwickeln;
- das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell an die neuen Gegebenheiten einer zunehmend globalisierten Welt anpassen;
- das wichtige Problem der europäischen Demographie endlich verstärkt thematisieren.

Ich hoffe, dass die Krisenstimmung dazu beitragen wird, eine neue entscheidende Etappe in der politischen Integration Europas zu

vollziehen. So kann sie zu einer Chance für Europa werden, aber nur wenn wir uns bewusst sind, vor einer wirklich epochalen Aufgabe zu stehen, die besonders Europa herausfordert.

Für mich ist es ermutigend zu lesen, dass ein Vertreter der jüngeren Generation, Frank Engel – mein früherer Assistent im Europaparlament – den Mut aufbringt, eine neue Motivation für Europa zu ergründen, die gerade der jüngeren Generation ihre Ängste und Skepsis gegenüber der Europäischen Union nimmt und eine neue Schubkraft vermittelt, damit das “Drama in drei Akten” nicht zu einer Tragödie wird.

Jacques SANTER
Ehrenstaatsminister
EU-Kommissionspräsident a.D.

Zur Einführung

Gründe dafür, Bücher zu schreiben, gibt es fast unendlich viele. Enorm viel spricht auch dafür, kein Buch zu schreiben. Allein die schiere Flut der Neuerscheinungen jeder Gattung, mit denen der lesefreudige Mensch tagtäglich konfrontiert wird, könnte einen zum Schluss verleiten, dass man einfach nicht auch noch für den Tod einiger Bäume verantwortlich sein will. Besonders, weil so viele von ihnen einen völlig sinnlosen Tod sterben.

Doch es gibt Momente, in denen es auf ein paar Bäume mehr einfach nicht mehr ankommt. Ich bin davon überzeugt, dass wir in einem solchen Moment angekommen sind. Bei all dem, was in der Welt, in Europa und auch bei uns in Luxemburg schief läuft - in letzterer Kategorie sind natürlich viele Elemente enthalten, für die wir selbst kaum die Verantwortung tragen - hatte ich das Bedürfnis, einmal aus meiner persönlichen Sicht der Dinge aufzuschreiben, was gerade passiert, wieso es passiert, warum es gerade jetzt passiert, und was wir machen können, damit nicht alles noch sehr viel schlimmer wird, als viele von uns es heute befürchten.

Die definitive Inspiration und der Entschluss, zu schreiben, kam mir nach Lektüre eines Buches von Andri Snaer Magnason, das er in seiner isländischen Muttersprache verfasst hat, und dessen Titel in englischer Übersetzung lautet: „Dreamland. A Self-Help Manual for a Frightened Nation“. Andri Magnason hat dieses Werk zu einem Moment geschrieben, als es in Island noch so schien, als ob die Sonne nie mehr untergehen würde, und er machte sich Sorgen über die Einstellung seiner Landsleute, die glaubten, solange man reich werden könnte, wären alle Begleiterscheinungen des Prozesses - und vor allem daraus resultierenden Risiken - egal. Er bezog sich 2006 vor allem auf die isländische Aluminiumindustrie, die sich anschickte, das halbe Land mit Wasserspeicherbecken und Schmelzanlagen zu überziehen.

Man muss wissen, dass Island nicht über Bauxitreserven verfügt (daraus wird im wesentlichen Aluminium hergestellt), sondern lediglich über die scheinbar billigste Energie der Welt, die sich aus der Geologie des Landes ergibt: unbegrenzte Mengen an Wasserkraft und geothermischer Energie, die nur darauf warten, erschlossen und ausgebeutet zu werden, und wenn das Land daran verblutet. Die Aluminiumproduktion verschlingt nämlich ungeheure Mengen an Strom, und der muss ja irgendwo herkommen. Auf Island waren alle großen Aluminiumhersteller der Erde fündig geworden, was die Stromversorgung

betraf. Heute, im April 2009, ist das Aluminium nicht mehr wirklich Islands Hauptsorge. Das Land ist bankrott, nachdem es mit lediglich drei Großbanken eine unerhörte Kreditblase entstehen ließ, die im September 2008 schließlich platzte. Dass sie platzen musste, davor hatten einige gewarnt, aber die Meisten wollten nichts von Risiken hören, solange die Geldmaschine lief. Dann lief sie plötzlich nicht mehr, und die Party war vorbei. Andri Magnason hat also bereits 2006 ein Buch zur Selbsthilfe einer Nation verfasst, die Angst hatte vor einer Welt ohne Aluminiumschmelzen. Er wollte zeigen, dass es auch anders gehen musste, ohne alles zu riskieren, selbst die natürlichen Lebensgrundlagen der isländischen Republik. Es ging tatsächlich anders. Aber so hatte er das mit dem „anders gehen“ bestimmt nicht gemeint.

Ich las dieses Buch, nachdem ich über Neujahr 2009 in Island gewesen war und mir angeschaut hatte, wie ein bankrotter Staat vor sich hin vegetieren muss. Kaum mehr Isländer in den Restaurants an Silvester, zum Beispiel. Das wäre ein Jahr vorher noch anders gewesen. Die Preise dort konnten sich die meisten Isländer schlicht nicht mehr leisten, Ausländer aber umso mehr, nachdem die Krone gegenüber dem Euro die Hälfte ihres Werts verloren hatte - in weniger als einem halben Jahr. Kurz nach meinem Besuch wurde die Regierung gestürzt, wobei dies wohl nichts mit meiner kurzen Anwesenheit in Island zu tun hatte. Ich erlebte in der Silvesternacht selbst den Überfall einer aufgebracht Menschenmenge auf ein Polizeirevier in Reykjavik. Wenn so etwas in Island passiert, dann ist das kein harmloser Vorgang. Isländer schlagen ihre Polizei nämlich nicht. Wenn sie es doch tun, dann muss Ungeheuerliches passiert sein. Derart Ungeheuerliches, dass aus einem friedlichen reichen Volk praktisch über Nacht nicht nur ein Volk von Menschen wurde, die ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen können und sich vor der Arbeitslosigkeit fürchten, sondern eben auch eins von gewalttätigen Demonstranten, denen die Konsequenzen eines Überfalls auf ein Polizeirevier schlicht egal sind.

Natürlich überfallen nicht alle Isländer in Silvesternächten Polizeireviere. Aber auch nicht alle Moslems jagen sich selbst in die Luft, und nicht alle Afrikaner wollen mit einem Kahn über den Atlantik nach Europa. In der Verzweiflung, mit Hoffnungslosigkeit konfrontiert und in Panik geraten, tun Menschen Dinge, die sie normalerweise nicht täten. Afrikaner durchqueren ihren halben Kontinent, um in Mauretaniens einem Schlepper all ihr Geld für eine Atlantikpassage nach Europa zu zahlen, die viele von ihnen nicht überleben. In Ägypten lassen sich junge Männer ohne andere Aussicht auf ein sinnerfülltes Leben von Koranschulen anheuern, die sie zu Selbstmordattentätern im Namen

Allahs machen. Und in Island - aber auch in Lettland, Litauen, Bulgarien - werden friedfertige Bürger angesichts ihres nunmehr desolaten Kontostandes und der mehr als trüben Zukunftsaussichten plötzlich zu Schlägern. Wie gesagt, natürlich nicht alle. Aber genug, damit wir alle sehen können und merken müssen, dass etwas Außergewöhnliches dabei ist, zu passieren. Die Große Krise hat begonnen, die Welt zu verändern. Und mit genau diesen Veränderungen will ich mich in der Folge beschäftigen.

Dies ist eigentlich kein Buch über die Krise. Erstens gibt es davon schon genug, und zweitens wissen wir mittlerweile ja, dass alles in den Vereinigten Staaten begonnen hat, wo Menschen ihre Hypotheken nicht mehr finanzieren konnten, und dass daraus ein Schneeball geworden ist, der die Welt überrennt, nachdem der Finanzderivatmarkt und anschließend die Investmentbanken in New York zusammenbrachen, und dass danach...richtig: danach plötzlich Island bankrott war, die Welt in eine Rezession gerutscht ist, wie es sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben hat, dass der Außenhandel zum ersten Mal seit achtzig Jahren in Friedenszeiten zurückgeht, und wir uns in der ersten globalen Wirtschaftskrise befinden, seit die Menschen ihre Geschichte aufschreiben. Oder fast. Sagen wir, in der ersten solchen Krise, die nichts mit einem Weltkrieg zu tun hat. Und das alles tatsächlich wegen ein paar amerikanischen Hypotheken?

Natürlich waren es eben nicht nur diese Hypotheken, die die Krise ausgelöst haben. Es war die immer wiederkehrende, sich ständig in neue Höhen schraubende Gier der im Kapitalismus lebenden Menschen, die mit ihren finanztechnischen Fantasieprodukten und ihrer über jedes vernünftige Maß hinauschießenden wundersamen Geldvermehrung die Welt an den Abgrund geführt hat. Und zwar nicht nur an den wirtschaftlichen. Denn sollte sich diese Krise vertiefen, sollte sie länger andauern, als die Wirtschaftsgurus uns vorrechnen (obwohl deren Prognosen langsam immer finsterer werden), sollte sie durch exorbitante Arbeitslosenzahlen eine soziale Krise werden und durch selbst gemachte Inflation im Zuge der Konjunkturmaßnahmen in eine neue Finanzkrise münden, wo neue Hypotheken und Kredite nicht mehr bezahlt werden können, ja dann...dann Gnade uns Gott. Aber darüber wollte ich ja eigentlich nicht schreiben. Aber vielleicht muss ich es doch - zumindest ansatzweise.

Es findet sich nämlich, dass aus der wirtschaftlichen Krise bereits jetzt eine politische Systemkrise zu erwachsen droht. Mehr und mehr Menschen, die selbst am Abgrund ihres persönlichen Lebens stehen, stellen sich die Frage, wozu das alles noch führen wird, und vor allem:

wohin die politisch Verantwortlichen sie geführt haben, die ihrerseits allzu oft vor den Verantwortlichen der Wirtschaft kapituliert haben, die selbst ihre Verantwortung jedoch nicht übernehmen. Die Frage ist mehr als berechtigt. Eine Antwort darauf wäre allerdings, zum jetzigen Zeitpunkt, im Bereich der Mutmaßung anzusiedeln. Erstens sehen wir den Boden des Abgrunds noch nicht, in den wir gerade zu rutschen begonnen haben, so dass wir nicht wissen KÖNNEN, was uns genau noch erwartet. Und zweitens kann jede darüber hinaus reichende „Was wäre, wenn?“-Frage (darüber also, was noch alles auf uns zukommt) naturgemäß nicht einheitlich und objektiv korrekt beantwortet werden.

Wenn man die Frage jedoch etwas anders formuliert, dann werden Antworten möglich, die sich ziemlich objektiv aus den realen Tatbeständen unserer Zeit ergeben. Fragt man nämlich, den Blick in die Zukunft gerichtet: „Wie kann die Welt sich davor schützen, dass sie so etwas wie jetzt noch einmal, oder noch ein paar Mal, erleben muss?“, dann gibt es darauf eine Antwort. Stellt man die Frage, rückwärts gewandt, was das System - das wirtschaftliche und das politische - so alles an Unzulänglichkeiten aufweist, und diese Krise erst hat entstehen lassen, so kann man sie korrekt beantworten. Nicht wie einzelne Präsidenten potenter Staaten das jetzt tun, aber die Antworten existieren. Und schließlich, stellt man die für mich entscheidende Frage, ob ein Europa, eine Europäische Union, die vollumfänglich handlungsfähig und Bereit zum Handeln wäre, der Entwicklung einer solchen Krise hätte entgegensteuern und sie damit abmildern können, dann lautet die Antwort: Ja.

Über diese letzte Thema vor allem wollte ich einmal mehr schreiben, als einen Zeitungsartikel. Denn für mich steht fest, dass die Prinzipien der europäischen Integration, die Grundlagen europäischer Wirtschaftsphilosophie und die Kraft europäischer Solidarität dazu hätten dienen können, dass es längst keine solchen Krisen in der Welt mehr gäbe. Um solchermaßen wirken zu können, müssten die Europäer sich allerdings ihrer gemeinsamen Verantwortung bewusst sein und dementsprechend in der Welt auftreten. Tun sie aber nicht. Und genau das ist auch der Grund, weshalb die aktuelle Krise Europa besonders hart treffen wird. Sie trifft nämlich auf einen uneinigen Kontinent, dessen Risse sie drastisch vertiefen wird.

Dies ist kein Buch über Europa, wie es Tausende Bücher über Europa gibt. Darüber, wie schön es wäre, wenn unser Menschenrechtsbegriff in der ganzen Welt Gültigkeit hätte - solch missionarisches Gehabe ist mir immer ein Gräuel, ob es von Amerika ausgeht oder von Europa

-, oder dass wir die Herzen der Menschen erobern müssten - dazu müssten die der Regierenden nämlich erst einmal für Europa entflammen -, oder darüber, ob man mehr oder weniger Kommissare und Abgeordnete braucht, damit die Union funktionieren kann. Das alles sind nämlich - mit Verlaub - nebensächliche Fragen. Die wesentliche, die bestimmende, die im Augenblick und für die Zukunft entscheidende Frage ist nämlich: wird die politische Integration Europas weit genug gehen, um diesem Kontinent als solchem eine Führungsrolle in der Welt zu verleihen, aufgrund derer er andere - Staaten, Wirtschaftsblöcke, Unternehmen - in die Pflicht nehmen kann?

Diese Schrift ist keine wissenschaftliche Abhandlung. Sie beschäftigt sich nämlich mit Themen, die mit Wissenschaft nichts zu tun haben. Zwar gibt es einen Wirtschaftsnobelpreis, aber der müsste vernünftigerweise abgeschafft werden, da „Wirtschaftswissenschaft“, wie wir es jetzt wieder einmal erleben müssen, nun einmal keine Wissenschaft ist – zumindest keine exakte. Wenn er nicht abgeschafft wird, sollt auch ein solcher Preis für Rechtslehre eingeführt werden, denn in beiden Domänen kann man alles und das Gegenteil von allem beweisen, je nachdem, was gerade gefragt ist. Nein, bei Wirtschaft, Politik, internationalen Beziehungen, der Weltwirtschaftsordnung und Konfliktvermeidung gibt es keine wissenschaftlichen Beweise für diese oder jene These, sondern nur Überzeugungen, auf Information begründet und empirisch überprüft. That's as good as it gets. Besser wird's nicht - aber das ist schon eine ganze Menge.

In den vergangenen Jahren hat die Welt unerhörte Vorgänge erlebt. Weil in einem der äußerst wenigen stabilen arabischen Staaten im Mittleren Orient ein unangenehmer Despot herrschte, wurde ein Krieg gegen ihn geführt, der mehr Mittel verschlang, als für die Entwicklung der gesamten Welt und ihre anschließende definitive Überführung in das Stadium der kommunistischen Glückseligkeit notwendig wären. Auch deswegen fehlen sie ja eben für die Entwicklung und das Erreichen der Milleniumsziele der Vereinten Nationen. Weil in den Vereinigten Staaten geglaubt wurde, man könnte auf Basis einer neuzeitlichen Alchemie unbegrenzt Geld aus dem Nichts produzieren, steckt die Welt in einer globalen Rezession, die soviel politische Instabilität mit sich bringt, wie es sie seit der Kuba-Krise nicht mehr gegeben hat.

Weshalb eigentlich haben die Europäer fünf Jahre nach der großen Osterweiterung der Union noch immer keinen neuen Grundlagenvertrag, so dass der von seiner institutionellen Schwäche gebeutelte Kontinent jetzt in der Großen Krise viel angreifbarer ist, als er es sein dürfte? Weil die Union die Grenzen ihrer politischen Vertiefung im Ganzen

und als Ganzes erreicht und wahrscheinlich bereits überschritten hat. Das Schlimmste an dieser Situationsbeschreibung ist, dass diese Phänomene auch noch alle eng miteinander verbunden sind.

Vieles von dem, was heute unter dem Deckmantel oder dem Vorwand der Krise vor sich geht, ist ohnehin dabei, zu passieren - und es hat vor dem Beginn der Großen Krise angefangen. Bloß war es lange Zeit politisch nicht angebracht (also nicht „politisch korrekt“), es zu sagen. Wenn diese Krise ein Gutes hat, dann ist es, dass man mittlerweile eigentlich alles sagen kann. Die Zeit der politischen Korrektheit ist vorbei.

Wenn man nicht mehr politisch korrekt sein muss, darf auch etwas utopischer Antrieb in jene Ausführungen einfließen, die in dieser Schrift gemacht werden. Ich habe sie „Ein Drama in drei Akten“ genannt, um deutlich zu machen, dass wir uns im Sinne der altgriechischen Tragödie in einer Dynamik befinden, die unausweichlich zu tragischen Schlüssen und Ergebnissen führen muss – wenn sie nicht umgedreht wird. Zwar ist die beschriebene Realität nicht sonderlich erbaulich, aber das darf kein Grund dafür sein, dass wir den Anspruch aufgeben, die Welt doch noch zu verändern. Das wird allerdings mit dem Reformeifer, den wir in diesem Teil unseres Planeten seit langen Jahren kennen, nicht zu bewerkstelligen sein. Die nötigen Reformen müssten mit annähernd revolutionärer Bestimmtheit umgesetzt werden, ihr Vollzug in den bekannten homöopathischen Dosen reicht für ein Herumreißen des Ruders nicht aus. Ich habe mich deswegen dazu entschlossen, in jenen Passagen, die Änderungen und Reformen des europäischen und globalen Systems betreffen, teils utopische Endprodukte reformerischen Vorgehens darzulegen, und den Weg dorthin streckenweise unbeschrieben zu lassen. Denn im Grunde genommen ist es ein bisschen, wie in der Schule bei mathematischen Aufgaben. Es kann mehrere Weisen geben, eine Rechnung durchzuführen, die zu dem gleichen korrekten Resultat führen. Oder, um es mit einem geflügelten Wort zu sagen, das Helmut Kohl zugeschrieben wird: Wichtig ist, was hinten rauskommt.

Die folgenden Seiten sind ein Essai über die Probleme unserer Zeit mit besonderem Blick auf Europa und die Europäische Union. Sie sind ein Plädoyer für eine Neuausrichtung der Union und dafür, dass eine erneuerte Union in der Welt endlich Verantwortung übernimmt. Als solches, als Ganzes. Dieser Essai und vor allem sein Autor gehen davon aus, dass wenn das nicht gelingen sollte, die Zukunft trüb aussieht. Nicht, weil die Europäische Union, weil Europa allein der Welt den Weg leuchten sollte. Im Gegenteil: weil nur eine regenerierte Eu-

ropäische Union verhindern kann, dass irgendein Staat allein, oder ein paar zusammen, diesen Anspruch erneut erheben. Wir erleben gerade, wozu es führt, wenn einer allein leuchtet, und die anderen werden von diesem Licht so abhängig, dass sie verdorren, wenn es erlischt.

Frank Engel
Kilniver (Schottland) und Luxemburg, im April 2009

Das Ende einer Welt?

Es mag dramatisch, gar apokalyptisch klingen, und dennoch: wir erleben gerade, im Zug der größten Wirtschaftskrise der Geschichte und dessen, was zu ihrer Beendigung in die Wege geleitet wird, das Ende einer Welt. Jener Welt, die wir seit dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Staatssozialismus kannten.

Zwanzig Jahre nach Mauerfall und Untergang eines kommunistischen Herrschaftsblock, der an sich selbst erstickt war, wird deutlich, dass wir uns eine Scheinwelt eingerichtet hatten. Einige redeten und schrieben nach dem Verschwinden der Sowjetunion vom „Ende der Geschichte“. Sie gingen davon aus, dass mit dem Schluss der Systemkonfrontation zwischen Kapitalismus und Sozialismus eine in der Zeit unbegrenzte Ära globalen Fortschritts, Wachstums und Friedens quasi zwanghaft einsetzen müsste, nachdem es gerade die Feindseligkeit der Blöcke gewesen wäre, die solches seit dem Zweiten Weltkrieg verhindert hatte. Sie haben sich geirrt.

Dem Verleger der „Zeit“, Theo Sommer, wird der Satz zugeschrieben: „Der Kapitalismus hat nicht gesiegt, er ist nur übrig geblieben“. Wer auch immer das Diktum als erster formulierte - die Strategen von PDS und Linken in Deutschland haben es seit Anfang der Neunziger des vorigen Jahrhunderts unzählige Male bemüht - lag dahingehend richtig, dass der Systemgegner des Kapitalismus mehr verpufft war, als er in einer fortdauernden Auseinandersetzung irgendwann die Waffen gestreckt und sich ergeben hätte. Jener Kapitalismus, der gerade in der angelsächsischen Welt in Mode war - der totale, der ungehemmte, der nicht regulierte Finanzkapitalismus von Ronald Reagan und Margaret Thatcher - schloss aus dem Dahinsiechen des kommunistischen Feindes, dass er Recht hatte und dauerhaft behalten würde. Dieser Kapitalismus, der in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts den quasi sozialdemokratischen Konsens ersetzt hatte, der seit dem Zweiten Weltkrieg galt (mit sozialer Marktwirtschaft, sozialem Ausgleich der bestehenden Einkommens- und Statusunterschiede, starken Gewerkschaften etc.), wollte nun allein und uneingeschränkt den Planeten gestalten und verändern. Das funktionierte (mit Ausnahmen, die viel zu wenig beachtet wurden) bis 2005. Was wir seither erleben, ist das Dahinscheiden des Systems, dessen Anhänger ab 1989 geglaubt hatten, es wäre unbesiegbar. Die Krisen in Asien und Lateinamerika, besonders der Niedergang Argentinien zur Jahrhundertwende, zeigten eindrucksvoll, dass das System Betriebsfehler und -schwächen besaß, die dazu führten, dass es sich immer wieder überschlug. Die

Herren der Neuen Welt ignorierten die Signale. Wie hieß es in der DDR: „Weil nicht sein kann, was nicht sein darf“...

Der Anspruch der atlantischen „Marktwirtschaft ohne Adjektive“, wie Margaret Thatcher das nannte, war es, den uralten angelsächsischen Traum der freien, im eigenen Haus wohnenden und demokratisch verfassten Nation in alle Welt zu exportieren. Der Konsens von Washington, mit dem 1989 die Leitlinien einer globalen Reform kodifiziert wurden, basierte auf ungezügelter Freiheit, besonders des Marktes - schließlich hatte ja bereits Adam Smith zweihundert Jahre früher eine unsichtbare Hand ausgemacht, die diesen Markt von alleine reguliert. Wieso dann noch politische und staatliche Zusatzregeln erlassen? Was könnte auch falsch daran sein, dass alle freien Bürger ihr Haus oder ihre Wohnung selbst besitzen? Die Antwort auf diese Frage, die konkrete, die reale, die schmerzhaft Antwort, wurde vor nicht allzu langer Zeit geliefert. Sie hat etwas mit den Grundlagen von Eigentum, Vermögensbildung und Krediten zu tun. Und sie artikuliert sich derart deutlich, dass wir uns in der schlimmsten Wirtschaftskrise unseres Zeitalters befinden. Denn im Gegensatz zu früheren Krisen ist diese nun global. Genau wie das System, das sie heraufbeschworen hat, und das von ihr zerstört werden wird.

Die aktuelle Krise wird zum Ende eines globalen Kapitalismus führen, der wahlweise als Turbo-, Casino- oder Räuberkapitalismus bezeichnet wurde. Daran ist an sich nicht einmal etwas Schlechtes. Dass in Zukunft nicht mehr das beinahe Zehnfache der realen materiellen Werte, die es auf der Erde gibt, in Form von Finanzprodukten um den Globus gejagt werden wird, ist absolut zu begrüßend. Daran, dass es keine unüberwachte und unregulierte Nische in der globalen Finanz mehr geben soll, ist nichts Falsches. Dass der globale Markt sich ebenso globalen Regeln und Regulatoren unterwerfen soll, ist vollkommen richtig. Denn ohne eine solche Entwicklung, die nicht einmal auf neuen Erkenntnissen beruht, wird es ständig neue Krisen geben. Alles, was der G20 in London am 2. April 2009 beschlossen hat, hätte schon 1989 beschlossen werden können, wenn der reine Kapitalismus damals nicht siegreich und triumphierend als heilbringend erschienen wäre.

Krisen im Kapitalismus haben die lästige Angewohnheit, sich regelmäßig zu wiederholen, wenn nicht ein für alle Mal die Regeln des globalen Finanzmarkts geändert werden. Das hat die Vergangenheit gezeigt - in Argentinien und Mexiko, in Japan und Südostasien, in Schweden und den USA. Leider würden sie aufgrund der heutigen und zukünftigen Realität der Globalisierung dann auch immer wieder die ganze Welt

treffen, wie es in dieser Zeit zum ersten Mal der Fall ist. Und: Sie treffen immer wieder vor allem die „Kleinen“. Damit meine ich die vielen Millionen Menschen in der Ersten Welt, in Europa, Nordamerika und den anderen wirtschaftlich starken Regionen der Erde, die von einem nicht übermäßig hohen Gehalt leben müssen und dafür auf eine Arbeit angewiesen sind. Ich meine damit aber auch die Milliarden von Menschen, die noch immer - nach einem halben Jahrhundert offizieller Entwicklungspolitik! - von dem einen oder anderen Dollar am Tag leben müssen, weil sie nicht das Glück hatten, in der „entwickelten“ Welt geboren zu sein.

Es ist zutiefst unmoralisch, einfach hinzunehmen, dass der Kapitalismus sich eben durch Krisen regenerieren muss, und diese Krisen mit erschreckender Regelmäßigkeit Millionen und Milliarden von Menschen ihre Zukunftsperspektiven nehmen. Daran, dass an dieser unmöglichen Haltung etwas ändert, kann nichts falsches sein. Besonders dann nicht, wenn die Krisenbeendigung immer daraus resultiert, dass die Staaten ungeheure Geldsummen für Konjunkturprogramme aufbringen müssen – Summen, über die sie nicht verfügen, die sie also leihen müssten und die ihre Verschuldung zu Lasten kommender Generationen beständig anwachsen lässt. Das Problem ist nur, dass die benötigte Systemänderung Auswirkungen auf die politische Organisation der Welt, der Staaten und ihrer regionalen Zusammenschlüsse haben wird, die bereits abzusehen sind, und die wenig Erbauliches haben. Das ist der eigentliche Grund, weshalb es mir angemessen erscheint, vom Ende einer Welt zu sprechen.

Nicht nur das Weltwirtschaftssystem wird sich ändern, sondern mit ihm auch das politische System, wie es seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und noch stärker seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion als gegeben betrachtet wird. Und zwar noch sehr viel stärker, als das Wirtschaftssystem, dem sich mittlerweile, zwar mit einigen Nuancen, alle Staaten der Welt, mit Ausnahme Nordkoreas verschrieben haben. Die aktuelle Krise - deren wirtschaftliche und soziale Ausmaße noch immer nicht abzusehen sind - ist nämlich eigentlich eine politische Systemkrise, oder sie wird es noch werden.

An diesem Sachverhalt ist eigentlich, historisch betrachtet, nichts Unnormales. Im Verlauf der Geschichte, während Tausenden von Jahren, haben die Menschen, in Europa und auch anderswo, im Schnitt einen Krieg pro Generation erlebt. Diese Kriege hatten Ursachen, und sie hatten Konsequenzen. Die Ursachen lagen oft im Bereich der „Machtpolitik“, doch dieser Begriff kaschierte die Tatsache, dass es meist um knallharte wirtschaftliche Interessen ging. Den Zweiten Weltkrieg und

die Weltherrschaftsfantasien der Nazis mitsamt ihren Rassenwahnvorstellungen muss man aus dieser Beschreibung herausnehmen. Die mythischen und weniger mythischen Waffengänge, bei denen es um schöne Frauen und die Ehre der holden Kämpfer ging, ebenfalls. Die Geschichte der Kriege ist, von einigen Ausnahmen abgesehen, eine Geschichte des Aufeinanderprallens von gegensätzlichen Wirtschaftsinteressen. Diese Konflikte um Bodenschätze, Reichtümer, Zugang zum Meer und dergleichen, wurden mit Waffengewalt ausgetragen, der oder die Sieger zeichneten danach die Landkarten neu. Solche Kriege - und damit Kriege überhaupt - finden heute im Regelfall nicht mehr statt. Und weil keine Kriege mehr stattfinden, zumindest nicht in unserem Teil der Welt, ändert sich auch dessen politischer Zugschnitt nicht mehr, will sagen, die Aufteilung in demokratisch verfasste Nationalstaaten, die in friedlichen Verhandlungen ihre Beziehungen untereinander ordnen. Der Vertrag hat die Schlacht ersetzt. So wird es zumindest geglaubt. Es ist aber nicht so. Denn um so sein zu können, müssten Verträge - alle Verträge, alle Abkommen zwischen Staaten! - von gleich informierten und über den exakt gleichen Vertragsgegenstand in gleicher Weise einigen Partnern geschlossen werden. Nur so ist ein Vertrag gültig, lernt man gleich am Anfang jedes Jurastudiums. Die Realität zwischen staatlichen Vertragspartnern sieht anders aus. Es verhält sich nämlich eher so wie auf der Tierfarm des George Orwell: Alle Tiere sind gleich, aber einige Tiere sind gleicher als andere. Wenn man „Tiere“ durch „Staaten“ ersetzt, beschreibt man die moderne Wirklichkeit zwischenstaatlicher Beziehungen. Und da liegt das Problem, besonders in und für Europa und die Europäische Union. Die Europäer sind Jahrzehnte lang davon ausgegangen, dass die Stärke des Rechts, das sie gemeinsam entwickeln, das Recht der Starken abgelöst hat. Nun stellt sich heraus, dass dies ein Trugschluss gewesen sein könnte. Historisch logisch wäre das allemal.

„Staaten haben keine Freunde, nur Interessen“. Dieser Satz von Charles de Gaulle entspricht wohl einem psychologischen Archetypus der nationalstaatlichen Organisation. Freunde können ein Leben lang Freunde bleiben, die Interessen der Staaten ändern. Mit den Interessen ändern die Ansprüche und die Bestrebungen, eine größere Rolle zu spielen und an Einfluss zu gewinnen. Dass dies auf Kosten anderer Staaten geschieht, ist ein vielleicht bedauernswerter, aber leider nun einmal nicht auszuschließender Nebeneffekt der Änderung der Interessenlandschaft jedes Staates. Erst die Europäische Union schien die Überwindung der „Interessen, keine Freunde“ - Maxime ermöglicht zu haben. Sie wurde lang Zeit besungen als ein Meisterstück der Überwindung zwischenstaatlicher Differenzen, dauerhaft auf Aus-

gleich und also auf Frieden ausgelegt, solchermaßen Wohlstand und Freiheit für alle ihre Bürger verheißend. Doch die Erosion der Union hat begonnen. Das Alte holt sich stückchenweise sein Recht zurück. Wird es gelingen, diesen Prozess aufzuhalten und umzudrehen?

In der Europäischen Union galt lange das Prinzip der Gleichheit zwischen Mitgliedsstaaten - schließlich besaßen auch alle ein Interesse daran, dass dem so war. Die Großen, weil sie die Kleinen nicht einschüchtern wollten, die Kleinen, weil sie sich so etwas grösser vorkommen durften, alle zusammen, weil die Maxime galt: nie wieder Krieg, Einigkeit und Wohlstand des Kontinents in Frieden. Bis der Krieg und die Gefahr, dass es wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen europäischen Staaten kommen könnte, den Führern der europäischen Staaten als derart entrückte Kategorien erschienen, dass man sie nicht mehr in die gedanklichen und emotionalen Prozesse der Meinungsbildung einzubeziehen braucht. Bis der Frieden zu einer derart aufdringlichen Selbstverständlichkeit geworden war, dass man jene Handlungsprinzipien zwischen Staaten, die Europa als Friedensprojekt zugrunde lagen, glaubte ausklammern zu können. Welchen jungen Europäer in diesem Teil unseres Kontinents begeistert man auch heute noch mit Frieden? Der ergibt sich ja wohl von selbst!

Ich kenne ein paar Europäer, die man mit Frieden noch begeistern kann. Sie leben nicht in der Union. Sie sind Russen, Ukrainer und Moldawier, Abchasier, Osseten und Georgier, Aserbaidzhaner und Armenier. Sie leben in Pridnestrowien, Abchasien, Südossetien und Berg-Karabagh. Staaten, die von der Welt und von Europa nicht wahrgenommen werden. Schlimmer: sie werden ignoriert, weil es sie nicht geben darf. Sie sind Überreste der Sowjetunion, wie sie Stalin sich zurechtgebastelt hatte, mit Volksvertreibungen, ethnischer Überlagerung und Massenmord. „Offiziell“ gehören diese Staaten zu anderen. In Wirklichkeit leben dort reale Menschen unter realen Bedingungen der staatlichen Nicht-Existenz im internationalen Gefüge. Alles, was Europa dazu einfällt, ist „territoriale Integrität“ jener anerkannten Staaten, die Anspruch auf sie erheben. Wieso haben einige die Gnade und das Glück einer frühzeitigen internationalen Anerkennung gehabt, und andere dürfen heute noch nicht das sein, wofür sie Krieg haben führen müssen, nämlich sie selbst? Von den Menschen in Tiraspol, Stepanakert und Sukhum könnten wir viel über die Unsinnigkeit von Kriegen lernen, die ja doch nicht zu dem erwarteten Resultat führen. Wir müssten jedoch auch einsehen, dass es solche Kriege immer wieder geben wird, wenn Menschen das Recht abgesprochen wird, das sein zu dürfen, was sie sind. Sollte derartiges also im Westen Europas wieder auf die Tagesordnung kommen - und „Direktoriums-

bestrebungen“ gibt es ja bereits - dann sollten wir uns bewusst sein, dass der Mensch alles dagegen tun wird, dass andere willkürlich über ihn herrschen dürfen. Niemand liebt den Krieg und niemand will ihn. Dennoch wird es ihn immer geben.

Gerade weil das den Regierenden Europas lange bewusst war, wäre noch vor einer Generation kein europäischer Staatsmann auf die Idee gekommen - weder im Westen noch im Osten - dass Frieden auf unserem alten Kontinent eine Idee wäre, die zur effizienten Vermittlung als politisches Ziel nicht „sexy“ genug ist. Alle, die 1970-1980 in Europa regierten, hatten noch einen Weltkrieg erlebt. Von denen, die heute innerhalb der Europäischen Union regieren, hat niemand mehr Krieg am eigenen Leib erfahren. Und von denen, die heute „Meinungsmacher“ in der Union sind, kann das Gleiche gesagt werden. Krieg gibt es nicht mehr, Frieden ist völlig selbstverständlich - und also kann man getrost jene zerebralen Warnsysteme ausschalten, die vor langer Zeit dazu dienten, bestimmte Sensibilitäten zu zeigen, WEIL man noch wusste, dass ohne sie in den zwischenstaatlichen Beziehungen der Krieg durchaus zur Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln werden kann. Eine Äußerung wie die von Franz Müntefering, nach der man früher Soldaten in Steueroasen geschickt hätte, die den Großen nicht gefügig sind, wäre vor nicht allzu langer Zeit absolut undenkbar gewesen. Dass sie gerade dem Chef der ältesten deutschen Partei bei einer regionalen Wahlveranstaltung „herausrutscht“, ist mehr als ein bedauerlicher Zufall. Es beweist, dass wir nicht mehr in jener Welt leben, in der man wusste, dass man mit militärischen Drohungen nicht spielt. Wer das vergisst, riskiert, dass aus den Drohungen irgendwann wieder Handlungen werden können. Aussprüche wie der Münteferings riskieren, im zwischenstaatlichen Nervensystem auf Dauer irreparable Schäden anzurichten.

Wir müssen in diesen Tagen mit ansehen, wie das „Alte Europa“ - damit meine ich die Gemeinschaft und die Union, wie wir sie vor der Verfassungskrise kannte - sich von der politischen Bühne verabschiedet. Dass die Union fünf Jahre nach ihrer massiven Erweiterung nach Osten und Süden noch immer nicht über einen Grundlagenvertrag verfügt, der ihrem neuen geografischen Zuschnitt politische Gestalt verleihen könnte, ist vor allem ein Symptom der Systemkrise, in der sich Europa bereits befindet. Denn wenn wir ehrlich sind, sind wir uns nicht mehr einig über das, was das politische Europa sein soll. Solche Momente hat es auch in der Vergangenheit schon gegeben. Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954 zum Beispiel, oder das dänische Nein zum Vertrag von Maastricht in den Neunzigern. Der wesentliche Unterschied zu heute ist, dass es mit sechs oder

zwölf Mitgliedern erheblich einfacher war, wieder zum Wesentlichen zurückzufinden, als das mit 27 Staaten der Fall sein kann. Vor allem aber stehen wir vor der Frage, wie man eine Union mit 27 Mitgliedern, von denen die einen den Euro haben, andere bei der Armee mitmachen wollen und wieder andere vor allem dem Freihandel huldigen, in Zeiten globalen Krisendrucks zusammenhalten kann. Besonders, wenn einige der größeren Mitgliedsstaaten mittlerweile unverhohlen deutlich machen, dass sie ihrem globalen (Mit)Führungsanspruch durchaus etwas europäische Einigkeit unterzuordnen bereit sind.

Die Sache mit der globalen Führung ist alles andere als klar und einfach. Bis vor ein paar Wochen ging man in der offiziellen Darstellung davon aus, dass es auf der Erde eine Supermacht gibt, die USA, und dass die EU, Russland, China und andere „regionale“ Mächte auf Dauer keine äquivalente Position erlangen werden. Seit dem 2. April 2009 ist nun klar, dass es mindestens zwei Supermächte gibt, China und die USA - und zwar in dieser Reihenfolge. Denn ohne China, ohne die chinesischen Währungsreserven und die Bereitschaft der Volksrepublik, einen erheblichen Teil ihrer Dollarbestände in US-amerikanische Staatspapiere zu investieren, würde die Obama-Administration kein Konjunkturpaket auflegen. China hat rund 750 Milliarden Dollar in solche Anlagen gesteckt, und ohne die dauerhafte chinesische Bereitschaft, dies zu tun, wären die USA auch praktisch das, was sie seit dem Vietnam-Krieg theoretisch sind, nämlich bankrott. Dass ein amerikanischer Präsident, der diesen Tatbestand kennt, die Europäer aufruft, mehr „gegen die Krise“ zu tun - im Klartext, mehr Geld in die Wirtschaft zu pumpen - ist derart überheblich und realitätsfremd, dass man es als komisch abtun könnte, wenn da nicht die Dramatik der internationalen Lage wäre. Um es deutlich zu formulieren: die USA sind Weltmacht von Chinas Gnaden. In God we trust, China pays our debts.

Die beiden Führungsmächte sind jedoch nicht allein, denn da gibt es ja alle diese Foren, die mit legaler Grundlage und die ohne, in denen sich die Großen dieser Welt treffen. Zuerst gibt es den primären Atomklub, auch als Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bekannt: USA, Russland und China sitzen dort mit Großbritannien und Frankreich zusammen, die ebenfalls über ein paar nukleare Böller verfügen. Offiziell wird seit Jahren darüber philosophiert, dass die EU als solche dort ihre beiden Mitgliedsstaaten ersetzen sollte, und im Zuge einer Reform des Weltsicherheitsrats ebenfalls große Staaten wie die Atommacht Indien, Brasilien als wirtschaftlicher Hoffnungsträger und Südafrika als Vertreter des schwarzen Kontinents ihren Einzug als ständige Mitglieder halten sollen. Daran wäre nichts Verwerfliches, im Gegenteil - der

UNO-Sicherheitsrat als globales Forum regionaler Ordnungsmächte, mit oder ohne atomares Arsenal, könnte als embryonale Weltregulierungsstätte bezeichnet werden, die unter neuem Namen die großen Probleme des Planeten berät und Lösungen herbeiführt.

Doch wieder einmal ist es nicht so einfach. Deutschland will für sich allein in den Weltsicherheitsrat, Italien ebenfalls. Dann fehlten noch Kanada und Japan, um die Ständigen Mitglieder zu einem G9 umzubauen, die aktuelle G8-Gruppe plus China, und die Geschicke der Welt zu leiten. Würde man dann noch Indien, Brasilien und Südafrika hinzuziehen, wäre der G12-Ordnungsrat perfekt, und jeder Kontinent vertreten. Bloß die Europäische Union nicht.

Beim G20 ist das anders. Dort, im etwas breiteren Weltwirtschaftsrat, ist die EU als solche vertreten, neben den üblichen Verdächtigen ihrer Mitgliedsstaaten, versteht sich, die dort als solche Einsitz haben. Es fehlt beim G20 - anders als beim G8 - die Eurogruppe, deren Vorsitzender immerhin einen der beiden stärksten Währungsblöcke der Welt repräsentiert. Beim G20 ist er nicht dabei. Woran das liegt, sei dahingestellt, einen überzeugenden objektiven Grund gibt es dafür ohnehin nicht. Wenn auch Zusammensetzung und Legitimation dieses Klubs zu wünschen übrig lassen, dann jedoch nicht seine Entscheidungsgewalt: am 2. April wurden - par G20 interposé - die so genannten OECD-Listen veröffentlicht, auf denen Steuerparadiese und Finanzzentren beim Namen genannt und ihnen der Zorn des Herrn angedroht wird, wenn sie ihre verwerflichen Praktiken nicht unterlassen. Wie es sein kann, dass der G20 eine OECD-Liste verabschiedet, die von China mitgetragen wird, obwohl das Land in der OECD nicht Mitglied ist, bleibt für den intellektuell durchschnittlich leistungsstarken Beobachter der Londoner Runde schleierhaft. Wieso die USA nicht auf der Liste der Steuerparadiese und -oasen auftauchen, die in Nevada, Delaware, Wyoming und anderswo Zehntausende anonym geführten Scheingesellschaften mit all ihrem kriminellen Schmutzgeld beherbergen, ebenso.

Auf jeden Fall haben in London beim G20 die Regierungschefs von Frankreich, Deutschland und Großbritannien wieder einmal ihre paar Minuten in der Sonne gehabt, und das ganz ohne von den kleinen Unionsmitgliedern belästigt zu werden, mit denen sie sich bei den regulären Treffen der EU immer herumschlagen müssen. Sarkozy und Merkel haben das Bankgeheimnis abgeschafft und begraben, Gordon Brown kurzfristig seine Wiederwahlperspektiven verbessert - war da nicht noch was mit der Europäischen Union?

Wo man unter Großen am Tisch sitzt und die Probleme der Welt wälzt - daran, dass sie in London gelöst worden wären, bestehen erhebliche Zweifel - braucht man auf die Kleinen keine Rücksicht zu nehmen. Das glauben zumindest die Regierungschefs jener EU-Staaten, von denen gemeinhin behauptet wird, sie seien groß. Doch es ist eine Frage der Zeit, nicht des Prinzips, bis die Kleinen zurückschlagen. Wie lange glauben jene, die in völliger Unglaubwürdigkeit den Anspruch auf die Führung der Welt erheben, eigentlich, dass die Geführten dieses unwürdige Theater mitmachen? Wenn die Kleinen zur Reaktion gewissermaßen genötigt werden, mit Stimmblockaden oder rhetorischen Kraftakten, droht das ganze europäische Gefüge, uns irgendwann um die Ohren zu fliegen. Als ob die Wirtschaftskrise nicht schon Belastung genug wäre, wird kleinen europäischen Staaten mit einer Herablassung begegnet, die unter Partnern inakzeptabel und objektiv unerträglich ist. Das war nicht üblich, solange die zwischenstaatlichen Beziehungen im rechtlich organisierten und nachvollziehbaren Raum angesiedelt waren. Seitdem jedoch, unter dem Druck der Krise, alle möglichen Parallelgremien auf den Plan treten, deren Mitglieder mehr oder weniger selbst ernannt von sich glauben, sie wären befugter als andere, um die Welt zu retten, haben die Dinge sich geändert.

Die Wirtschaftskrise und ihre mannigfaltigen Auswirkungen stellen die größte Bedrohung der globalen Stabilität seit Menschengedenken dar. Das allergrösste Problem ist, dass über die Reaktion auf die wesentlichen Herausforderungen unserer Zeit soviel Uneinigkeit herrscht, wie noch nie. Wenn in Pakistan eine Gruppe die Regierung übernimmt, deren Wertvorstellungen so ganz anders sind, als unsere, und die mit Atombomben herumhantiert, wer reagiert dann? Die USA zusammen mit einer „Koalition der Willigen“? Die NATO, die sich bereits jetzt unfähig sieht, ihre aktuellen Missionen mit Erfolg wahrzunehmen, besonders in Afghanistan? Der G20? Wer verhindert die Klimakatastrophe, den Raubbau an den natürlichen Ressourcen der Erde mitsamt den damit einhergehenden ökologischen Katastrophen? Die Europäische Union? Die Weltbank? Die OECD?

Vieles von dem eben Beschriebenen und Angeprangerten liest sich konfus. Soll es auch, denn es beschreibt die völlig konfuse Situation, in der sich die globale Wirtschaft, das Finanzsystem, die zwischenstaatlichen Beziehungen und nicht zuletzt die Europäische Union befinden. Wir haben die Welt nicht im Griff, soviel steht fest. Niemand hat sie im Griff. Kein Staat, keine „Koalition“ von Staaten, und kein Zusammenschluss von Staaten. Die Wirtschaft übrigens auch nicht, obwohl es wohlthuend wäre, wenn diese sich zur Abwechslung einmal mit dem globalen Gemeinwohl beschäftigen würde, anstatt mit sich selbst - da-

rauf wird zurückzukommen sein. Die große Frage lautet heute wohl: wie kann man den Planeten (wieder) in den Griff bekommen, wie kann eine tragfähige, gerechte und nachhaltige Wirtschaftsordnung geschaffen werden, die dem Frieden förderlich ist und endlich globale Entwicklung erlaubt?

Meine Antwort auf diese Frage lautet - und das ist das Einzige, worüber ich mir ziemlich sicher bin: wenn die Europäische Union sich nicht binnen kurzer Frist neu erfinden kann, wenn Europa als Ganzes den Weg nicht mit beschildern kann, der von allen zusammen auf der Erde beschritten werden soll, dann werden wir alle zusammen an einem Ort ankommen, wo keiner hinwill. Die Europäische Union ist der einzige „Block“ in der Welt von heute, der in seiner eigenen Substanz jene Ingredienzien bereits besitzt, aus denen eine dauerhafte friedliche und nachhaltige Organisation des Planeten gemacht werden kann. Eine soziale und ökologische Marktwirtschaft im Dienste der Menschen; Respekt des Anderen, seiner Würde und seiner Gleichwertigkeit; Verzicht auf nationale Souveränität zur gemeinsamen Erlangung einer höheren Ebene von politischer, sozialer und moralischer Organisation: dies sind die Elemente, die Europa einmal auf den Weg gebracht haben, als zwischenstaatliches Einigungswerk ohne Gleichen und ohne Präzedenzfall, aufbauend auf Versöhnung und Solidarität. All dies steht nun auf dem Spiel. Die Welt, die wir gekannt haben, vergeht, und sie wird nicht wieder kommen. Doch wird die Welt, die kommt, eine bessere sein?

Die große Krise, die die Welt bedrückt, ist nicht von Europa ausgegangen. Doch die systemischen - im politischen, nicht im volkswirtschaftlichen Sinn des Wortes - Verwerfungen, die sie bewirkt, treffen Europa auf besondere Art und Weise. Nicht nur, dass man hier lange den reinen Kapitalismus angelsächsischer Prägung abgelehnt hat, und nun unter seinem definitiven Versagen außerordentlich heftig leidet, was dazu führt, dass der Ruf nach globalen Systemalternativen in Europa lauter wird. Ich werde mich damit im Rahmen der kommenden Europawahl und ihrer Bedeutung beschäftigen. Schlimmer ist, dass in Krisenzeiten jeder Staat traditionell versucht, sich selbst zu retten, egal auf wessen Kosten das passiert. Im europäischen Binnenmarkt und in der Euro-Zone allerdings wäre ein solcher nationalstaatlicher Rückzug fatal. Neue Protektionismen und nationalstaatliche Alleingänge können den Anfang vom Ende der europäischen Einigung einläuten. Ausgeschlossen sind sie keineswegs.

Die Referenden zum Europäischen Verfassungsvertrag haben deutlich gemacht, dass die Europäer Europa nicht wirklich lieben. Die meisten

sind sich der Vorteile bewusst, die sie aus der europäischen Einigung ziehen - vom Wegfall der Grenzkontrollen bis zu niedrigeren Telefongebühren und dem Euro zumindest als Leitwährung, wenn sie ihn nicht selbst benutzen -, tendieren jedoch dazu, die EU für alles mögliche verantwortlich zu machen, was in ihrem Heimatland schief läuft. Das ist beileibe nicht überall dasselbe. Während die Franzosen, die den Vertrag abgelehnt haben, ein viszerales Problem mit dem Prinzip der freien Marktwirtschaft haben und ein sozialeres Europa vermischen, kann man das den Niederländern nun wirklich nicht vorwerfen. Dennoch haben sie den Vertrag ebenfalls abgelehnt - vor allem aus Protest gegen Ausländer und Kriminalität im Lande. In Irland war es die vermeintliche Abkehr von der militärischen Neutralität und die Annahme, Europa würde die Abtreibung in Irland einführen, die zu dem bekannten Resultat geführt haben. Das Erschreckende ist: fast überall ist man spürbar gegen Europa, doch stets aus anderen Gründen. Die Summe all dieser Ablehnungsgründe hat dazu geführt, dass die Union noch immer keinen neuen Grundlagenvertrag hat - fünf Jahre nach jener Erweiterung, die einen solchen Vertrag dringend notwendig gemacht hat. Ob sie ihn bald bekommt, steht in den Sternen.

Die Regierenden, die in ihren jeweiligen Staaten Mehrheiten brauchen, wissen um die latente oder ausgesprochene Ablehnung Europas bei ihren Wählern. In der Krise wird sich nun zeigen müssen, wie dieses Bewusstsein demokratisch, also elektoral, verarbeitet werden wird. Europawahlen sind eine Sache, nationale Wahlgänge eine ganz andere, und auch davon stehen in den kommenden Monaten jede Menge an. Ohne einzelne Staaten auflisten zu wollen, scheint mir das Risiko gegeben, dass das nationale Wahlverhalten in einigen Mitgliedsstaaten der Union durchaus zur Bildung von Regierungen führen könnte, die mit Europa wenig am Hut haben. Die „pro-europäischen“ Kräfte haben stellenweise ganz einfach keine Mehrheit, und ihr elektorales Gewicht droht angesichts der Auswirkungen der Krise weiter zu schwinden. In welche Richtung die Union marschieren soll, wenn ein halbes Dutzend oder mehr akut euroskeptische Regierungen mit am Rattisch sitzen, ist eine Frage, die schnell beantwortet ist: sie wird sich nicht mehr weiter- sondern zurückentwickeln. Einen Abwicklungsprozess, wie er zumindest als wenig erbauliche Perspektive im Raum steht, würde sie jedoch nicht überleben.

Ein Scheitern der Union, wie wir sie heute kennen, und damit verbunden eine reale Bedrohung der Kohäsion der Euro-Zone, würde Schockwellen über den Planeten senden. Die Wirtschaftskrise würde sich ohne handlungsfähige Union um ihr Vielfaches verstärken, jede Hoffnung auf ein baldiges Ende von Rezession und Depression dürfte

schwinden: Die Folgen wären katastrophal für die Welt. Es wäre das Ende der Welt, in der wir heute leben. Deshalb muss ein solches Szenario vermieden werden.

Dieses Buch ist in fünf Teile gegliedert. Der erste stellt die Einführung in das zu Beschreibende dar, indem es aus Sicht des Autors einen Überblick über die Dynamik der aktuellen Situation in Europa und in der Welt liefert. An dieses erste Element, die an dieser Stelle zum Abschluss kommende Anfangsbetrachtung, schließen sich nun die drei „Akte“ des Hauptstücks an:

- der erste Akt behandelt die Art und Weise, wie die Krise Europa erreicht hat, und wie sie es umso unvorbereiteter trifft, als die Europäische Union es sträflich vernachlässigt hat, vor ihrer letzten Erweiterung die politischen und nach dieser Erweiterung die wirtschaftlichen Weichen richtig zu stellen;
- der zweite Akt beschäftigt sich mit den Gründen dieses Versagens und schließt mit einem Ausblick auf die Europawahl und was sie für die Zukunft der Union bedeuten könnte;
- der dritte Akt geht auf die globalen Herausforderungen unserer Zeit ein und ermittelt die Rolle, die Europa bei ihrer Bewältigung spielen sollte - wenn es denn dazu in der Lage wäre.

Der fünfte und letzte Teil ist ein Blick in die europäische Zukunft, wie ich sie mir wünsche. Es ist der Blick auf eine Europäische Union und ein europäisches Bewusstsein, die es Europa erlauben, die Welt auf berechenbare, verlässliche und nachhaltige Weise auf den Weg zu einem neuen Wirtschafts- und Entwicklungsmodell zu geleiten. Fast hätte ich geschrieben, „zu führen“. Doch führen können wir nicht alleine. Wir sollten es nicht einmal anstreben. Denn die Welt nach der Krise sollte endlich eine sein, in der alle „Mächte“ des Planeten sich bewusst geworden sind, dass sie nur **EIN** Interesse haben können: das der wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Entwicklung der gesamten Menschheit, ohne Krisen und ohne Kriege.

Akt 1 - Die Krise erreicht Europa

Der Fall Islands

Als am 14. September die Regierung in Washington beschloss, die alt-ehrwürdige Investmentbank Lehman Brothers nicht vor dem Bankrott zu retten, ahnten wenige, was diese Entscheidung für dramatische Konsequenzen für die Weltwirtschaft haben könnte. Doch tatsächlich war dies der Tag, an dem der Untergang des Weltfinanzsystems begann. Es sollte nicht mehr lange dauern, bis die Folgen der Lehman-Insolvenz ihre globalen Kreise ziehen würden.

Zu diesem Zeitpunkt war auf einer im nördlichen Atlantik gelegenen Insel bereits seit Monaten klar, dass das Bankensystem des Landes sich auf eine Katastrophe zubewegte. Durch aggressives internationales Marketing hatten die drei größten isländischen Banken einen Umfang erreicht, der in keiner Relation mit der wirtschaftlichen Stärke des Landes mehr stand. Viele in Island und anderswo waren sich bewusst, dass Gefahr im Verzug war. Nach dem Untergang von Lehman Brothers vollzog sich anschließend die Entwicklung in Richtung Crash der isländischen Banken mit rasender Geschwindigkeit.

Zu Anfang des Jahrhunderts entschloss sich die isländische Regierung, das Bankenwesen auf der Insel zu privatisieren. Unter dem Impuls der von der Unabhängigkeitspartei geführten liberalen Regierung erfolgte die Bankenprivatisierung radikal und ohne übermäßige Aufsicht. David Oddsson, zu jenem Zeitpunkt Regierungschef Islands, der vor kurzem im Zug der politischen Umwälzungen in Reykjavik auch seinen Hut als Chefgouverneur der Zentralbank nehmen musste, ist kein Mann des Staates. Sein Credo ist ultraliberal - und so entließ er die isländischen Banken in die völlige und ziemlich unkontrollierte Freiheit.

Die drei isländischen Großbanken - Landsbanki, Glitnir und Kaupthing - brauchten nicht lange, um sich international einen Namen zu machen. Sie verfolgten eine konsequente Expansionspolitik, mit der sie schnell erreichten, dass Island sich grundlegend veränderte. Die Summen, die sie umsetzten, waren kolossal, Geld floss aus dem Ausland, Island entwickelt sich zu einer Drehscheibe der Hochfinanz. Weil die Regulierung des Finanzsektors dürtig war und man auch kaum Erfahrung mit der prudenziellen Überwachung der Geschäfte freier und vom Staat unabhängiger Banken besaß, wurde vieles toleriert oder einfach übersehen, was in traditionellen Finanzzentren

undenkbar gewesen wäre. Die Berichte über windige Transaktionen, Eingeweihtendelikte, die Nutzung der isländischen Banken für fiktive Bankoperationen zugunsten der Besitzer der Institute und anderer Teile der Holdings, die die Banken trugen, sickern erst jetzt langsam an die Öffentlichkeit.

Der Erfolg der drei Banken Landsbanki, Kaupthing und Glitnir wurde schnell zum Erfolg einer ganzen Nation. Die Banken stellten massiv Mitarbeiter ein, die im Ausland ausgebildet worden waren und nach Reykjavik zurückkehrten, um schnell reich zu werden. Das alte Fundament der isländischen Gesellschaft, die harte Arbeit auf dem Meer, galt nicht mehr viel. Was zählte, war das schnelle Geld, das in Reykjavik und den umliegenden Nobelvororten weithin sichtbar zur Schau gestellt wurde. Man war schließlich lange genug eine Nation armer Fischer gewesen. Die Zukunft hatte auf Island Einzug gehalten, und mit ihr jener gedankenlose Umgang mit inexistentem Geld, der zu Kreditblasen führt. Die haben die sträfliche Eigenart, irgendwann zu platzen. Die isländische tat es aber erst NACH dem Bankrott von Landsbanki, Kaupthing und Glitnir. Der isländische „Bust“ war eine Konsequenz aus deren Niedergang, nicht der Grund dafür. Dazu kommen wir gleich.

Island spielte ein paar Jahre lang verrückt. Aus Reykjavik, der vorher ziemlich verschlafenen Inselhauptstadt nahe am Polarkreis, wurde binnen kurzer Zeit einer der angesagtesten Partymetropolen Europas. Der Immobilienmarkt boomte, mit geliehenem Geld natürlich, aber wo war das Problem? Die Preise stiegen ständig, und der angenommene kurzfristige Mehrwert reichte aus, um jede Hypothek zu finanzieren. Die übliche Psychologie eines überheizenden Marktes bewirkte, dass ohne weiteres Aufheben jeder Kredit für alles bekam. So entstanden in Reykjavik Shopping Malls, die einer Millionenstadt zur Ehre gereicht hätten. Die neue Wohnung mit Meerblick war nicht ausreichend als Statussymbol, und der Range Rover sowieso banal, weil jeder so einen fuhr. Plasmaschirme hatte man bereits genug, also brauchte man nun zusätzlich zum Beispiel ein Speedboat. Das gab es in der Abteilung gleich neben den Golf- und Surfausrüstungen. In einem Land, wo die Lufttemperaturen im Juli nur 15 bis 20 Grad erreichen, und das nicht im Mittelmeer, sondern im Atlantik am Polarkreis liegt, waren dies schon ausgefallene Hobbys. Aber man kann schließlich in Zeiten akuten Reichtums keine Rücksicht auf Geografie und Meteorologie nehmen.

Ein isländischer Freund erklärte mir vor ein paar Monaten, er habe sein Auto - ein Ford SUV, wie es ihn nur in Amerika gibt - aus den

Vereinigten Staaten importiert und ein Jahr zuvor auf Kredit finanziert. Diesen Kredit hatte er nicht in isländischen Kronen aufgenommen, sondern in einem Paket von Dollars, Euros und Yen, weil der Stand der Krone derart hoch war, dass er sich ausgerechnet hatte, mit dem Währungskorbkredit real keine Zinsen zahlen zu müssen, sondern auf dem Kredit sogar noch zu verdienen. Leider hatte die Krone zum Zeitpunkt unseres Treffens die Hälfte ihres Werts gegenüber dem Euro eingebüßt, im Vergleich zu dem Moment, als der Kredit aufgenommen wurde. Die Moral der Geschichte ist, dass mein Freund nach einem Jahr Rückzahlung nun in der weiteren Laufzeit des Kredits einen höheren Betrag an Kronen zurückzahlen müssen, als das Auto eigentlich gekostet hat. So ist das heute in Island.

Anfang 2008 wurden die ersten Warnungen laut, dass das Bankensystem Islands, und der gesellschaftliche Wahn, den es finanzierte, nicht dauerhaft tragfähig sein könnten. Die Warnungen - die sich im Sommer 2008 zu häufen begannen - wurden jedoch in den Wind geschlagen, bis Anfang Oktober 2008 schließlich die drei großen Banken für insolvent erklärt wurden. Mit ihnen meldete die Republik Island Zahlungsunfähigkeit an. Für sie gab es natürlich weder einen potenziellen Käufer, noch einen Konkursverwalter. Die Banken hoch gepokert und schließlich alles verloren. Der isländische Staat, der diesem Pokerspiel über Jahre zugesehen hatte, ohne die Einsätze überhöht zu finden, verlor am Ende mit.

Der Konkurs von Lehman Brothers im September 2008 brachte die globale Finanzarchitektur ins Wanken. Bis dahin hatte der feste Glaube an das Prinzip „too big to fail“ gegolten - Institute, die eine bestimmte kritische Masse besaßen, würden im Ernstfall vom Staat nicht fallen gelassen, die Kollateralschäden wären nicht zu verantworten. Nun war also der GAU (Größter anzunehmender Unfall, ein Begriff aus dem nuklearen Krisenmanagement, der heute besonders gut in die Welt der zusammenbrechenden Finanzmärkte passt) doch eingetreten - und „too big to fail“ galt nicht mehr. Mit fast sofortiger Wirkung setzte eine Vertrauenskrise auf den Finanzmärkten ein. Die Banken untereinander liehen sich wenige und weniger Geld, bis der Inter-Bank-Kreditmarkt, auf den die Geldinstitute zur Refinanzierung ihrer Ausstände angewiesen sind, ein paar Wochen nach der Lehman-Pleite zum Erliegen kam. So kam es zum Untergang der isländischen Banken.

Landsbanki, Kaupthing und Glitnir waren von ihrer Bilanzaufstellung her tragfähige Institute. Ihre Kapital-Deckungs-Ratios schienen in Ordnung, ihre Geschäfte liefen weitgehend normal - bloß, dass sie ihre

Einlagen und Ausstände zu rund 80 Prozent in Fremdwährung führten. Auch waren sie überaus stark international exponiert, was angesichts des in Finanzbegriffen mikroskopisch kleinen isländischen Marktes auch nicht verwunderlich war. Die Drei hingen in erheblichem Masse von der Möglichkeit ab, sich ständig auf dem internationalen Kapitalmarkt in Leitwährungen zu refinanzieren. Als dieser Markt aussetzte, schlug für die isländischen Banken die Stunde einer besonders unangenehmen Wahrheit. Sie konnten Ausstände quasi über Nacht nicht mehr refinanzieren, was dazu führte, dass ihre Eigenmittel binnen kürzester Zeit dafür aufgebracht werden mussten, übergangsmäßig ihre Verbindlichkeiten nach außen zu bedienen. Dafür benutzten sie selbstverständlich die Einlagen ihrer Kunden. Es kam zum „Run“. Sparer, die ihr Geld bei den isländischen Banken angelegt hatten, wollten nach ihrem Konto schauen - und stellten fest, dass dessen Bestand verdunstet war. Belgische Zahnärzte, deutsche Kirchenverbände und englische Gemeinden hatten Geld bei den isländischen Banken angelegt. Nun war es weg. Das hätte unter anderen Umständen vielleicht nie jemand gemerkt, weil es „wiedergekommen“ wäre. Im Fall der isländischen Banken aber kam es nicht wieder.

Wenn einer Bank die Zahlungsunfähigkeit gegenüber ihren Kunden droht, wendet sie sich normalerweise an ihre Zentralbank, die als „lender of last resort“ dient - als Bank der Banken, die im Notfall Geldmittel kurzfristig verfügbar macht, um so den Engpass zu überbrücken. Durch das immediate Einschreiten der Zentralbank ist es möglich, kurzzeitig entnommene Kontenbestände „zurückzubringen“ - den Kunden fällt nicht auf, dass sie einen Moment lang kein Geld mehr hatten, weil sie nicht alle zugleich danach suchen. Solche Rettungsoperationen passieren oft über Nacht. Die Zentralbank versorgt die betroffene Bank mit Liquiditäten, und wenn die Bankkunden morgens auftauchen, ist auf ihrem Konto alles in Ordnung. Im Falle Islands konnte die Zentralbank diese Rolle nicht übernehmen. Die Finanzvolumen, die quasi sofort benötigt wurden, konnten von ihr ganz einfach nicht aufgebracht werden.

Die drei großen isländischen Banken wiesen Bilanzsummen auf, die um das Zehnfache des Bruttoinlandprodukts Islands lagen. Ganz genau weiß das keiner, was von der approximativen Bilanzführung der Banken zeugt, aber es spielt eigentlich auch keine Rolle. Ob es nun acht oder elf Mal der gesamte Reichtum des Landes war - in einer solchen Situation ist eine Zentralbank nicht in der Lage, als „lender of last resort“ zu agieren. Zwar wandten sich die Banken an ihre Zentralbank und an den isländischen Staat, doch diese waren derart überfordert, dass es zum „Run“ kam, weil aufgrund der Handlungs-

unfähigkeit der Zentralbank die Normalität der Kundenkonten bei Landsbanki, Kaupthing und Glitnir zu lange nicht gewährleistet war. Ein paar Stunden dürfen in einer solchen Situation vergehen, bevor die Rettung stattfindet. Ein Tag ist vielleicht auch noch in Ordnung. Darüber hinaus ist die Bank pleite, und das Geld der Kunden einsteilen weg. Landsbanki, Kaupthing und Glitnir verschwanden von der Bildfläche. Später wurden „neue“ Banken mit gleichem Namen daneben gestellt, um das inländische Bankwesen auf Island vor dem vollständigen Zusammenbruch zu bewahren. Die „alten“ Banken warteten teilweise immer noch auf ihre internationale Abwicklung. Mit ihnen fand der Wirtschaftsboom Islands ein jähes und brutales Ende. Tausende verloren ihre Jobs, die Krone ist nur noch die Hälfte dessen wert, was sie vor einem Jahr darstellte, entsprechend heftig ist der Kaufkraftverlust der Isländer.

Island besitzt seine eigene Währung. Diese ist frei handelbar und nicht an eine der großen Leitwährungen gekoppelt. Es ist die kleinste unabhängige Währung der Welt - nirgendwo sonst leisten sich gut 310.000 Menschen eigenes Geld. Das allein muss kein Problem sein, Island hat sich im Lauf der Zeit ebenso durch gelegentliche Währungsturbulenzen hindurch retten können, wie das viel größere Staaten mit ihrer jeweiligen Währung auch hingekriegt haben. Nur brauchten damals eben keine Banken gerettet zu werden. Sie wurden auch nicht gerettet - glücklicherweise für den isländischen Staat, der andernfalls wohl nicht überlebt hätte. Das ist mit einer plötzlich anfallenden Staatsschuld von 1000 Prozent des BIP nicht möglich - und diese Schuld hätte Island als Eigentümer von drei verstaatlichten Großbanken gehabt. Dennoch wurde die Republik Island zum Mitverwalter von Ausständen, die ihre Ökonomie in Jahren nicht erwirtschaften kann. Danach versuchten Zentralbank und Staat einige Wochen lang, gleich nach dem Konkurs der Banken, den Verfall der Krone aufzuhalten. Die war verständlicherweise international stark unter Druck gekommen und riskierte den Fall ins Bodenlose. Doch die isländischen Währungsreserven reichten nicht, um sie zu stabilisieren. Erst ein rigoroses Regelwerk zur Währungskontrolle, das die Krone praktisch aus dem internationalen Zahlungsverkehr herauslöste, indem ihr „Grenzübertritt“ und der von Fremdwährungen so gut wie untersagt wurden, konnte dem dramatischen Verfall der Krone Einhalt gebieten. Ein erheblicher Teil der Reserven Islands war dennoch im Verlauf des Rettungsversuchs der nationalen Währung verschwunden.

Nach den Banken hatte nun der Staat ein Problem. Erstens musste er die Kundeneinlagen bis zu einer gewissen Höhe garantieren, was aus den bereits aufgeführten Gründen nicht möglich war. Zweitens fielen

wegen des Bankenzusammenbruchs massive Steuereinnahmen aus, die für den Erhalt des außerordentlich leistungsfähigen isländischen Gesundheits- und Sozialsystems gebraucht werden. Drittens schlitterte die isländische Wirtschaft in den Abgrund, weil eine Zeitlang niemand mehr da war, der sie finanzieren konnte. Island musste beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und bei seinen nordischen Nachbarn massiv Geld leihen. Der WWF bringt 2,5 Milliarden Euro, die Mitglieder des nordischen Rates weitere vier. Insgesamt braucht Island rund 10 Milliarden Euro - in etwa das BIP eines normalen Jahres - um sich nach dem großen Crash seiner drei Banken stabilisieren und neu aufstellen zu können. Es wird davon ausgegangen, dass seine Staatsschuld bis Sommer 2009 auf etwa 160 Prozent des BIP steigen wird. Die wird irgendwann wieder zurückgezahlt werden müssen. Immer, wenn der Staat den Kapitalismus retten muss, tut er das unter Rückgriff auf die finanziellen und politischen Handlungsperspektiven zukünftiger Generationen.

Der Fall der isländischen Banken hatte DIREKT nichts mit der Hypothekenkrise der USA zu tun. Landsbanki, Kaupthing und Glitnir führten in ihren Bilanzen kaum „toxic assets“, also Finanzpapiere, die keinen realen Gegenwert besitzen, weil sie während des amerikanischen Immobilienbooms aus dem Nichts aufgeköcht und quer durch die Welt verbreitet wurden. Die isländischen Banken - und nach ihnen der isländische Staat - fielen, weil sie in den Strudel einer globalen Finanzturbulenz gerieten, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. Lehman Brothers brach zusammen, weil sich die Bank nicht mehr aus den Verwerfungen der Hypothekenkrise retten konnte. Nachdem eins der Häuser, die sich Investmentbanken nannten, solchermaßen zugrunde ging, folgten die anderen sehr schnell nach. „Too big to fail“ galt eben nun nicht mehr, das Vertrauen auf den Finanzmärkten versiegte, der Inter-Bank-Kreditmarkt kam zum völligen Erliegen. Daran erstickten die isländischen Banken. Zuerst legten die Ausläufer der Hypothekenkrise die internationalen Kreditmechanismen lahm, dann mussten sich die isländischen Banken selbst auffressen, weil sie sich nicht mehr auf dem Markt refinanzieren konnten. So ging der isländische Staat pleite, der zu klein ist, um Großbanken retten zu können. Er war zahlungsunfähig, so, wie es Betriebe sein können. Oder so, wie viele Entwicklungsstaaten es chronisch sind, aber die liegen oft in Afrika, da schaut man nicht so genau hin. Dennoch: Staatsbankrott ist möglich. Das wurde soeben wieder von Island bewiesen. Vor ein paar Jahren war es in Argentinien der Fall. Aber da gab es keine globale Krise. Das Phänomen der Insolvenz von Staaten scheint erst jetzt, gerade wegen der Dimension der weltweiten Krise, in unser Bewusstsein zu dringen. Es wurde langsam Zeit.

Staatsbankrott ist möglich!

Kann ein Staat pleite gehen? Die Antwort auf diese Frage lautete offiziell während langer Zeit: Nein. Dafür gab es einige gute Gründe. Ein Staat ist souverän. Niemand kann ihn zwingen, sich für Schulden zu verantworten, die er nicht (mehr) bezahlen kann. Ein Staat kann Geld drucken, wenn keines mehr da ist, und so seine Inlandsverschuldung sozusagen selber tilgen. Normalerweise riskiert er dann zwar eine galoppierende Inflation, aber auch dagegen hilft zweierlei: die Unkonvertibilität seiner Währung, eingehend mit einem mehr oder weniger arbiträr festgelegten Wechselkurs gegenüber konvertiblen Devisen; und das, was die Vereinigten Staaten von Amerika seit Jahrzehnten erfolgreich praktizieren, nämlich die sofortige Absorption des „neuen“ Geldes durch die eigene Industrie, in diesem Fall oft die Kriegsindustrie. Es ist schließlich kein Zufall, dass die USA mehr oder weniger ständig Krieg führen. Das alte Waffenmaterial muss gelegentlich weg, damit Platz für neue Lagerbestände geschaffen werden kann, deren Produktion mit dem frisch gedruckten Geld finanziert worden ist. Das ist nicht besonders nobel, aber in Amerika ziemlich effizient.

Diese beiden Gründe sind im Wesentlichen dafür verantwortlich, dass noch nie ein Staat „so richtig“ pleite war. Zahlungsunfähig ja, aber das war dann stets ein vorübergehender Zustand, dem früher oder später abgeholfen werden konnte - auch wenn es den betroffenen Staat, wenn er in der entwickelten Welt liegt, jeweils ein paar Jahre Durststrecke kostete. Wieso stimmt das nur in der entwickelten Welt? Nun, die ärmsten Staaten sind meist chronisch zahlungsunfähig und verteilen kaum etwas um. Zahlungsunfähigkeit nach außen ist für sie oft kein Problem, weil ihre Darlehen gegenüber anderen Staaten oder internationalen Organisationen dann eben zeitlich verlängert oder ganz abgeschrieben werden. Zwar riskieren sie so, bei einer nächsten Kreditvergabe nicht mehr berücksichtigt zu werden, aber zumindest sind sie bei der Nicht-Zurückzahlung des vorherigen Darlehens ungeschoren davongekommen. Und weil diese Staaten intern kaum etwas umverteilen, da sie kein flächendeckend funktionierendes Sozialsystem besitzen, fällt ihren bettelarmen Bevölkerungen nicht auf, dass der Staat kein Geld hat. Sie haben sowieso noch nie welches von ihm erhalten. Diejenigen, denen es besser geht, verlassen sich nicht auf den Staat, sondern organisieren sich ihre Einkünfte mitsamt Gesundheits- und Altersvorsorge selbst.

Wenn nun ein entwickelter Staat zahlungsunfähig ist, dann gibt es aufgrund seiner Souveränität keine Instanz, die ein Insolvenzverfahren gegen ihn einleiten würde oder könnte. Es gibt auch keinen Konkurs-

verwalter. Wer käme infrage, um solche Aufgaben gegenüber Staaten zu übernehmen? Kein internationales Gericht kann den Konkurs beschließen, kein überstaatlicher Gerichtsvollzieher kann die Aktiva eines insolventen Staates pfänden. So erklärt sich, dass aufgrund der rein praktischen Schwierigkeiten, die so ein Staatsbankrott nach sich ziehen würde, wenn er analog zu einem Unternehmensbankrott behandelt werden müsste, die offizielle Lehre bereits vor langer Zeit beschlossen hat, dass ein Staat eben nicht pleite gehen kann. Und er kann es doch!

Am Beispiel Islands zeigt sich, wie so etwas funktioniert. Die Zahlungsunfähigkeit des Staates ist etabliert. Geld drucken kann er keins, denn er will seine Währung vordringlich stabilisieren. Wenn die intern zirkulierende eigene Geldmenge nicht drastisch steigen darf, kommen also nur externe Kredite infrage, um die Finanzierungsengpässe der Phase der akuten Zahlungsunfähigkeit zu verhindern. Im Normalfall würde ein Staat, der dringend Geld braucht, versuchen, sich dieses auf dem internationalen Kreditmarkt zu organisieren, aber diese Option ist ihm momentan verwehrt: erstens liegt dieser Markt noch immer weitgehend brach, und zweitens wird er die sehr begrenzten Finanzmittel, die zu diesem Zeitpunkt frei zirkulieren, keinem Staat zur Verfügung stellen, der riskiert, sie nicht zurückzahlen zu können. Einem Staat wie Island ist der Zugang zum freien internationalen Kapitalmarkt daher unmöglich. Also muss er die Mittel, die er braucht, aus öffentlichen Quellen beziehen. Das sind andere Staaten, und natürlich die internationalen Finanzinstitutionen, allen voran der Internationale Währungsfonds (IWF).

Dieser leiht Staaten Geld, aber er tut es nicht nur nicht umsonst, sondern er knüpft die Kreditvergabe an strenge Auflagen. Faktisch stellt er Staaten, die seine Ressourcen im Notfall beanspruchen, für die Dauer des Arrangements (so wird ein IWF-Kredit genannt) unter Kuratel.

An einem anderen Beispiel lässt sich besonders gut zeigen, wie stringent diese Auflagen sind. Lettland, der von der Krise am meisten betroffene Mitgliedsstaat der Europäischen Union, stand Anfang des Jahres ebenfalls vor dem Bankrott. Ohne schnelle Kreditbewilligung durch den IWF und die Europäische Union stellte die lettische Regierung im Februar 2009 klar, dass ihr im Juni das Geld ausgehen würde. In der Zwischenzeit hat sich Lettland, mittlerweile seit Anfang März unter einer neuen Regierung (die vorherige ist, ebenso wie die isländische und auch die ungarische, unter dem Druck der krisenbewirkten Ereignisse gestürzt), mit den Geldgebern geeinigt - 7,5 Milliarden Euro werden zur Verfügung gestellt, für den Anteil des IWF

wird das entsprechende Arrangement eine Laufzeit von 27 Monaten haben. Aber: Lettland muss sich zu strikter Austerität verpflichten. Die Gehälter der Staatsbediensteten werden um 20 Prozent gekürzt, weitere Staatsausgaben müssen eingefroren werden, lediglich bei den Sozialausgaben sind Mehrausgaben zulässig, um den Schwächsten in der Gesellschaft nicht sofort den Boden unter den Füßen wegzuziehen und den internen Konsum halbwegs stabil zu halten. Das alles sind mittelfristige Maßnahmen, sie werden nicht bereits nächstes Jahr wieder rückgängig gemacht.

Die Auflagen, die IWF und Europäische Kommission (die Kredite aus ihrem „Eigenmittelfonds“, der für genau diesen Zweck eingerichtet worden ist, auch nicht nach weniger strengen Kriterien vergibt, als der IWF) Lettland gemacht haben, kommen faktisch dem gleich, was einem Betrieb unter verordneter Zwangsverwaltung auferlegt wird. Und noch etwas ist sehr ähnlich: die Schulden, die ein Staat während seiner „Zwangsverwaltung“ macht - also die Kredite der internationalen Geber - müssen irgendwann zurückgezahlt werden. Das ist ein langfristiger Prozess, der dadurch nicht einfacher gemacht wird, dass Haushaltslöcher entstehen, die umso grösser werden, desto mehr die Austeritätspolitik die wirtschaftliche Schrumpfung vertieft und verlängert. Ein Unternehmen versucht deshalb in einer solchen Situation, einen Käufer zu finden, der es übernimmt und seine Sanierung mitgestaltet. Einem Staat ist diese Möglichkeit nicht gegeben.

Staatsbankrott und seine Vorstufen sind also nicht nur faktisch doch möglich - dass ein Staat zahlungsunfähig sein kann, wird eben gerade in dieser Zeit fast regelmäßig bewiesen - sondern die Effekte dieses Zustandes werden im Rahmen der Rettungskredite internationaler Organisationen denen mittlerweile sehr ähnlich, die ein Unternehmen im selben Fall zu akzeptieren hätte. Nur eines gibt es (noch) nicht: die Auflösung eines bankrotten Staates und die Versteigerung seiner Aktiva.

Weil ein Staat nicht aufgelöst oder liquidiert werden kann, muss er eben durch Zwangsverwaltung hindurch und darauf hoffen, dass die Zeiten wieder besser werden. In diesem Kontext ist es interessant, sich kurz mit der Frage zu beschäftigen, wie ein Staat überhaupt an den Rand der Zahlungsunfähigkeit gelangen kann, respektive, zahlungsunfähig wird. Bei den isländischen Banken (und nicht nur diesen, wie man in Luxemburg seit letztem Herbst genau weiß) kann die Insolvenz eine Sache sein, die sich binnen zwei Tagen ergibt, weil Illiquidität des Instituts gegenüber seinen eigenen Kreditgebern und daraus sehr kurzfristig resultierender Kursverfall zusammen zu einem

„Run“ der Kundschaft führen können, der binnen Stunden den Rest erledigt. Aber ein Staat sollte doch vorausschauender agieren, als eine Bank, die lediglich ihren nächsten Quartalsbericht im Auge hat und deren Planungshorizont sich demnach in Perioden von drei Monaten organisiert?

Ja und Nein. Natürlich ergibt sich die Entwicklung hin zum drohenden Bankrott bei einem Staat nicht über Nacht. Aber er kann objektive Fehler bei seiner politischen Gestaltung machen, die über Jahre hinweg keine oder kaum negative Auswirkungen nach sich ziehen, und deren Gesamtwirkung sich dann unter ungünstigen Umständen relativ schnell niederschlägt. Der schlimmste solcher Fehler ist die Nicht-Gestaltung, das „laissez-faire“ in einer Situation drohender oder einsetzender wirtschaftlicher Überhitzung.

Alle drei baltischen Staaten, zum Beispiel, kannten vor allem in den Jahren 2006 und 2007 einen enormen Bauboom. Bereits seit etwa 2003 hatten sich beeindruckende Wachstumszahlen zwischen Tallinn und Vilnius eingestellt, sie waren in einigen Jahren sogar zweistellig. Es ist kein Geheimnis, dass derartiges Wachstum nicht nachhaltig sein kann, besonders, wenn der starke ausländische Kapitaleinfluss durch massive Einkommenszuwächse im Lande so verstärkt wird, dass die Inflation außer Kontrolle gerät. Das Hauptproblem der drei baltischen Staaten - Litauen ist bis jetzt am wenigsten davon betroffen, aber es hat auch eine etwas breiter aufgestellte Wirtschaft, als die anderen beiden Länder, in denen vor allem die Hauptstädte boomten - war der völlig aus dem Ruder laufende Immobilienmarkt. Dieser erzielte in den beiden Spitzenjahren 2006 und 2007 einen jährlichen Wertzuwachs von über 50 Prozent. So etwas kann nicht gutgehen. Aber genau wie in Island wollte niemand das hören. Als es im Gebälk zu krachen begann, war es für eine Politik der Mäßigung, mit Steuern auf Immobilientransaktionen, moderater Lohnerhöhung und Inflationskontrolle längst zu spät. Und bevor es krachte, wäre eine solche Politik nicht zu vermitteln gewesen. Schließlich bricht man nicht freiwillig eine zweistellige Wachstumsdynamik, die eben erst eingesetzt hat, wenn man, wie das in Estland formuliert wurde, die Ambition besitzt, das Luxemburg des Nordens zu werden, und zwar schnell.

Ein Staat kann sehr wohl voraussehen, dass er dabei ist, zu überdrehen. Diejenigen, die ihn regieren, können durchaus abschätzen, dass bestimmte Blasen dabei sind, sich gefährlich zu überdehnen. Aber was den Verwaltungsräten die „shareholder value“ - das kurzfristig positive Resultat, das man trimestriell seinen Aktionären vorlegen musste, um seinen Posten sicher behalten zu können - das ist dem Politiker die

Angst vor Volkes Zorn und entsprechenden Wahlergebnissen. Jede Form von Demokratie ist nicht auf Vorsicht und Maßhaltend ausgerichtet. Wenn der „demos“, das Volk, auch noch gerade damit beschäftigt ist, reich zu werden, dann wird der erschlagen, der mit der Botschaft zu ihm kommt, das alles müsse ein Ende haben, im Namen der Vernunft und der Nachhaltigkeit. Die, die heute in Lettland, Estland und anderswo regieren, werden es schwer haben, die sozialen Bewegungen unter Kontrolle zu halten, die aus der notwendigen Austerität nach dem Absturz erwachsen können.

All das bis hierher Geschilderte klingt nach einem Western der globalisierten Zeit. Tatsache ist, dass das Europa der Gründerzeit derartiges nicht erlebt hat, und nie erlebt hätte. Es wurde erst möglich, nachdem die klassischen europäischen Vorstellungen über das kapitalistische System und über die soziale und nachhaltige Ausrichtung der Marktwirtschaft ausgehebelt wurden. Das passierte definitiv ab dem Ende der 80er Jahre des vorherigen Jahrhunderts. Wir sollten demnach einen Blick zurückwerfen, um nachzuschauen, was damals in Europa den Ausschlag dafür gab, den alten Pfad der wirtschaftlichen Tugend zu verlassen und Abenteuer zu wagen.

Die Niederlage des europäischen Kapitalismus

Gibt es geografisch abgegrenzte Unterabteilungen des Kapitalismus? Im systemischen Sinn des Wortes wohl eher nicht: eine Gesellschaft, ein Wirtschaftssystem, ist kapitalistisch, oder eben nicht. Und doch. Unterschiede zwischen der Art und Weise, wie und von wem Kapital in bestimmten Wirtschaftsordnungen eingesetzt wird, welche Rolle es dort spielt und welchen Stellenwert unter den „Produktionsfaktoren“ es genießt, bestehen sehr wohl, und es hat sie immer gegeben. Das alte sowjetische System konnte weder ohne Kapital funktionieren, noch war es ihm möglich, trotz „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ und also der Existenz einer Art „sozialistischen internationalen Marktes“, sich gänzlich aus den globalen Handelsbewegungen herauszuhalten. Also praktizierte der kommunistische Block das, was gemeinhin „Staatskapitalismus“ genannt wird. Alexander Schalck-Golodkowski konnte im Detail beschreiben, wie intensiv er sich kapitalistischen Praktiken hingeben musste, um seiner Deutschen Demokratischen Republik die ständig benötigten Devisen zu verschaffen. Das System war anti-kapitalistisch, integrierte jedoch trotzdem jene kapitalistischen Reflexe und Handlungen, die für sein Überleben und seine Entwicklung nötig waren – in einer Welt, in der Sozialismus und Kommunismus eben nur stellenweise praktiziert wurden, und anderswo die Marktwirtschaft praktiziert wurde.

Das heutige China ist nominell eine Volksrepublik, in der die Kommunistische Partei Chinas laut Verfassung noch immer die alleinige Verantwortung für die Grundausrichtung der Politik trägt. Faktisch jedoch ist die Volksrepublik China eine kapitalistische Macht, die lediglich der Marktentwicklung eine autoritäre, konfuzianisch geprägte Ordnung überstülpt, innerhalb derer sie stattzufinden hat. Offiziell heißt das Ganze nun „sozialistische Marktwirtschaft“. Rein semantisch gesehen fast ein Widerspruch in sich selbst - bloß dass dieser Widerspruch zu wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Höchstleistungen imstande ist, die man im Westen nur bestaunen kann. Wieder eine Spielart, ein geografisches und vor allem ordnungspolitisches Segment des Kapitalismus.

Es gab auch einmal einen europäischen Kapitalismus, der sich quasi antagonistisch zu jenem angelsächsischer Prägung artikuliert. Da, wo Frau Thatcher die Sache auf den Punkt brachte, indem sie eine „Marktwirtschaft ohne Adjektive“ einforderte, setzte sie einen Kontrapunkt zum kontinentaleuropäischen marktwirtschaftlichen Bekenntnis, das darauf bestand, dass diese sozial zu sein habe. In der Entwicklung dieser beiden Varianten der kapitalistischen Organisation liegt die Erklärung dessen, was heute passiert. Ich möchte es vorneweg klarstellen: ohne Abkehr vom als sozialdemokratisch bezeichneten Grundkonsens über die soziale Marktwirtschaft, wie wir ihn bis in die 80er Jahre des 20. Jahrhunderts erhalten hatten, um ihn dann - unter erheblichem Druck, wie noch festzustellen sein wird - graduell aufzugeben, wäre die aktuelle Krise nicht die, die sie ist. Zumindest nicht in Europa.

Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis in die 80er Jahre des 20. Jahrhunderts hinein hatte sich das freie Europa einer Marktwirtschaft verschrieben, wie sie unter dem Impuls sozial denkender und handelnder Wirtschaftspolitiker konzipiert und umgesetzt wurde. Das Prinzip war, dass es eine Marktwirtschaft kapitalistischer Grundausrichtung war, und eben keine Planwirtschaft auf kollektivistischer Grundlage. Das bedeutete jedoch keineswegs, dass der Staat in wirtschaftliche Angelegenheiten nicht eingreifen konnte. Nachdem das Ziel und der Zweck der Marktwirtschaft so ausgelegt worden waren, dass sie vordringlich den Menschen und damit der gesellschaftlichen Entwicklung und der sozialen Gerechtigkeit zu dienen hatten, wurden der Markt und seine Akteure nicht nur in die Erfüllung eines politisch übergeordneten Anspruchs eingebunden, sondern sie wurden auch reguliert. Eine der wesentlichen Differenzen zwischen kontinentaleuropäischem und angelsächsischem Kapitalismus, zwischen sozialer Marktwirtschaft und Marktwirtschaft ohne Adjektive, besteht in Umfang und Dichte der Regulierung wirtschaftlicher Aktivität. Der sozialdemokratische

Grundkonsens - so genannt, weil in den meisten freien europäischen Staaten christlich demokratische (oder eben christlich soziale) und sozialdemokratische Parteien den Ton angaben - ging davon aus, dass man die Wirtschaft nicht sich selbst überlassen kann, sondern ihre Ausrichtung und ihre Leistung politischen Zielen unterordnen muss. Die soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards und die ständige Begleitung wirtschaftlicher Entwicklung in Frankreich durch das Plankommissariat - also die 60er Jahre des sozialdemokratischen Grundkonsenses - sind der theoretischen Ausformulierung der heutigen chinesischen „sozialistischen Marktwirtschaft“ nicht einmal so unähnlich gewesen. Tatsache ist allerdings, dass heute in China faktisch ein Turbokapitalismus am Werk ist, wie er in Westeuropa vor 40 Jahren völlig unvorstellbar gewesen wäre. Aber damals gab es ja auch noch nicht die heutigen Referenzbeispiele.

Ein markanter Aspekt des europäischen Kapitalismus und seiner sozialen Marktwirtschaft ist der starke Staat. Da er regulierend wirken muss und die Umverteilung des Mehrwerts als Ankerpunkt seiner ordnungspolitischen Funktion versteht, muss er über die nötigen Attribute souveränen Handelns verfügen. Nur so kann er der Wirtschaft übergeordnet bleiben. In einem solchen Staats- und Wirtschaftsverständnis ist es selbstverständlich, dass es Sozialdialog gibt, ein organisiertes soziales Sicherheitssystem für jeden, und sozialpolitische Mechanismen, mit denen zum Beispiel Arbeitslosen unter die Arme gegriffen werden kann. Arbeitslosigkeit war allerdings in der „Blütezeit“ des sozialdemokratischen Konsenses in Europa kaum ein Thema - Wiederaufbau und wirtschaftlicher Aufschwung hatten über lange Zeit faktisch Vollbeschäftigung herbeigeführt.

Ein anderes wesentliches Charakteristikum der sozialen Marktwirtschaft war der innere Wert, der der Arbeit beigemessen wurde. Arbeit, so lautet der Leitsatz, ist mehr als Beschäftigung. Sie dient der Erfüllung der menschlichen und gesellschaftlichen Ansprüche und besitzt einen hohen Wert an sich. Daraus resultiert, dass Arbeit der wesentliche „Produktionsfaktor“ ist, dem Kapital übergeordnet, das keinen Wert an sich darstellt, sondern der Erfüllung übergeordneter Zwecke dient. Arbeit gehört demnach vernünftig entlohnt, denn die arbeitenden Menschen sollen mit der Frucht ihrer Arbeit ein würdiges Leben führen können - heute würde man sagen, ein „dezent“ Leben. Spekulation ist verpönt, weil sie keinen realen Mehrwert schafft. Sparen heißt das Schlagwort, nicht spekulieren. Aus all diesen Überlegungen heraus ergibt sich auch eine gewisse Abneigung gegenüber überflüssigem Reichtum, und damit völlig surrealen Einkünften von Betriebschefs. Ein Mehr an Arbeit, ein Mehr an Verantwortung sind

entsprechend zu entlohnen - aber wie viel mehr Verantwortung als ein Facharbeiter kann realistisch jemand tragen, der 10.000 Mal mehr verdienen würde, als dieser? Eigentum ist natürlich zulässig, aber es verpflichtet: diejenigen, die Eigentum besitzen, stehen in Verantwortung gegenüber jenen, denen ein gewisses Maß an Privateigentum verwehrt bleibt. Ein Wort bezeichnet das Wesen des sozialdemokratischen Grundkonsenses in der sozialen Marktwirtschaft vielleicht besser als alle anderen: Bescheidenheit.

In dieser Zeit war Großbritannien nicht nur Teil des sozialdemokratischen Konsenses, es war eigentlich fast ein sozialistischer Staat. Bis zum Wahlsieg der Konservativen Partei unter Margaret Thatcher 1979 regierte seit dem Zweiten Weltkrieg vor allem Labour, und das mit einer sozialistischen Agenda und einem enormen gewerkschaftlichen Unterbau der Politik. Zwar war es die konservative Regierung von Edward Heath, die Großbritannien 1973 in die EU führte, aber die dauerte lediglich vier Jahre, um dann wieder von Labour abgelöst zu werden. In den siebziger Jahren war das Land von sozialistischer Pfründenpolitik und der systematischen Erfüllung gewerkschaftlicher Wünsche wirtschaftlich derart sklerosiert, dass Millionen Briten einen Systemwandel herbeisehnten. Mit dem Wahlsieg der Konservativen wurde dieser resolut eingeleitet - und vollzogen. Frau Thatcher ist eine klassische Liberal-konservative: der Staat hat lediglich für Ordnung zu sorgen, während die Wirtschaft selbst am besten weiß, wie sie zu funktionieren hat. Mit diesem Credo baute sie in den etwas über 11 Jahren, die sie an der Spitze der britischen Regierung verbrachte, das Land zu einem Laboratorium reinen Kapitalismus' um. Marktwirtschaft ohne Adjektive eben. Ihre Nachfolger hielten, mit leichten Abstrichen, an der Grundausrichtung ihrer Politik fest. Und so wurde die angelsächsische Welt zum Kontrapunkt des europäischen Kapitalismus - besonders, nachdem in den Vereinigten Staaten Ronald Reagan an die Macht gekommen war. Das war 1980.

Thatcher und Reagan wurden nicht nur gute persönliche Freunde, sie teilten auch die gleichen Ansichten über die Rolle des Staates und die Freiheit der Wirtschaft. Vor allem waren sie sich einig über das absolute Postulat der individuellen Freiheit und der Inkonditionalität von Privatbesitz. Reich werden ist nicht unanständig, wer es nicht schafft, hat sich eben nicht genug angestrengt. Sozialsysteme sind etwas für Schmarotzer, der anständige freie Mensch sorgt selbst für sich und sein Familie, und würde nie abhängig vom Staat sein wollen. Je schwächer der Staat, desto freier die Wirtschaft, und desto umfänglicher ihre Leistung - so könnte man den wirtschaftspolitischen Schlachtruf auf beiden Seiten des Atlantiks formulieren, der ab 1980 erhallte.

Er durchdrang nicht nur die britische und die amerikanische Gesellschaft. Er besaß ebenfalls am Ende der 80er Jahre, und nachdem die Berliner Mauer gefallen war, eine gewaltige akustische Kraft jenseits des ausfransenden Eisernen Vorhangs.

Kontinentaleuropa hielt einstweilen an seinem Modell fest. Wie unterschiedlich die Ausrichtungen in quasi-Nachbarstaaten sein können, wurde deutlich, als 1981 François Mitterrand zum Präsidenten Frankreichs gewählt wurde und auf Basis des „Programme commun“ eine sozialistisch-kommunistische Regierung einsetzte. Nördlich des Kanals wurden Unternehmen privatisiert, was das Zeug hielt, südlich davon Banken und andere Großunternehmen verstaatlicht. Von der integralen Umsetzung des „programme commun“ rückte man zwar nach 1984 wieder ab, die prinzipielle Ausrichtung der französischen Politik wurde jedoch beibehalten. Es muss wohl stimmen, dass die Briten, wenn überhaupt, eine andere Art Europäer sind, als wir hier auf dem Festland. Wie auch immer: solange es noch den Systemgegner im Osten gab, solange eine Alternative zum kapitalistischen System als solches in staatlich organisierter Form existierte, ging Festlandwesteuropa nicht oder nur in sehr bescheidenem Umfang auf „Reaganomics“ und „Thatcherism“ ein. Das änderte sich schlagartig, als der sowjetische Block zu bröckeln anfang, 1989 die Berliner Mauer fiel und zu Weihnachten 1991 die Sowjetunion als letzte Bastion des von ihr gewollten anderen Systems aufhörte, zu existieren. Zufällig regierten liberale und libertäre Republikaner und Konservative genau zu jenem Zeitpunkt, als die sowjetische Welt zusammenbrach. Das war nämlich wirklich reiner Zufall, und nicht, wie gelegentlich behauptet wird, die Voraussetzung dafür, dass der Kommunismus gerade damals besiegt werden konnte – der war dabei, sich selbst zu besiegen, weil er zu einem rigiden und unwandelbaren System der reinen Mangelverwaltung verkommen war, die kaum noch Bindekraft ausstrahlen konnte. Zufällig hatten die liberalen Regierenden der USA und Großbritanniens dann auch gerade noch derartige wirtschaftliche Erfolge vorzuweisen, dass sie nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch zu jenen Leitbildern der Transition wurden, als die sie heute in Geschichtsbüchern gewürdigt werden.

Sobald die Grenzen offen waren, strömten die Zauberlehrlinge von George Bush Senior, dem Amtsnachfolger von Ronald Reagan, und Margaret Thatcher nach Osten, um die reine Lehre des siegreichen Kapitalismus zu verbreiten. Ihr Erfolg war erschlagend. Und sie hatten sich schlau angelegt. Amerikaner, Briten und libertäre Skandinavier begannen sofort nach der Unabhängigkeit früherer sowjetischer Republiken - vor allem im Baltikum -, dort die Voraussetzungen für

die Schaffung neuer Staaten nach ihren wirtschaftlichen Vorstellungen zu schaffen. Über Stiftungen und Stipendien wurde die gesamte Propaganda, die im Westen Kontinentaleuropas völlig wirkungslos blieb, in den Osten getragen. Man fand mehr als genug junge, dynamische Führungstypen, die genau das hören wollten, was ihnen vorgetragen wurde: dass Westeuropa eh rückständig ist, wirtschaftlich verkrustet, und dass man nun im Osten das europäische Gegenstück zum Amerikanischen Traum realisieren würde. Bloß keine Regulierung, niedrige Steuern, es wird zwar eine Zeitlang weh tun, aber danach geht es mit atemberaubender Geschwindigkeit bergauf. „New Europe“ nahm Gestalt an. „Old Europe“ war in den Augen der aufstrebenden neuen Eliten des Ostens ein Relikt der Vergangenheit, genauso unfähig, wie der Staatssozialismus, die Menschen frei und reich werden zu lassen. Die eingerosteten Wirtschaftsmodelle Deutschlands, Frankreichs, Italiens und anderer konnten keine Modellfunktion besitzen. Es musste anders vorwärts gehen, und zwar schnell.

Der europäische Kapitalismus verlor gleich nach dem Kommunismus. Übrig blieb der angelsächsische Kapitalismus als alleiniges Erfolgsmodell, an dem es sich lohnte, nach Orientierung zu suchen. Hatte er gesiegt? Für Margaret Thatcher und Ronald Reagan ganz sicher. Die objektive Antwort auf diese Frage fällt leider ganz anders aus.

Freie Wirtschaft, freier Markt, Geld verdienen, reich werden. Das klang in den Ohren der Millionen Menschen, die unter sozialistischer Miss- und Mangelwirtschaft jahrzehntelang darben mussten, wie göttliche Musik. Dagegen hörte sich die Beschreibung der sozialen Marktwirtschaft mit starkem Staat und wirtschaftlicher Regulierung an, wie ein armseliges Klagelied. Hatte man davon nicht definitiv genug gehabt? Die Sowjetunion war weg, die europäischen Staaten, die unter deren Einfluss gestanden hatten, waren frei. Marktwirtschaft sofort, freier Kapitalverkehr, den Staat, der so lange allmächtig gewesen war, endlich in seine Schranken weisen - so lautete das Programm vieler Parteien, die um 1990 in Mittel- und Osteuropa an die Macht kamen. Oft verschwanden sie nach wenigen Jahren wieder von der Bildfläche, und schon 1992-1993 wurde vielerorts deutlich, was der radikale Umschwung und der sofortige Eintritt in die Glitzerwelt der Marktwirtschaft ohne Adjektive gebracht hatten. Dennoch wurde der Unfug fortgesetzt. Mit wechselnder Intensität zwar, aber doch. Er brachte acht mittel- und osteuropäischen Staaten den EU-Beitritt 2004, zwei weiteren 2007. 2009 stehen einige von ihnen unter der Kuratel des IWF - verordnete Zwangsverwaltung für Staaten, die pleite sind.

Nach 1989 wurden in Mittel- und Osteuropa gravierende politische und wirtschaftliche Fehler begangen. Sie waren allerdings geografisch nicht auf die östliche Hälfte des Kontinents beschränkt, denn erstens wurden sie vom Westen geradezu eingefordert und massiv unterstützt, und zweitens verlor die westliche Hälfte Europas nach dem Wegfall des sozialistischen Systemgegners unter dem Impuls des östlichen Aufbruchs ebenfalls jeden Ansatz zum Maß halten. Genau wie die alten und neuen Staaten des Ostens, die nach dem vermeintlichen fulminanten Sieg des authentischen Kapitalismus über den Kommunismus davon überzeugt waren, das Ende der Geschichte sei gekommen - dieser unsinnige Begriff stammt von dem amerikanischen Akademiker Francis Fukuyama, dem offensichtlich kein noch reißerischerer Titel für ein Büchlein einfiel, von dem er heute wohl selbst am liebsten vergessen würde, dass er es je geschrieben hat -, akzeptierte man schließlich im Westen Europas den Totalen Kapitalismus.

Vieles von dem, was am Anfang der Transition der ehemaligen sozialistischen Staaten, stand, trug die Saat der heutigen osteuropäischen Krise in sich. Das beste Beispiel, das mir hierzu einfällt, ist die Rückerstattung konfiszierten Land- und Immobilienbesitzes. Um es kurz zu machen: nach dem Fall der Mauer und der Eingliederung der DDR in die BRD kam es zu einer groß angelegten Operation der Rückgabe von Ländereien, Häusern und Wohnungen an ihre früheren Besitzer. Nur: in sehr vielen Fällen gab es die nicht mehr, schließlich existierte die DDR 40 Jahre lang, und viele von den Menschen, die zu Anfang des „Arbeiter- und Bauernstaates“ enteignet wurden, waren inzwischen gestorben. Es war der Anspruch der Bundesrepublik, Gerechtigkeit walten zu lassen, und also verteilte man ehemals beschlagnahmte Immobilien dann eben an die Erben jener, die ursprünglich enteignet worden waren. In Deutschland führte das zu keinen größeren Problemen, denn all diese Immobilien befanden sich innerhalb eines funktionierenden Staatswesens, dessen Steuersystem und anderweitiges Regelwerk verhinderte, dass besagte Grundstücke und Bauten zu einer gewaltigen Spekulationsmasse werden würden, die später einen Immobilienboom samt dazugehöriger Kreditblase verursachen könnte. In den baltischen Republiken, in Ungarn, Rumänien und so weiter, war das ganz anders.

Hunderttausende, Millionen Menschen in der östlichen Hälfte Europas wurden nach 1990 plötzlich zu Immobilieneigentümern. Sie bekamen vom Staat Eigentumstitel und die komplette Verfügungsgewalt über ihr Land, oder jene bebaute Fläche, die einmal Land gewesen war, oder jenes alte Haus, das noch stand. Nur: sie brauchten diese Immobilien in der übergroßen Mehrzahl der Fälle nicht. Schließlich

war das Recht auf eine Wohnung im Kommunismus ziemlich absolut, und jeder verfügte also über seine vier Wände, wenn sie auch bescheiden waren. Diese Wohnungen wurden nun ebenfalls ihren Bewohnern mehr oder weniger unentgeltlich überantwortet - meistens mittels einer symbolischen Übernahmezahlung, die sich viele leisten konnten. Ein nicht unwesentlicher Teil der Bevölkerung wurde so also gleich doppelt bedient: einmal, was die eigene Wohnung betraf, in der man tatsächlich lebte, und noch einmal, indem man plötzlich die Besitzurkunde über ein Grundstück oder eine sonstige Immobilie in Händen hielt, die dem Vater oder dem Großvater vom Staat abgenommen worden waren. Nun war diese Vorgehensweise der neuen demokratischen Staaten ja eigentlich zu begrüßen, schließlich ging es darum, einen Teil des vergangenen Unrechts wieder gut zu machen. Allerdings führte die Aktion letzten Endes genau zu jener Immobilienkrise und Kreditblase, die viele osteuropäische Staaten heute an den Rand des Bankrotts geführt hat. Denn die rückerstatteten Immobilien wurden zurückbehalten, bis ein Markt dafür entstanden war. Das dauerte im Regelfall bis 2002 oder 2003. Danach wurde mit den Immobilien spekuliert, die Preise stiegen stellenweise ins Unermessliche, ausländisches Kapital wurde gebraucht, um sie erwerben zu können, Kredite deckten über 100 Prozent des vermeintlichen Wertes dieser Immobilien ab - der Rest ist Geschichte. In Riga zum Beispiel sind viele Immobilienpreise in den letzten Monaten um die Hälfte gefallen. Und Riga ist kein Einzelfall.

Gleich 1989 formulierte ein amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler namens John Williamson den „Konsens von Washington“. Er nannte ihn so, weil der IWF und die Weltbank in Washington ihren Sitz haben, und diese beiden Institutionen die Transition der ehemals sozialistischen Staaten und ihrer Nationalökonomien in die Marktwirtschaft begleiteten. Williamson führte zehn Empfehlungen für einen gelungenen Übergang auf, die auch im Falle einer nationalen Wirtschaftskrise zur Anwendung kommen sollten. Unter diesen Empfehlungen befindet sich viel Sinnvolles - so Investitionen in öffentliche Infrastrukturen und soziale Dienstleistungen, oder die Notwendigkeit eines effizienten Steuersystems und eines bestimmten Maßes an Regulierung - doch diese Elemente wurden allzu oft vergessen. Viel besser klang der Rest: Liberalisieren, Deregulieren, ausländische Investitionen ins Land holen und die Investoren im Rahmen eines rechtssicheren Handlungsspielraums pfleglich behandeln, etc. In Osteuropa wurde das, was nach Reagan und Thatcher klang, umgesetzt, und das andere geflissentlich vergessen. Der Konsens von Washington wurde in Osteuropa geradezu religiös befolgt. Im Westen, und danach in der gesamten europäischen

Union, überlagerte er den alten sozialdemokratischen Konsens und löste ihn schlussendlich ab. Genau dort liegt die Wurzel vielen aktuellen Übels.

Der Fall der Mauer und die „Versöhnung der Geschichte mit der Geografie Europas“ - Grundlagen für die heutige kontinentale Krise

Osteuropa hat zwischen 1991 und 2005 viele kleine Krisen durchgemacht. Stellenweise wurde eine echte Schocktherapie angewandt, andernorts mäßiger regiert. Fast alle neuen und alten osteuropäischen Staaten sind heute Mitglieder der Europäischen Union, oder es wurde ihnen zumindest eine Beitrittsperspektive eröffnet. Ich habe es in all den Jahren oft gesagt und geschrieben, und ich bleibe dabei: diese Beitritte gingen in vielen Fällen erheblich viel zu schnell. Korrektur: sie gingen zu schnell gegenüber der Union, wie wir sie kennen. Sie erfolgten nämlich zu langsam gegenüber einer EU, wie sie hätte sein und funktionieren sollen, damit das gesamteuropäische Abenteuer ein Erfolg werden kann.

Hier ist mir daran gelegen, klarzustellen, dass ich der fundamentalen Überzeugung bin, dass Osteuropa und Westeuropa nur einen Kontinent darstellen, und der Westen vom Osten mindestens so viel zu lernen hat, wie umgekehrt. Ich bin ein ausgewiesener „Fan“ Osteuropas, seiner kulturellen Leistungen, der Qualität seines Bildungssystems und der Herzlichkeit seiner Menschen. Doch der europäische Osten hat sich zu einer Politik verleiten lassen, die auf weiten Strecken falsch war, und der alte Westen hat das unterstützt, weil es sowohl an Kenntnis der Lage wie auch an Leadership mangelte. Die Kombination von östlicher Überambition und westlicher Unterambition hat eben leider nicht zu einer gemeinsamen ausgeglichenen Ambition geführt, sondern zu gesamteuropäischer Mittelmäßigkeit. Genau die Mittelmäßigkeit, die empfänglich ist für jene wirtschaftlichen Kardinalfehler, die in der Großen Krise kulminieren mussten. Wer unfähig ist, zu führen, wird fehlgeleitet.

Die Erweiterung der Union nach Osten erfolgte unter Druck. Da war zunächst einmal der moralische Druck, die europäischen Nachbarn, die ohne eigenes Verschulden unter die Fuchtel der Sowjetunion geraten waren, schnell wieder zu vollwertigen Mitgliedern der freien europäischen Familie zu machen. Dann war da der historische politische Druck, der vor allem auf Deutschland lastete, das gerade gegenüber Polen seine Schuld nur dadurch wieder glaubte gutmachen zu können, dass es darauf drängte, zu einer schnellen EU-Erweiterung zu kom-

men, die Polen zuallererst betreffen sollte. Dann gab es den Freihandelsdruck der Briten, Skandinavier und Niederländer, die unbedingt eine Erweiterung vor allem des europäischen Binnenmarkts erreichen wollten. Und schlussendlich gab es noch den Druck des rhetorischen Überschwangs, unter dem viele westeuropäischen Regierungschefs bei Besuchen im Osten erklärten, das Land, in dem sie sich jeweils befanden, müsste quasi gestern in die Union aufgenommen werden, und sie würden sich auch persönlich dafür einsetzen, dass das passiert. Der Gesamtdruck, der so entstand, machte zwei Vorgehensweisen, die unter den gegebenen Umständen als vernünftig hätten erachtet werden müssen, unmöglich:

- es konnte keine geografisch graduelle Erweiterung geben, die dazu geführt hätte, dass zuerst die kleineren und wirtschaftlich besser aufgestellten oder besser zu „absorbierenden“ Staaten Einlass erhalten hätten. So wäre Polen nicht in einer ersten Erweiterungsrunde gewesen, was Deutschland und andere nicht akzeptiert hätten;
- es konnte zu keiner politisch und wirtschaftlich graduellen Erweiterung kommen, die es ermöglicht hätte, Staaten an den rein politischen Aspekten einer Mitgliedschaft teilhaben zu lassen, ohne ihre Wirtschaft gleich mit integrieren zu müssen. Dafür fehlten der Wille, die Kreativität und das, was man heute Leadership nennt.

Blieb also die quasi-Totalerweiterung (wenn man einmal von Rumänien und Bulgarien absieht, denen drei weitere Jahre im Wartesaal auferlegt wurden, und eben jene Staaten, die entweder noch ein Westbalkan-Staatlichkeits-und-Kriegstrauma abzarbeiten haben, oder um deren Zugehörigkeit zum geografischen Europa man sich fadenscheinig streitet). Zehn Staaten, von denen 1989 sechs noch nicht existierten, traten 2004 und 2007 der Union bei. Und zwar unter falschen Voraussetzungen und so, dass die Erweiterung neben einigem Wohl auch sehr viel Wehe bringen MUSSTE. Warum?

Die Europäische Union steckte bereits vor der Erweiterung in einer ausgewachsenen Sinnkrise. Streng genommen tut sie das bereits, seit in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts der Begriff der „Euro-Sklerose“ die Runde machte. Alle neuen Verträge, die seither unterzeichnet wurden, können an der Tatsache nichts ändern, dass die aktuelle Union kaum jemandem übermäßig gut gefällt. Für die einen ist sie zu politisch, für die anderen kommt sie nicht über das Stadium der Freihandelszone mit Sonderattributen hinaus, die einen wollen mehr Währung und Wirtschaft, aber weniger Militär, andere hätten gerne eine europäische Armee, aber unter keinen Umständen den Euro, noch andere möchten endlich eine reale und verbindliche soziale Di-

mension Europas, die von vorher bezeichneten Kategorien kategorisch abgelehnt wird. Alles in allem gefällt die Union genau so, wie sie ist, fast niemandem. Mir auch nicht.

Die Erweiterung war nach der Einführung des Euro 2002 ein weiteres Moment hoher symbolischer Bindekraft, über den man vieles vergessen und vom Tisch wischen konnte, was nicht funktionierte. Und: bei der Erweiterung waren eigentlich alle Mitgliedsstaaten sich über die Sinnfälligkeit und Notwendigkeit der Operation einig. Was beim Euro nicht der Fall war - davon wird noch die Rede sein - klappte bei der Erweiterung schließlich hervorragend: jeder Staat fand daran für sich nur Gutes. Dieses Gute war natürlich nicht für alle das gleiche, aber alle fanden das ihre. Europa schien am 1. Mai 2004 außerordentlich vereint. Viel mehr, als dies tatsächlich der Fall war.

Zum Zeitpunkt der Erweiterung waren die Arbeiten des Europäischen Verfassungskonvents bereits abgeschlossen, der dort verabschiedete Text einer Verfassung für Europa lag auf dem Tisch der Regierungskonferenz der Staats- und Regierungschefs, die ihm seine definitive Form verpassen sollte. Zwar war dieser Konvent eigentlich eine Angelegenheit historischer Dimension gewesen - Vertreter von 28 Staaten, Türkei inklusive, hatten zusammen im vermeintlichen Konsens eine Verfassung für Europa formuliert - doch musste jedem, der Konvent und anschließend Regierungskonferenz verfolgte, klar sein, dass viele dort mit gezinkten Karten spielten. Eine wirklich gemeinsame Ambition für den Kontinent hat es nie gegeben.

So erklärt sich, dass die Erweiterung, wie sie aus Mangel an Alternativen stattgefunden hat, zur europäischen Nemesis wurde. Im Westen erhofften sich zu viele, dass nun der Markt grösser würde, und die leidige Vertiefungsfrage endlich vom Tisch käme, weil man anderes zu tun hätte. Im Osten hofften trauriger Weise viele das gleiche. Zusammen bekamen sie ihre Hoffnung erfüllt: trotz Verfassungskonvent, Regierungskonferenz, Verfassungsvertrag und später Lissabon-Vertrag hat seit der Erweiterung nicht die geringste Reform der Union stattgefunden. Das Inkrafttreten neuer Texte wurde immer wieder verhindert. Ich fürchte, es ist auch zu spät dafür, den Europäern noch einmal von Anfang an beizubringen, der vorliegende Grundlagenvertrag von Lissabon wäre die bessere Idee. Das wird nämlich schlicht nicht mehr geglaubt. Die Union hat sich überdehnt. Sie wurde im Verlauf der letzten Jahre lediglich grösser - und entscheidend schwächer.

Die Europäische Union ist seit der Erweiterung von 2004 inhaltlich kaum vom Fleck gekommen. Das liegt nicht an der Präsenz der neuen Mitglieder, auch wenn man sich bei einigen von ihnen erhofft hätte, sie

würden sich zunächst einmal an die Regeln des Klubs halten, dem sie frisch beigetreten waren. Nein, es liegt daran, dass bereits vor der Erweiterung kein Konzept mehr auf dem Tisch lag, besonders im Westen nicht, während man es im Osten aufgrund historischer Prägung mit der politischen Integration sowieso nicht besonders eilig hatte. Eine Herausforderung wie jene der Osterweiterung mit nachhaltigem Erfolg zu meistern, hätte von der alten Union eine Bestimmtheit, eine Vision und eine Willenskraft erfordert, wie sie in Westeuropa zuletzt in Messina an den Tag gelegt wurden. Das war 1955, nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft am negativen Votum der französischen Nationalversammlung. Damals konnten sich die Gründerväter immerhin dazu aufraffen, es noch einmal zu versuchen, diesmal auf der wirtschaftlichen Ebene – das Resultat war die politische Konsekration eines ökonomischen Modells, das Westeuropa die graduelle Integration auf der Grundlage wirtschaftlichen Fortschritts und sozialer Kohäsion in Frieden erlaubte. Das war mehr, als Europa je zuvor in seiner Geschichte erleben durfte. Hätte die EVG Erfolg gehabt, wäre Westeuropa wohl gegen 1960 zu einer Föderation verschmolzen – der entsprechende Vertrag sah die politische Vereinigung über die militärischen Kapazitäten hinaus explizit vor. Leider scheiterte sie, und mit ihr die überragende Ambition der Gründerväter, politische Organisation auf einer höheren Ebene als der der Nationalstaaten möglich zu machen.

Bei der Osterweiterung der Union wäre zweierlei nötig gewesen, um zu vermeiden, dass die Schwächung des neuen Ganzen unweigerlich aus der Operation resultieren muss.

- Es hätte einen wirtschaftlichen Aufbauplan gebraucht, der den Namen verdient hätte, und den man Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts bereits hätte auflegen müssen. Es gibt nun einmal Zeiten, in denen die außergewöhnlichen Umstände auch außergewöhnliche Maßnahmen erfordern. Dies war so eine Zeit. Hätte man diesen Masterplan für Osteuropa Anfang der 90er Jahre zur Anwendung gebracht, wäre vieles anders verlaufen, als es verlaufen ist.

Erstens hätte es dann nämlich nicht die völlig überzogene Hinwendung der Osteuropäer zu den Vereinigten Staaten gegeben, die maßgeblich an der heutigen wirtschaftlichen Misere einiger osteuropäischer Länder schuld ist. Diese Hinwendung zu Amerika resultierte nämlich aus der völlig berechtigten Sicht der Osteuropäer, dass die alte Union mehr damit beschäftigt war, ihre Grenzen vor den potenziell anstürmenden slawischen und baltischen Horden zu schützen, als damit, die Grundlagen für ein gemeinsames politisches Europa zu schaffen.

Die Grenzobsession der EU und ihre Behandlung der Osteuropäer bis zum Unionsbeitritt waren tatsächlich peinlich und unwürdig. Dies führte dazu, dass die USA viel mehr und viel schneller als Freund und Vorbild gesehen wurde, als die Union. Casino-Kapitalismus inklusive - und wozu der vielerorts in Osteuropa geführt hat, wurde ja bereits besprochen.

Zweitens hätte die konkrete Umsetzung eines solchen Masterplans für Osteuropa eine strukturierte, institutionelle Zusammenarbeit zwischen politischen und wirtschaftlichen Verantwortungsträgern sowie Verwaltungsbeamten bedingt. Westen und Osten des Kontinents hätten so gelernt, außerhalb feierlicher bilateraler Visiten regelmäßig kooperativ miteinander umzugehen und die jeweiligen Sensibilitäten hätten sich gewissermaßen von alleine aufeinander abgestimmt - so wäre eine unendlich viel umfassendere und gemeinschaftlichere Grundlage für die erweiterte Union entstanden, als sie es ohne dieses Element gewesen ist.

Drittens hätte die Erweiterung selbst, also die vollständige EU-Mitgliedschaft der osteuropäischen Staaten, dann unter wirtschaftlich und sozial sehr viel angeglicheneren Bedingungen stattgefunden, nachdem die ökonomische Praxis der Beitrittskandidaten auf diejenige der alten Union abgestimmt worden wäre. Die Umsetzung eines solchen Plans hätte die gemeinschaftliche Fortschreibung des sozialdemokratischen Konsenses über die soziale Marktwirtschaft vorausgesetzt, und bestimmte steuerliche und ordnungspolitische Regeln wären Grundlagen seiner Implementierung gewesen. So wäre es in Osteuropa sehr wahrscheinlich nicht zu den bekannten räuberkapitalistischen Auswüchsen gekommen.

Die Umsetzung eines solchen Masterplans für Osteuropa hätte im übrigen wohl zur Konsequenz gehabt, dass die meisten der neuen Mitglieder bereits den Euro eingeführt hätten, was ihnen - und den alten Unions-Mitgliedern - in der aktuellen Krise einen ungleich größeren Handlungsradius eingeräumt hätte. Darüber hinaus hätten wir vielleicht eine präzisere Vorstellung über die europäische Zukunft der Ukraine, Moldawiens und Weißrusslands, sowie des Westbalkans. Natürlich hätte der Plan Geld gekostet. Aber man sollte doch einmal vernünftig folgende Zahlen vergleichen:

- ein EU-Haushalt umfasst aktuell rund 100 Milliarden Euro. Das sind nicht mehr als 1,27 Prozent der europäischen Wirtschaftsleistung, da der EU-Haushalt, vertraglich bestimmt, nicht über diese Proportion hinaus wachsen darf.

- im Moment sind nicht 1,27, sondern im Rahmen der gemeinschaftlichen Finanzvorausschau 2007-2013 lediglich rund 1,2 Prozent des BIP der Union für deren jährlichen Haushalt veranschlagt.
- hätte man zwei Jahreshaushalte der Union in ihrer aktuellen Größenordnung (Anfang der 90er Jahre war das heutige Volumen ja noch nicht erreicht) für einen solchen Masterplan für Osteuropa veranschlagt und auf zehn Jahre angelegt, dann hätten, sagen wir, 250 Milliarden Euro zur Verfügung gestanden, also 25 pro Jahr, was einem PIB-Anteil in der Union von um 0,3 Prozent entsprochen hätte.

Ein Drittel Prozentpunkt der westeuropäischen Wirtschaftsleistung während zehn Jahren. Das ist vergleichbar mit dem durchschnittlichen Aufwand der Westeuropäer für Entwicklungshilfe. Bloß hätten sie damit sehr wahrscheinlich verhindert, dass ein Staat nach dem anderen in der östlichen Hälfte der Union Konkurs anzumelden droht (und nicht nur dort - man wird sehen, wo Irland, Griechenland, Österreich und Großbritannien in einem Jahr stehen), und dass heute ein Eigenmittelfonds von mittlerweile 100 Milliarden Euro aufgelegt werden muss, damit die Union ihre Mitglieder vor solchen Krisenauswirkungen schützen kann. Dazu kommen all jene Milliarden, die an Zusatzmitteln an den IWF und die regionalen Entwicklungsbanken überwiesen werden, und die, die den Förderinstrumenten des internationalen Handels zufließen werden. Wir geben im Jahr 2009 allein mehr aus, als diese 250 Milliarden, die auf zehn Jahr hätten verteilt werden können - um die Wirkungen einer Krise abzufedern, die es nicht gegeben hätte, wenn einige Mitglieder der Union nicht so unbeschreiblich geizig wären!

Das mit dem Geiz ist überaus ernst gemeint: was während der Verhandlungen über die Finanzvorausschau 2007-2013 von einzelnen Vertretern, vor allem der Alten Union, vorgebracht wurde, war schlicht und ergreifend unsäglich beschämend. Mir scheint seither absolut nachvollziehbar, wieso die Union so schwach ist, wie sie ist, und weshalb sie die aktuelle Krise nicht verhindern konnte. Mit Krämerseelen, wie sie heute am Europäischen Rat zu Tisch sitzen, ist die Erneuerung der europäischen Gründerambition nicht zu machen. Leider sind viele von ihnen noch immer im Amt und wollen nun 2009 versuchen, die größte Krise der Weltwirtschaftsgeschichte zu meistern.

- es hätte eine politische Partizipation vor dem definitiven Beitritt zur Union und der Integration in ihren Wirtschaftsraum geben müssen. Diese hätte selbstverständlich den außen- und sicherheitspolitischen Bereich abdecken müssen, aber auch Domänen wie den Außenhandel, Umwelt und Energie, Transport und sozialpolitische Koordinierung.

Diese politische Partizipation wurde von einigen europäischen Regierungschefs angeregt, doch die Idee konnte sich nicht durchsetzen. Natürlich wäre sie ein einzigartiger Vorgang gewesen, aber was spricht objektiv dagegen, dass eine Union „sui generis“ sich einzigartige Arbeitsinstrumente gibt?

Die Einbindung der osteuropäischen Staaten in die politischen Entscheidungsprozesse der Union hätte flexibel ausgestaltet werden können. So, wie diese Länder in einer ersten Phase auch Beobachter ins Europäische Parlament entsandten, hätten ihre Vertreter im Rat und in Arbeitsgruppen der Kommission graduell in die Beschlussfassung integriert werden können, gegebenenfalls je nach Themenbereich schneller oder etwas langsamer. Die Vorgehensweise hätte den enormen Vorteil gehabt, dass man den Osteuropäern positiv begegnet wäre, indem man ihnen vermittelt hätte, dass ihre Meinungen, Überzeugungen und Argumente so viel wert sind, wie die der Vertreter der Alten Union. Wieso sollte jemand aus Tallinn, aus Klaipeda oder aus Kosice nicht genauso zur sinnvollen Entscheidungsfindung beitragen können wie jemand aus Groningen, Lyon oder Thessaloniki? Besonders dann, wenn man sowieso dabei ist, sich auf die Vollmitgliedschaft der betroffenen Staaten vorzubereiten.

A propos: ich habe den Begriff der „Vollmitgliedschaft“ nie verstanden. Dennoch wird er hie und da benutzt. Im Gegensatz zum Europarat, zum Beispiel, kennt die EU nämlich nur Vollmitglieder - so etwas wie eine „assoziierte Mitgliedschaft“ gibt es dort nicht. Die politische Partizipation der Beitrittskandidaten zur Union wäre auf eine solche Assoziierung hinausgelaufen - mit dem Ziel, am Ende des durchgeplanten Integrationsprozesses in die Vollmitgliedschaft überzugehen.

Es ist erstaunlich, dass diese Vorgehensweise nicht möglich war. Es ist umso erstaunlicher, als einige heute in Bezug auf die Türkei - ein Beitrittskandidat, über den noch zu schreiben sein wird - von einer „privilegierten Partnerschaft“ sprechen. Zwar weiß niemand, was das genau sein könnte (die Erfinder des Begriffs wohl auch nicht), und doch klingt es stark nach etwas, das meinem Begriff der politischen Partizipation der früheren Beitrittskandidaten im Osten sehr nahe kommt. Aber die Türkei ist schließlich ein besonderer Fall, und verlangen nicht besondere Umstände nach besonderen Lösungen?

Jedem besseren Wissen zum Trotz (wobei man nachher bekanntlich immer schlauer ist): die Erweiterung der Union hat ohne all dies stattgefunden. Weil dem so gewesen ist, hat die Union diese Erweiterung - die größte in ihrer Geschichte - nicht verdaut. Sie wurde durch den Vorgang entscheidend geschwächt und besaß nach der Erweite-

rung nicht mehr die Kraft, ihr wirtschafts- und ordnungspolitisches Credo zur rechten Zeit zu schärfen und zu exportieren, so, dass sie unbewaffnet und unkoordiniert vor die amerikanischen, chinesischen und anderen Forderungen treten muss, die artikuliert werden, um die Weltwirtschaftskrise in den Griff zu bekommen. Gleichzeitig spitzen die innereuropäischen Gegensätze sich beständig zu, und unter dem Druck der Krise wird dieses Phänomen wohl eher noch verstärkt, als dass es nachlassen würde. Dass die Union am Scheideweg steht, ist im Verlauf der letzten Jahre zum geflügelten Unwort geworden, zu einem Allgemeinplatz, wie er banaler und leerer nicht sein könnte. Die Union steht dennoch am Scheideweg.

Noch nie, ich habe es einleitend beschrieben, war der Ton unter „Fellow Europeans“ so unangenehm, wie er es seit ein paar Monaten geworden ist. Da werden Parallelgremien ausgetüfelt, damit die Großen ihre europäischen Direktoriumsfantasien ausleben können, ohne ständig von den Kleinen in ihren planetarischen Erwägungen gestört zu werden. Da findet ein französischer Präsident, Tschechien dürfte man in der Krise nicht mit dem europäischen Ratsvorsitz betrauen. Da giftet ein mittlerweile abgesetzter tschechischer Premierminister zurück, die Konjunkturprogramme, die - weitgehend unter nationaler Eigenregie der europäischen Großen mit amerikanischer Guttheißung - im G20 koordiniert werden sollen, wären der Weg in die Hölle. Da faseln deutsche Minister und Parteichefs etwas von der Kavallerie und von Soldaten, die man in Steueroasen schicken sollte. Um es im alten preußischen Hofjargon zu fragen: Na, merkt Er was? Richtig: die Union ist am Ende.

Die Union und der G20 - Wie Europa sich selbst zugrunde richtet

Dass es den G20 gibt, muss man wohl hinnehmen. Seine Zusammensetzung mag etwas abenteuerlich erscheinen, aber so etwas ist in diesen Zeiten keine Seltenheit mehr. Wenn in einem Gremium, das über die zukünftigen Geschicke der Welt befinden und bestimmen soll, zwar der Präsident Indonesiens sitzt, nicht aber jener der Eurogruppe, dann stimmt das befremdlich. Aber sei's drum: der Ansatz, endlich über den Tellerrand der G7-G8 hinauszuschauen, um die globalen Wirtschafts-, Energie- und Klimaprobleme zu beraten, ist im Kern sicher richtig und begrüßenswert. Es wurde Zeit, die Globalisierung auch einmal dahingehend zur Kenntnis zu nehmen, dass planetarische politische Abstimmung von denen mit veranstaltet werden muss, die heute und in Zukunft die Entwicklung des Planeten wesentlich deutlicher bestimmen werden, als Kanada oder Italien. Wieso aber ein

halbes Dutzend europäischer Staaten in diesem G20 für sich selbst Einsitz haben sollen, und die EU nur supplementar dort mit Platz nehmen darf, das leuchtet definitiv nicht mehr ein. Entweder man betreibt „global governance“ auf Basis regionaler Ordnungsmächte, dann müsste die EU für ganz Europa dort sprechen dürfen, und zwar nur sie, oder man betreibt die totale Interessenquerlagerung auf höchstem Niveau weiter, die innerhalb der Union den bereits beschriebenen Schaden angerichtet hat. Wie es aussieht, haben sich die Herren dieser Welt, von denen ein paar Damen sind, für die zweite Variante entschieden.

Was den G20 so spannend macht, begrenzt sich nicht auf seine etwas esoterisch anmutende Zusammensetzung. Es ist die unerhörte Verquickung aller möglichen institutionellen, strukturellen und machtpolitischen Interessen dort, die eigentlich faszinierend ist. Das wird jetzt und hier noch keine Gesamtabrechnung mit dem Londoner G20-Gipfel - dazu kommen wir später. Einstweilen soll nur beleuchtet werden, wie sehr sich dieses Gremium, das keinerlei juristische Grundlage besitzt, der Europäischen Union mittlerweile überordnet. Nicht nur der EU - aber ihr ganz besonders.

Es gibt innerhalb der Union die gemeinschaftsrechtlich geregelte Koexistenz zweier Modelle im Umgang mit Zinserträgen (und natürlich vor allem mit der Herkunft jener Gelder, auf denen diese Zinsen überhaupt erfallen können): das Modell des Informationsaustauschs, vorzugsweise des automatischen, und das Modell der Quellensteuer für nicht gebietsansässige Kontoinhaber. Diese Koexistenz ist legal in Beton gegossen, sie entspricht aktuell geltendem und verbindlichem europäischem Recht. Nun findet es sich, dass die OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development, die Nachfolgeorganisation des Verbundes jener Staaten, die den Marshall-Plan umsetzten, heute allerdings mit weiteren Mitgliedern in der ganzen Welt) eine Standardformel für Abkommen zur Verhinderung von Doppelbesteuerung aufgesetzt hat, in der sich auch eine Klausel zum Informationsaustausch (auf Anfrage) befindet. Dieses Vertragsmodell ist für OECD-Mitglieder (und andere Staaten, die sich dort inspirieren wollen) als Leitlinie gedacht und entbehrt jeder legalen Verbindlichkeit. Es steht den Staaten frei, auch den OECD-Mitgliedern, ihre Doppelbesteuerungsabkommen so auszuhandeln, wie es ihnen gut und richtig erscheint - mit oder ohne Informationsaustausch, versteht sich. Und nun kommt's.

Nachdem der Präsident der USA, der Präsident Frankreichs, die Bundeskanzlerin der BRD und noch einige weitere wichtige Akteure der

Weltpolitik herausgefunden hatten, dass Krise ist, und dass etwas dagegen unternommen werden muss, beschlossen sie, dass die so genannten Steueroasen und -paradiese dicht gemacht werden müssen. Das sind jene schwarzen Löcher in der Finanzwelt, wo es zugeht, wie in der Astronomie: es wird Materie angesaugt, sie verschwindet in dem schwarzen Loch, und kann von dort nicht mehr entkommen. Im Fall der Steuerparadiese besteht diese Materie aus den Namen der „beneficial owners“ von Konten und Gesellschaften, die dort angesiedelt sind. Anders ausgedrückt: die Autoritäten solcher Löcherparadiese kennen zwar die Namen ihrer eigentlichen Kunden, geben sie allerdings nicht heraus, schon gar nicht an interessierte Steuerbehörden im Ausland. In einem anständigen Steuerparadies, das etwas auf sich hält, wird auch nie nach der Herkunft von Geldern gefragt. Dort kann also auch jenes Geld gebunkert werden, was aus richtig kriminellen Aktivitäten herrührt, wie Menschenhandel, illegaler Waffenhandel, Handel mit Konfliktdiamanten und Drogen, und was es sonst noch an erbaulichen Formen organisierter Kriminalität gibt. Steuern werden in solchen Paradiesen keine erhoben, deshalb heißen sie auch Steuerparadiese. Alles, was zu zahlen ist, sind einige einmalige Taxen auf dem Vorgang der Kontoeinrichtung und Gesellschaftsgründung, und danach jährliche Verwaltungsgebühren. Über das dort eingelagerte Geld kann man mittels moderner Kommunikationstechnologie und Kreditkarten einwandfrei verfügen. Bekannte Steuerparadiese sind Delaware, London, Guernsey, Jersey, die Isle of Man, die Britischen Jungferninseln, die niederländischen Antillen, Panama oder die Seychellen. Dort gibt es meinen Informationen nach im Moment die billigsten Scheingesellschaften „von der Stange“: ab 1.000 Euro mit vollem Service, inklusive Kontoführung und Kreditkarte, ein wahres Schnäppchen für den informierten Steuerflüchtling! Ich habe mal eine in zehn Minuten online eingerichtet - geht im Internet-Café sogar völlig anonym, da nicht einmal jemand etwas mit dessen IP-Adresse anfangen kann.

Nachdem also Obama, Sarkozy, Merkel und die anderen - ein gewisser Brown war wohl auch dabei - den Steuerparadiesen den Krieg erklärt hatten, was eine absolut richtige Handlung war, begab man sich auf die Suche von solchen Paradiesen, damit man sie im Rahmen des Londoner G20-Gipfels auf einer „schwarzen Liste“ der OECD (sic!) veröffentlichen und ihnen mit der totalen Vernichtung drohen würde, wenn sie ihre verwerflichen Praktiken nicht sofort einstellen. Ganz nebenbei möchte ich an dieser Stelle anmerken, bei allem Sinn für Finanzethik, dass einige dieser Steuerparadiese, wie zum Beispiel die Republik Nauru, das nur geworden sind, nachdem sie vorher von den Vorgängern von Obama, Sarkozy, Merkel und Brown aller ihrer Le-

bensgrundlagen beraubt worden waren. Nauru wird in dem Kontext später noch einmal auftauchen.

Der G20 beschließt also die Veröffentlichung einer schwarzen Liste der OECD. Wie geht das? Ganz einfach: weil ein paar Großmächte und solche, die es gerne wären, das so möchten. Ob das nun juristisch und legal in Ordnung geht, spielt keine Rolle. Außerdem lädt man den OECD-Generalsekretär zum Gipfel ein und lässt ihn im Namen seines Vereins brav abnicken, was da an Listen vorgelegt wurde. Und schon werden sie veröffentlicht. Was stellt man fest?

Guernsey, die Isle of Man, Jersey, die Seychellen (ja, die Seychellen - vor ein paar Monaten habe ich mir dort doch noch diese anonyme Gesellschaft geleistet?!) - „have substantially implemented the internationally agreed tax standard“. Nun ja, die sind ja auch nie die schlimmsten gewesen, oder? Dann der Liste zweiter Teil: Antigua and Barbuda, Bahamas, Bermuda, British Virgin Islands, Cook Islands, Dominica, Nauru, Niue, St Kitts and Nevis, Turks and Caicos, Vanuatu...sie alle haben „committed to the internationally agreed tax standard“, auch wenn er noch nicht substantiell umgesetzt wurde. Die verruchtesten und billigsten Steueroasen der Welt werden von G20 und OECD von jeder verwerflichen Praxis freigesprochen. Österreich, Belgien und Luxemburg als EU-Mitgliedsstaaten, die sich an geltendes EU-Recht halten, übrigens genau wie die Schweiz, finden sich weiter unten stehend in der Rubrik „Other financial centres“, die zwar Besserung gelobt, aber noch gar nichts bewiesen hätten. Die Abartigkeit dieser Liste müsste für sich genommen eigentlich jeden Kommentar überflüssig machen. Das geht aber nicht - denn hier tagten die Mächtigsten der Welt und saßen zu Gericht über die Kleinen, und was dabei herauskam, war ein monumentales Fehlurteil, ein kolossaler Justizirrtum, gegen den Berufung eingelegt werden muss!

EU-Mitgliedsstaaten, die sich an geltendes EU-Recht halten, wurden von einem Gremium ohne Rechtsgrundlage auf eine Stufe gestellt mit Steuerparadiesen, wo jeder Kriminelle mit Internet-Zugang binnen einer halben Stunde die Frucht seiner Mühen in Sicherheit bringen kann. China und die USA werden als Modelle von Finanzethik beschrieben - China ist nicht einmal Mitglied der OECD! - obwohl in Hongkong und Macao, in Delaware, Nevada und Wyoming ein Regulierungs- und Überwachungsniveau anonymer Gesellschaften herrscht, das niedriger ist, als in Somalia. Mit am Tisch saßen neben Obama Sarkozy, Merkel, Brown und die anderen.

Das, was sich der G20 unter Federführung der genannten Ikonen zeitgenössischer europäischer Politik geleistet hat, ist nicht nur inhaltlich

und sachlich grundfalsch, sondern als Umgangsform innerhalb der EU inakzeptabel. So kann man nicht mit gleichberechtigten Partnern umgehen. Aber vielleicht legt man es ja gerade darauf an, durch gezieltes und ständiges Anheizen des innereuropäischen Umgangstons das Klima so zu vergiften, dass irgendwann die Angegriffenen zurückschlagen, und ihnen dann bedeutet werden kann, die Zeiten des Ausgleichs seien endgültig vorbei, und das Direktorium würde nun übernehmen?

Tatsache ist, innerhalb dieses G20 und mit dem Inhalt der Beschlüsse, die er trifft, richtet sich Europa selbst zugrunde. Es kann kein Vertrauen unter europäischen Partnern mehr geben, wenn die, die sich an geltendes EU-Recht halten, von anderen, größeren EU-Chefs im Namen der Krisenbekämpfung öffentlich an den Pranger gestellt und abgeurteilt werden. Es kann keine Vertiefung europäischer Integration mehr geben, wenn ein paar Große offensichtlich vorhaben, die ganze Sache allein in die Hand zu nehmen, wenn nötig über zwischengeschaltete Gremien ohne Legitimität und rechtliche Grundlage.

Europa hat die globale Wirtschaftskrise, in der sich die Welt befindet, nicht verursacht. Dass es durch eine andere Gestaltung seines Integrationsprozesses in den letzten fünfzehn Jahren erheblich dazu hätte beitragen können, dass sie nie stattgefunden hätte, davon bin ich überzeugt. Europa hat jedoch seine eigene Krise ganz allein zu verantworten, die die andere in ihren Auswirkungen auf unserem Kontinent verstärkt. Es stellt sich demnach die Frage, ob das, was von der Substanz der Union übrig ist, stark genug sein wird, den totalen wirtschaftlichen Niedergang Europas zu verhindern. Der würde nämlich soziale Umwälzungen nach sich ziehen, die weder die Union, noch ihre Staaten unbeschadet überstehen könnten. Schauen wir uns also an, wie Europa in der Krise handelt - und auf welcher Grundlage es überhaupt handeln kann.

Akt 2 - Europa in der Krise

Feuerprobe für den Euro - das Kreuz mit der Souveränität

Die Einführung des Euro war eine Sternstunde Europas. Nicht nur, weil sie entgegen allen Unkenrufen gelang, sondern auch und vor allem, weil von den damals 15 Unionsmitgliedern gleich 12 ihn übernahmen - und als Resultat einer gelungenen Konvergenzpolitik übernehmen konnten. Nach der Erweiterung der Union haben bis heute vier weitere Staaten die europäische Einheitswährung eingeführt, davon zwei „östliche Mitglieder“, die es vor 20 Jahren als Staaten noch überhaupt nicht gegeben hat: Slowenien und die Slowakei. Zwischen dem Atlantik und der ukrainischen Grenzen wird heute mit Euros bezahlt.

Zwei weitere Staaten haben den Euro ebenfalls übernommen, ohne dass sie zur Euro-Zone gehörten, nämlich Montenegro und Kosovo, in denen vor dem Euro die deutsche Mark als offizielle Währung betrachtet wurde - nach der Loslösung beider Staaten vom jugoslawischen und später serbischen Dinar. Der Euro ist ein Erfolg, daran zweifeln heute die wenigsten. Doch manches von dem, was seine Gegner vor der Euro-Einführung als Argumente dafür angeführt haben, dass die Sache mit dem Euro nichts werden kann, verdient dennoch unter den heutigen Bedingungen erneut Erwähnung.

Der Euro ist die einzige eigenständige Währung der Welt, die nicht im Rahmen eines einheitlichen, geschlossenen Staatswesens als Zahlungsmittel ausgegeben, sondern von supranationalen Institutionen gesteuert wird. Natürlich gibt es andere internationale Währungseinheiten, aber sie sind entweder an eine anerkannte Leitwährung gekoppelt, oder existieren nur als Verrechnungseinheit, die es als Papiergeld nicht gibt. In der ersten Kategorie kann beispielsweise der CFA-Franc genannt werden, der im französischsprachigen Teil Westafrikas verwendet wird. Dieser wird zwar von einer westafrikanischen Zentralbank herausgegeben, war bis zur Einführung des Euro jedoch im Verhältnis von 100 zu 1 an den französischen Franc der ehemaligen Kolonialmacht gekoppelt, und wurde anschließend an den Euro angehängt. Das klassische Beispiel einer reinen Verrechnungswährung sind die Sonderziehungsrechte des IWF, deren Wert jeden Tag aus einem Korb von Leitwährungen ermittelt wird, und in denen der Fonds im Regelfall seine Kredite ausweist. Es ist physisch allerdings unmöglich, „ein

Sonderziehungsrecht“ in Händen zu halten - diese Währung zirkuliert nur auf Kontoauszügen und Bilanzen. Der Euro selbst entstand aus der europäischen Verrechnungseinheit ECU. Heute ist er, wie gesagt, die einzige eigenständige - also von einem unabhängigen Emittenten kontrollierte und in seinem Wert und Wechselkurs bestimmte - internationale Währung der Welt, die als Papiergeld in Umlauf ist. Genau das macht seine Einzigartigkeit aus.

Die Geldausgabe war bis zur Einführung des Euro als Papiergeld eines der am intensivsten gehegten souveränen Rechte der Staaten. Tatsächlich ist es logisch, dass in der aktuellen Konfiguration des Planeten, der geografisch in Nationalstaaten mit eigener Wirtschafts- und Finanzpolitik aufgeteilt ist, eine Währung im Rahmen einer bestimmten staatlichen Finanz- und Wirtschaftsordnung ausgegeben wird - schließlich wird ihr Wert nicht zuletzt von der Wirtschaftsleistung des emittierenden Staates und seiner finanziellen Solidität und Glaubwürdigkeit bestimmt. Lange Zeit war es auch so, dass die Staaten - auch die europäischen, und auch die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft und der Union - mittels Devaluierungen und Reevaluierungen ihrer Währung die Ausrichtung und Leistung ihrer Volkswirtschaft zu beeinflussen suchten. In Luxemburg erinnern sich noch viele an die einseitige Abwertung des belgisch-luxemburgischen Franken 1982, als man in Brüssel beschloss, die Landeswährung international aufzuweichen, ohne allerdings den kleinen Miteigentümer des Franken im Voraus über diesen Schritt zu informieren. Viele konvertible Währungen unseres Kontinents wurden regelmäßig auf- und abgewertet, bevor die Ausgeberstaaten in den europäischen Wechselkursmechanismus eintraten, der als Vorstufe der Schaffung einer einheitlichen europäischen Währung voraussetzte, dass es in den teilnehmenden Staaten nicht mehr zu einseitigen erheblichen Wechselkursänderungen kommen durfte.

Jene Mitgliedsstaaten der EU, die den Euro am Anfang nicht eingeführt haben - Großbritannien, Dänemark und Schweden - taten das auch deswegen, weil sie die politische Oberhoheit über den Wechselkurs ihrer Währung nicht aufgeben wollten. Auf das Recht zur Wertbestimmung der eigenen Währung zu verzichten, ist tatsächlich für einen souveränen Staat ein epochaler Schritt. Der Ausgangspunkt der Mehrheit der Unionsmitglieder war jedoch der, dass zu einem europäischen Binnenmarkt und einem koordinierten Wirtschaftsraum auch eine gemeinsame Währung gehört, die als Endstufe ihrer Entstehung und Entwicklung zur Einheitswährung wird, und die vorher gültigen Währungen dann abgeschafft werden.

Eine wesentliche Voraussetzung für den objektiven Erfolg der Einführung des Euro - aber auch für die Akzeptanz der Idee in den so genannten Hartwährungsländern, vor allem in Deutschland - war die Stabilität der neuen Währung. Sie wurde dadurch gewährleistet, dass die Mitglieder der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sich im Vertrag von Maastricht zur Einhaltung der so genannten „Konvergenzkriterien“ verpflichteten. Diese vier Kriterien bestehen aus Maximalpositionen akzeptabler Haushaltsdefizite und Staatsverschuldung, aber auch der Inflation und der Zinssätze. Nachträglich wurden die ursprünglichen Kriterien noch einmal im „Europäischen Stabilitätspakt“ so verstärkt, dass besonders das Defizit- und das Schuldkriterium in eine bestimmte Bewegungslogik eingefasst wurden: während die zulässigen Obergrenzen blieben, verpflichteten sich die Staaten dazu, sie prinzipiell in Richtung eines ausgeglichenen oder sogar überschüssigen Haushalts und des Abtragens der Staatsschuld zurückzufahren, soweit die Konjunktur das zulässt. Erst mit der Verabschiedung dieses Stabilitätspakts wurde die praktische Euro-Einführung möglich.

Konkret wird der Euro von der Europäischen Zentralbank ausgegeben, die Geldmenge und Zinssätze bestimmt. Um sie herum funktioniert das System europäischer Zentralbanken, innerhalb dessen die entsprechenden Institute der Mitgliedsstaaten der Euro-Zone zusammen mit den Entscheidungsträgern der EZB über die Geschicke der Währung wachen. Als politisches Koordinierungsgremium gegenüber dem Euro - es ein Beschlussfassungsorgan zu nennen, wäre überzogen, denn die Unabhängigkeit der EZB und ihrer Entscheidungen ist eine eherne Regel des europäischen Währungsbetriebs - funktioniert lediglich die Euro-Gruppe, wo die Finanzminister der Euro-Zone sich regelmäßig absprechen.

Soweit die Beschreibung der Wirklichkeit der Einheitswährung. In „normalen“ Zeiten, in denen die Konjunktur der Mitglieder der Euro-Zone sich positiv entwickelt und Wirtschaftswachstum gegeben ist, hat sie ihre Bewährungsprobe bestanden. Auch momentane konjunkturelle Schwächen konnten vom Euro-System erfolgreich ausgebügelt werden. Der Euro hat in den zehn Jahren seit seiner Einführung als Schriftgeld auch jene überzeugt, die ihm zu Anfang skeptisch gegenüberstanden. Daran, dass er funktioniert, ist kein vernünftiger Zweifel mehr erlaubt. Denn auch wenn sein gutes Funktionieren am Anfang vielleicht mehr eine Glaubenssache war: inzwischen hat die Realität dem Euro sein Unbedenklichkeitszeugnis ausgestellt. Nun befinden wir uns jedoch nicht mehr in „normalen“ Zeiten. Die Große Krise nagt nicht nur an den Volkswirtschaften, sondern auch an den Währungen, und der Euro ist da genau so betroffen, wie der Dollar, der Yen oder der Yuan. Vom britischen Pfund wollen wir gar nicht erst reden.

Der bisherige Verlauf der Krise hat deutlich gemacht, dass der Euro eine nicht zu unterschätzende Schutzfunktion gegenüber seinen Mitgliedern ausübt. Ohne den Euro wäre es sonder Zweifel bereits zu spekulativen Bewegungen gegen die europäischen Einzelwährungen gekommen, die wirtschaftlich dramatische Auswirkungen hätten haben können. In Island wurde dieses Phänomen im letzten Herbst deutlich, als der Staat quasi vorsintflutliche Währungskontrollmechanismen einsetzen musste, um die spekulativen Marktbewegungen gegen die Krone und damit deren Kursverfall ins Bodenlose in extremis zu stoppen. Doch die Krise, die wir durchqueren, ist kein kurzfristiges Konjunkturphänomen. Sie stellt eine strukturelle Zäsur in einem System der globalen Finanzwirtschaft dar, die auch die Leitwährungen erheblichem Druck aussetzen wird. Vor diesem Hintergrund ist es angebracht, die Architektur des Euro-Systems auf ihre Robustheit zu überprüfen.

Der Euro wird nicht von einem Staat getragen, sondern von der Europäischen Zentralbank. Nicht ein Staat nennt die Währung sein eigen, sondern sechzehn - und jeder von ihnen gibt in souveräner Eigenregie Staatsanleihen heraus, um sein Haushaltsdefizit zu finanzieren. Von diesen sechzehn sind einige in geradezu dramatische Rezessions-szenarien abgerutscht, allen voran Irland, wo die Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 wohl um rund zehn Prozent schrumpfen wird - in einer optimistischen Betrachtungsweise. Auch Griechenland, Spanien und die Slowakei weisen bedenkliche Konjunkturdaten auf, weitere Staaten der Euro-Zone können durchaus ebenfalls auf einen solchen Pfad geraten. Eine der Konsequenzen aus dieser Realität ist die sprunghafte Ausweitung des „Spread“ - also jenes Zinsunterschiedes, der die verschiedenartige Bonität der Staatsanleihen der verschiedenen Länder in der Eurozone beschreibt. Die besonders krisengeschüttelten Euro-Mitglieder müssen für ihre Anleihen mehrere Prozentpunkte höhere Zinsen ansetzen, als es jene Staaten tun können, deren Wirtschaftsdaten noch solider sind. Und wir stehen erst am Anfang der Rezession.

Der „Spread“ an sich ist zwar problematisch, aber (noch) nicht direkt bedrohlich für die Stabilität des Euro. Auch wenn es mir schwierig erscheint, die mit größerer Bonität ausgestaffierten Euro-Staaten davon zu überzeugen, entweder für Staatsanleihen der weniger gut aufgestellten Länder zu „bürge“ oder sich auf die gemeinsame Ausgabe von Anleihen der Eurozone als solcher einzulassen - beides hätte für sie einstweilen die Zahlung höherer Zinsen und entsprechend mehr Haushaltsbelastung zur Konsequenz - so bestehen doch momentan sowohl in der Eurozone wie auch in der gesamten Union Mechanismen und Fonds, die es im Notfall erlauben, diesem oder jenem in dringen-

de Not geratenen Mitgliedsstaat, auch der Eurozone, außerhalb des öffentlichen Anleihenmarktes unter die Arme zu greifen. Die Frage ist jedoch, ob dies dauerhaft reichen wird. Denn: jedes Staatspapier wird ebenso von den Rating-Agenturen bewertet, wie andere Wertpapiere auch. Und das Rating der Staatsanleihen der sich am Rande des Bankrotts bewegenden Staaten kann derartig fallen, dass auf dem Kapitalmarkt keine Investoren mehr gefunden werden können, die solche Papiere kaufen. Lettland, zum Beispiel, das zwar nicht Mitglied der Eurozone ist, wird momentan von einzelnen Agenturen unter dem so genannten „Investment Grade“ bewertet - mit BB-. Jede Bewertung unter BBB („triple B“, dem letzten zulässigen „Investment Grade“) wird allgemein zum Anlass genommen, ein Papier als Spekulationsinstrument aufzufassen. Auf Englisch heißen solche Titel schlicht „junk bonds“.

Sollten innerhalb der Eurozone einer oder mehrere Staaten in die missliche Lage geraten, dass ihnen durch eine „junk bond“ Bewertung der Zugang zum Kapitalmarkt verwehrt wird, können natürlich der Eigenmittelfonds der EU und weitere Instrumente bemüht werden, um die drohende Zahlungsunfähigkeit eines Landes zu verhindern. Doch dies wird nicht unendlich gut gehen. Das eine oder andere kleine Land würde einstweilen über die Runden gerettet werden können. Ein - nur ein! - großes jedoch, das plötzlich zusätzlich zu bereits getätigten Auslagen zugunsten kleinerer signifikante Summen in Anspruch nehmen müsste, könnte das Gleichgewicht des Systems kippen. Keines der großen Mitglieder der Eurozone ist im Moment kurzfristig von einer solchen Entwicklung bedroht. Dennoch sollte man die Möglichkeit einer Evolution im Auge behalten, in der im Zug einer Art von Domino-Effekt ein Staat nach dem anderen gezwungen wäre, erhebliche Defizite auszugleichen, und dies nur noch auf institutionellen Wegen möglich wäre, weil der Markt seine Handlungsbereitschaft versagen würde.

Hier wird deutlich, dass der Euro als Mehrstaatenwährung im extremen Belastungsfall weniger robust ist, als eine starke einzelstaatliche Währung. Der fatale Druck auf den Euro ist nicht jener von außen - den hat die Eurozone bereits erlebt und verwunden. Ein Kursverfall ist in solchen Fällen die Konsequenz aus der äußeren Belastung. Diese bringt zwar internen Kaufkraftverlust und wahrscheinlich einen inflationären Schub mit sich, doch eben auch eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Exporte aus der Eurozone, dem größten zusammenhängenden Handelsmarkt der Welt. Die verbesserte Handelsbilanz wirkt sich positiv auf Wechselkurs und Preisstabilität aus, und dieses Spiel automatischer Stabilisatoren monetärer Art wirkt ausgleichend auf die

Position des Euro im internationalen Währungswettbewerb. Die Eurozone ist groß genug, die Rolle des Euro als Reservewährung mittlerweile ausreichend gefestigt, damit die Währung externem Druck standzuhalten vermag. Jener Druck, der fatale Auswirkungen auf den Euro haben könnte, kann jedoch aus massiven Konvergenzverzerrungen innerhalb der Eurozone und ihren beschriebenen Konsequenzen resultieren.

Zu den momentanen „Spread“-Problemen kommen jene hinzu, die sich zwanghaft aus der massiven Neuverschuldung der Staaten der Eurozone ergeben müssen. Irland wird dieses Jahr ein Haushaltsdefizit von wohl 12 Prozent nicht vermeiden können, und es ist meines Erachtens nicht verwegen, davon auszugehen, dass eine Mehrheit der Euro-Staaten 2009 über der Maastricht-Defizitgrenze von drei Prozent des BIP liegen wird, Luxemburg übrigens eingeschlossen. Zwar hat man sich drauf verständigt, dass unter den gegebenen Umständen eine solche exzessive Neuverschuldung in Kauf genommen werden müsste, vorausgesetzt, die betroffenen Staaten kehren so schnell wie möglich zur Konvergenzdisziplin zurück. Allerdings wird das so einfach nicht sein, denn erstens ist nicht abzusehen, wie die Krise und die daraus resultierende Rezession in der Eurozone weiter verläuft, und zweitens besteht ein erhebliches Risiko, dass die nun einsetzende Neuverschuldung der Anfang eines depressiven Wirtschaftszyklus werden könnte. Zwar kann man kurzfristig überhöhte Neuverschuldung in der Eurozone tolerieren, da Konjunkturmaßnahmen aller Art Geld kosten, und es sich eben nur um die Überbrückung einer Rezessionstalsole handeln soll. Was aber, wenn diese Talsole nicht 2009, nicht 2010 erreicht wird? Dann wird kaum ein europäischer Staat, in der Eurozone oder außerhalb, um Steuererhöhungen herumkommen - in Irland wurden die im Nachtragshaushalt bereits für 2009 beschlossen -, und auch nicht um eine Senkung der öffentlichen Ausgaben. So etwas ist Gift für die Konjunktur. Es muss klar sein, dass wir im Moment mit dem Feuer spielen: die Abkehr von der Maastricht- und Stabilitätspaktdisziplin kann nur sehr kurzfristig eine Option sein. Wenn der Neuverschuldungsbrand sich über längere Zeit ausbreiten würde, würden die öffentlichen Haushalte, die Bonität der Staaten der Eurozone und letztlich die Stabilität des Euro einem Druck ausgesetzt, den sie in der Form noch nicht erlebt haben. Ob die Robustheit des Euro ausreicht, um eine solche Entwicklung strukturell zu überstehen, kann zu diesem Zeitpunkt niemand sagen.

Hier taucht jenes Problem wieder auf, das vor der Euro-Einführung wohl am meisten diskutiert wurde und auch die größte Skepsis gegenüber dem Euro als gemeinschaftlicher Einheitswährung hervor-

rufen hat: die Inexistenz eines einheitlichen, souveränen staatlichen Raums, innerhalb dessen der Euro als Zahlungsmittel gilt. Der Euro ist auf sechzehn Souveränitäten aufgeteilt. Es gibt keine Euro-Regierung, es gibt auch jene „Europäische Wirtschaftsregierung“ nicht, die von Frankreich immer wieder angeregt wurde. Mit anderen Worten: der Euro ist ein Zentralbankprodukt, das die wirtschaftliche Ausrichtung der Mitgliedsstaaten der Eurozone ebenso hinnehmen muss, wie es deren finanz- und haushaltspolitische Entscheidungen zu erdulden hat.

Man mag daran glauben wollen, dass die Euro-Besitzer, also die Staaten der Eurozone, Vernunft genug an den Tag legen, um einen Verfall der Währung zu verhindern, der sich vielleicht als unaufhaltsam herausstellen könnte. Sie sollten ihre Finanz- und Haushaltspolitik so organisieren, dass der Euro nicht durch exzessives und dauerhaftes Ungleichgewicht der öffentlichen Finanzen seiner Eigentümer die Unglaubwürdigkeit als Verrechnungs- und Reservewährung riskiert. Aber niemand weiß, ob das tatsächlich so sein wird. Staaten sind und bleiben souverän, der Euro ist es nicht. Die EZB ist im Moment bei der Festlegung der Leitzinsen fast an jenem Punkt angelangt, an dem sie sich nicht weiter bewegen kann. Sie besitzt, vertraglich festgelegt, KEINERLEI wirtschaftspolitische Zuständigkeit, ihre Mission besteht ausschließlich aus der Wahrung der Preisstabilität mittels Zinsregulierung. Unter Null kann sie den Leitzins nicht senken, ein Prozent (oder hundert Basispunkte) werden wohl bald erreicht sein - was dann? Ab jenem Moment wird die EZB zum Beobachter. Sie kann Projektionen und Voraussagen anfertigen, sie kann warnen und anregen - handeln kann sie ab einem bestimmten Moment nicht mehr.

Dann liegt die weitere Verfügung bei der praktischen Politikgestaltung der Euro-Staaten. Werden sie die Disziplin haben, die Währung nicht einem unerträglichen inneren Druck auszusetzen? Das Abschlusscommuniqué des Londoner G20-Gipfels weist eindeutig in eine andere Richtung. Das aktuelle Krisenmanagement der Staaten - nicht nur der Euro-Staaten - ist dabei, gründlich zu versagen, aber das ist aus demokratischen Gründen schwer zu vermitteln. Vor Wahlen und bei Wählern kommt das resolute, wie man auf französisch sagt, das voluntaristische, Ankurbeln der Konjunktur mit allen Mitteln definitiv besser an, als die Einsicht, dass wir es so nicht länger als ein gutes Jahr schaffen können. Es steht zu befürchten, dass die nötige Finanzdisziplin in Europa nicht so schnell wieder hergestellt wird.

Hätte der Euro-Raum eine Regierung, wäre er föderal verfasst und würde die Währung in einem einzigen Souveränitätsraum ruhen, sähen

die Dinge anders aus. Die geldpolitischen Handlungsoptionen wären vollständig verfügbar, Devaluierung inklusive, sollte sie sich als nötig erweisen. So, wie die Dinge organisiert sind, kann keine Instanz eine Euro-Entwertung beschließen. Auch eine Aufwertung ist aus demselben Grund ausgeschlossen. Die EZB, die die Preisstabilität in der Eurozone garantieren MUSS, kann und darf im Notfall die Notenpresse nicht anwerfen. Der Euro ist ein Gefangener der unvollkommenen politischen Integration des geografischen und politischen Raums, den er schützen soll. Nach der Großen Depression der 30er Jahre wurde davon ausgegangen, dass mit einem funktionierenden Zentralbanksystem die Krise nie so weit gekommen wäre. Richtig. Bloß müssen Zentralbanken in einer Krise wie dieser entweder mit politischen Kompetenzen ausgerüstet, oder eben in ein handlungsfähiges System der einheitlichen souveränen Beschlussfassung eingebettet sein. Weil wir die politische Integration Europas nicht schaffen, muss der Euro auf beides verzichten. Hoffen wir, dass er das überlebt.

Noch immer kein neuer Vertrag

Die Einführung des Euro und die Erweiterung der Union um zwölf Mitglieder 2004 und 2007 waren die letzten großen Leistungen, zu denen sich die Unionsmitglieder durchringen konnten. Dass beide mit erheblichen Unzulänglichkeiten behaftet sind, wurde bereits diskutiert. Nun sollten wir uns damit beschäftigen, wie es möglich ist, dass im Jahr 6 post Conventum locutum (also sechs Jahre, nachdem der Europäische Verfassungskonvent den Text des von ihm während anderthalb Jahren erarbeiteten Verfassungsvertrags vorgelegt hat) die Union noch immer nicht über einen Grundlagenvertrag verfügt, der sowohl ihrer politischen wie ihrer geografischen und demografischen Realität Rechnung trägt.

Die Erweiterungen der Europäischen Gemeinschaft und die erste der Union 1995 konnten im Regelfall ohne völlige Überarbeitung der jeweils geltenden Vertragslandschaft über die Bühne gehen. Diese Beitritte waren in ihrem Umfang nicht vergleichbar mit der groß angelegten Erweiterung 2004, bei der man wusste, dass ein paar Jahre später noch eine Verlängerung gespielt würde. 1973 traten der Gemeinschaft der sechs Gründerstaaten drei neue Mitglieder bei (Großbritannien, Irland und Dänemark). 1981 folgte Griechenland allein, 1986 Portugal und Spanien zusammen. 1995 schließlich waren es wieder drei Neue, die zur damals schon so genannten Europäischen Union dazu stießen - Österreich, Schweden und Finnland. Es waren zwar vier geplant, aber Norwegen musste nach der Ablehnung des Beitritts durch das Volk auf die Mitgliedschaft verzichten. Die drei ersten Beitritte 1973,

1981 und 1986 kosteten nachträglich den Gemeinschaftshaushalt zwar viel Geld - Irland, Griechenland, Spanien und Portugal brauchten erhebliche Finanzmittel aus den gemeinschaftlichen Töpfen, um zum allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungsstand der Gemeinschaft aufschließen zu können - doch funktionierten die Institutionen recht problemlos weiter. Mit der Einheitlichen Europäischen Akte wurde 1985 die erste umfassende Vertragsreform nach 1957 durchgeführt, 1991 wurde der Vertrag von Maastricht unterschrieben, der die bislang einschneidendsten Veränderungen im politischen und institutionellen Gefüge dessen bewirkte, was man ab dann die Europäische Union nannte. Die Verträge von Amsterdam 1996 und von Nizza 2001 rundeten das Werk ab. Dann folgte die Erweiterungsrunde von 2004 mit zehn neuen Mitgliedern, und 2007 mit weiteren zwei, im Bewusstsein, dass noch weitere folgen sollten. Es war und ist klar, dass ohne Grundlagenvertrag für eine Union, der potenziell der gesamte Kontinent angehört, die Institutionen nicht mehr tragfähig sein können, und auch die Beschlussfassungsmechanismen für eine derart hohe Mitgliederzahl nicht ausgelegt sind. Noch wichtiger jedoch scheint mir, dass das Wesen der europäischen Integration eine Neudefinition braucht, die nur von etwas wie einer Verfassung besorgt werden kann.

Als im Frühling 2005 die Franzosen und die Holländer den Verfassungsvertrag in einem Referendum ablehnten, war das Erstaunen groß, die Konsternation erheblich und die Zahl der Vorschläge zur Lösung dieses nicht unerheblichen Problems spärlich. Man einigte sich schließlich darauf, dass der Text einer erneuten Regierungskonferenz unterbreitet werden solle, damit jene Elemente daraus entfernt könnten, an denen die befragten Bevölkerungen Anstoß genommen hatten. Und dann lief alles schief.

Zunächst einmal glaubte man, dass es wohl ein Problem mit dem Terminus der „Verfassung“ gäbe. Das mag in Großbritannien so sein - nicht zuletzt, weil das Vereinigte Königreich selbst nicht über eine einheitliche schriftliche Verfassung verfügt - aber definitiv nicht in Frankreich und den Niederlanden. Die Franzosen stimmten mehrheitlich gegen den Vertrag, um die Regierung abzuwatschen - das tun sie im übrigen bei so gut wie jedem Wahlgang - und um ihrem Missmut ob der vermeintlich neoliberalen Ausrichtung der wirtschaftlichen Vertragsbestimmungen Ausdruck zu verleihen. Dass diese Ausrichtung nicht liberal ist, und schon gar nicht neo, scheint in Frankreich so gut wie unvermittelbar. Immerhin wurden sie nämlich in den fünfziger Jahren von französischen Vertretern mitformuliert, die allesamt gestandene Gaullisten waren, und denen man schwerlich den Vorwurf machen könnte, sie hätten dem Liberalismus gefrönt. Dass die Kernbestim-

mungen über die europäische Wirtschaftsordnung seit 1957 Bestand haben, würde es natürlich nicht einfacher machen, sie fünfzig Jahre später aus einem neuen Vertrag zu entfernen. Also blieben sie auch im Vertrag von Lissabon stehen, der den Verfassungsvertrag ersetzen sollte.

Die Niederländer ihrerseits hatten mit Liberalismus kein Problem, dafür aber mehr mit (vornehmlich nicht europäischen) Ausländern. Dass beide Ansichten schlecht zusammenpassen, hat sie nicht davon abgehalten, den Verfassungsvertrag mit über 60 Prozent abzulehnen, vor allem, weil sie die Überfremdung der Nation und ähnliches befürchteten. Die europäischen Staats- und Regierungschefs einigten sich dann in Lissabon darauf, den Text nicht mehr Verfassung zu nennen, und einige symbolische Elemente, wie Flagge und Hymne, aus dem Text zu streichen. Damit handelten sie meilenweit an dem vorbei, was Franzosen und Niederländer sagen wollten, aber das spielt auch keine Rolle mehr: der neue Vertrag, der ja nun nicht mehr Verfassung hieß, würde parlamentarisch ratifiziert werden können, und also gäbe es mit rebellischem Stimmvolk keine Probleme mehr. Außer in Irland.

Die Iren hatten ermittelt, dass sie doch ein Referendum abhalten müssten (anscheinend ist die Notwendigkeit dafür bis heute juristisch umstritten), und ließen ihre Bürger über den neuen Vertrag abstimmen. Resultat: man befürchtete, dass die EU die Abtreibung und den Militarismus auf die Insel bringen würde, und lehnte den Text ab. Wann genau es jetzt zu einem weiteren Referendum kommt, in dem die Iren einem in ihrem Sinn leicht angepassten Vertrag doch noch ihre Zustimmung entgegenbringen sollen, ist unklar - ebenso wie das Resultat. Dann bleibt noch Tschechien, wo der Vertrag momentan im Senat anhängig ist, und völlige Unklarheit darüber herrscht, welches Schicksal ihm dort beschieden sein wird.

Sechs Jahre nachdem der Konvent seine Arbeiten abgeschlossen hat, steht die Union also noch immer ohne Grundlagenvertrag da. Die fadenscheinigsten Argumente wurden bemüht, um parlamentarische Ratifizierungsvoten hinauszuzögern, die Bürger von drei europäischen Staaten schickten den Vertrag ungelesen zurück, nachdem man ihnen klargemacht hatte, dass er - aus den jeweils auf die nationalen Sensibilitäten passenden Gründen - schlecht für sie wäre. Warum? Weil dem Konvent seine Arbeit nicht abgenommen wurde. Weil die Staats- und Regierungschefs der Union nicht gewillt waren, die Ästhetik und die neue Bindekraft eines Verfassungstextes anzunehmen, der genau das war: eine Verfassung, und kein Arbeitsprogramm.

Der Verfassungsvertrag, wie ihn Valéry Giscard d'Estaing als Präsident und Jean-Luc Dehaene und Giuliano Amato als Vizepräsidenten des Konvents im Jahr 2003 unterschrieben, umfasste nach der Präambel genau 113 Artikel in seinen beiden ersten, „verfassungsrechtlichen“ Teilen. Diese 113 Artikel passten in gebundener Form in ein Büchlein, das in einer Westentasche Platz fand - ich habe während der luxemburgischen Referendumskampagne immer wieder so ein Heft aus meiner Jacke gezogen, um zu zeigen, um was es eigentlich ging, und um was es nicht ging. In ihnen waren das Wesen der Union, ihre Symbole, ihre Institutionen, die Grundrechte der europäischen Bürger, die Zuständigkeiten der Union und der Mitgliedsstaaten sowie die Beschlussfassungsmechanismen beschrieben. Mehr nicht. Es war eine Verfassung, wie sie Puristen heute noch für allein akzeptabel halten. Eine Verfassung ist kein Wahlprogramm und kein Koalitionsabkommen. Eine Verfassung ist die Grundlage eines verfassten Gemeinwesens, die festlegt, wie dieses Gemeinwesen organisiert ist, um was es sich kümmert, wer die Entscheidungsträger sind und wie sie funktionieren. Dazu kommen bürgerliche Rechte und Freiheiten, und dann ist Schluss. Mehr gehört nicht in eine Verfassung.

Der Konvent war sich dessen bewusst, auch wenn er jenseits der reinen „Verfassungsbestimmungen“ auch noch die Politiken der Union in ihren Abschlusstext aufgenommen hatten. Die waren eigentlich nur als Ergänzung der Verfassungsbestimmungen gedacht und hätten eigentlich in einen separaten Vertrag gehört. Der Europäische Rat jedoch verabschiedete ein Gesamtvertragswerk mitsamt allen dazugehörigen Politikbestimmungen, Schlussprotokollen und Ausnahmeregelungen. So lesbar und verdaulich das eigentliche Produkt des Konvents war, zumindest in seinen ersten beiden, den verfassungsrechtlichen, Teilen, so unlesbar und unverdaulich war jenes der Regierungskonferenz. Es wurde der Fehler begangen, die eigentliche Verfassung um hunderte von Zusatzbestimmungen über die Politiken der Union anzureichern, mit denen die bis dahin gültigen Verträge ersetzt werden sollten. Das hatte den Vorteil, dass zum ersten Mal ein authentischer Kodex europäischen Rechts vorlag. Es hatte aber den sehr viel schwerer wiegenden Nachteil, dass man sich nun im Rahmen von Referendumskampagnen vor allem mit mehr oder weniger unbeliebten Unionspolitiken herumschlagen musste, und eben nicht mit der verfassungsgebenden Dimension eines neuartigen Organisationstextes der Union. Das Resultat ist bekannt.

Der europäische Rat hatte mit der Kodifizierung des gesamten europäischen Primärrechts im neuen Vertrag die falsche Entscheidung getroffen. Diesen Fehler hatte, wie gesagt, bereits der Konvent begangen,

indem er Politikbestimmungen an Verfassungsdispositionen anhängte. Der Europäische Rat hätte diese Bestimmungen jedoch vom eigentlichen Produkt des Konvents loskoppeln können: es hätte eine eigentliche Verfassung vorgelegen, und daneben ein „materieller“ Vertrag, in dem das Primärrecht der Union kodifiziert gewesen wäre. Dessen Inhalt hätte keinerlei Referenden bedurft, um sich Geltung zu verschaffen – materielle Rechtsbestimmungen, die im Wesentlichen aus einer Neuauflistung bestehenden Vertragsmaterials bestehen, können durchaus parlamentarisch ratifiziert werden. Referenden wären lediglich über die „Verfassung“ abgehalten worden. Man kann davon ausgehen, dass deren neuartige Qualität der Beschreibung der Fundamente europäischer Einigung von den Europäern sehr wahrscheinlich begrüßt worden. Aber es kam eben ganz anders.

Die Verfassung wäre eben jene Grundlage gewesen, die Europa gebraucht hätte, um sich dauerhaft stabil aufstellen zu können. Allerdings hätte man auch eine kreativere Art der Ratifizierung dieses Textes ins Auge fassen können. Eine in alle Unionssprachen übersetzte und an alle Europäer verteilte Verfassung hätte sich als Gegenstand eines ersten unionsweiten Referendums durchaus geeignet – aber dieser Ansatz scheiterte bereits an der Logistik, da die Staaten sich nicht auf ein Datum für ein solches Unternehmen einigen konnten. Präziser ausgedrückt: sie konnten sich nicht auf den richtigen Wochentag dafür einigen. Was für eine Zukunft mag einer Union beschieden sein, deren oberstes Beschlussfassungsorgan an der Entscheidung scheitert, das erste gemeinsame Referendum in der Geschichte auf einen Sonntag (wie von den meisten gefordert) oder eben auf einen Donnerstag festzulegen? Ist eine solche Union imstande, die erste globale Rezession in Friedenszeiten und die schwerste Wirtschaftskrise seit 80 Jahren zu meistern?

Ohne die Verfassung, und ohne den Vertrag von Lissabon, der die meisten Reformansätze der Verfassung bekanntlich übernommen hat, wird die Union sich weiterhin schwertun, ihre Seele zu finden und sie dann endlich einmal abschließend zu beschreiben. Was ich damit meine, ist: der anvisierte Endpunkt der politischen Integration ist im Moment genauso umstritten, wie die ultimativen geografischen Grenzen der EU. Soll es einmal zu einer veritablen Föderation der ganzen heutigen Union oder eines Teils davon kommen, oder nicht? Halten wir an der überkommenen Delors'-schen Beschreibung einer „Föderation der Nationalstaaten“ fest, was immer dann der Begriff der Föderation noch bedeutet, oder akzeptieren wir, dass es im 21. Jahrhunderts Formen der souveränen politischen Organisation jenseits des Nationalstaats gibt? Wer sich nicht einmal zur Verwendung des

Begriffs „Verfassung“ durchringen kann, ist zur Beantwortung dieser Frage offensichtlich nicht in der Lage. Da bleibt nur die Ratlosigkeit „sui generis“.

Wir verhandeln mit der Türkei, wissend, dass die Mehrheit der aktuellen Unionsbürger die Türkei nicht dabeihaben will, und wissend, dass der Türkei-Beitritt in nationalen Referenden innerhalb der jetzigen Union nicht durchkommen wird. Was ist das überhaupt für eine Art, ein Land so zu demütigen und hinter Licht zu führen, wie es seit 1963 gegenüber der Türkei praktiziert wird? Seit jenem Jahr, seit dem Abschluss des ersten Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei, wird ihr der Beitritt als Perspektive vorgegaukelt. Wenn wir die Türkei dabeihaben wollen, müssen wir dazu stehen können. Wenn wir sie nicht wollen, haben die Türken endlich ein Recht darauf, zu erfahren, wie ihr Beitritt zur Union hier gesehen wird. Das ständige Lavieren um diese Frage muss ein Ende haben, allein schon wegen der völligen Unabdingbarkeit einer soliden und belastbaren geopolitischen und wirtschaftlichen Partnerschaft mit der Türkei. Ob dieses große Land mit seinen dann vielleicht 80 Millionen Einwohnern nach der Ablehnung ihres Beitritts durch die Union, und das trotz erfolgreich abgeschlossener Verhandlungen, Europa noch besonders wohl gesonnen wäre, darf bezweifelt werden. Ehrlichkeit gegenüber den Türken, und eigentlich Aufrichtigkeit, tut dringend Not.

Wir tun so, als ob Moldawien und die Ukraine auf anderen Planeten lägen. Von Wien aus dauert ein Flug nach Lwiw oder Chisinau genau so lange, wie bis nach Luxemburg. Wieso wird um die Beitrittsperspektive dieser wesenshaft und essenziell, das ist das gleiche auf Latein, europäischen Länder und Völker so ein lamentables Aufheben gemacht? Es müsste doch hinzukriegen sein, dass wir Ukrainern, Moldawiern und auch den Weißrussen endlich andeuten, dass sie nicht weniger europäisch sind, als wir anderen auch. Sie sind es nämlich nicht.

Wie steht es mit Georgien, im Übrigen? Alles, was die Union diesbezüglich hinkriegt, ist, die „territoriale Integrität“ dieses Staates als Mantra zu benutzen, jedes Mal, wenn der Name Georgiens fällt. Aber die europäischen Aspirationen der Georgier? Wollen wir ihnen sagen, dass sie definitiv zu weit von Brüssel entfernt leben, um gute Europäer sein zu können? Oder sind wir bereit, jenem Volk, das die Tradition des Byzantinischen Imperiums und damit des Römischen Reiches im Kaiserreich von Trapezunt noch acht Jahre über den Fall von Konstantinopel hinaus fortsetzte, die Hand auf eine gemeinsame europäische Zukunft zu reichen? Ihnen müsste parallel bedeutet werden, dass die

Territorien von Abchasien und Südossetien nun einmal verloren sind – was auch immer mit dem globalen ossetischen Problem passieren wird, bleibt Abchasien ein unabhängiger Staat, dem mit gutnachbarlichen Beziehungen begegnet werden sollte. Alles andere wird sich als Traum herausstellen, dessen ständige Bedienung in der wirklichen Welt nur Geld und Energie kostet, die wesentlich besser in den Aufbau eines funktionierenden georgischen Staates investiert wären, in dem die Korruption endlich unter Kontrolle gebracht wird. Abchasien entzieht sich seit 18 Jahren georgischer Oberhoheit, und das wird so bleiben. Zeit für Tiflis, sich um Dinge zu kümmern, auf die es einen realen Einfluss ausüben kann – und diesen auch zur Geltung zu bringen. Der Kaukasus ist voller solcher Restprobleme aus dem Zerfall der Sowjetunion. Sollten sich Armenien und Aserbaidschan ebenfalls um eine Unionsmitgliedschaft bemühen, was sie bislang nicht getan haben, würde sich die Union ebenfalls im Karabagh-Themenkreis neu positionieren müssen.

All dies sind Fragen, die im Raum stehen. Wenn Europa sie nicht beantwortet, wird keiner sie beantworten, und die Union wird an Ansehen, Glaubwürdigkeit und Vorbildfunktion weiter einbüßen, so, wie sie bereits vor der ersten Osterweiterung eingebüßt hat. Wenn wir wollen, dass der Präsident der Vereinigten Staaten aufhört, dem türkischen Parlament zu erklären, die EU solle die sie bereichernde Türkei gefälligst aufnehmen, dann müssen wir unsere Botschaften selber vermitteln. Dafür müssten sie allerdings zuerst formuliert sein.

Die Union und die Grenzen ihrer Belastbarkeit

Die Europäische Union ist nicht krisenresistent. Soviel scheint nach Jahren der Vertragsirrungen festzustehen, während denen sie oft ein Bild der akuten Hilflosigkeit vermittelt hat und die positiven Leistungen des Staatenbundes selten gewesen sind. Sie gibt kein sonderlich einiges Bild ab in diesem Moment, wenn es darum geht, der Wirtschaftskrise entgegenzutreten. Man muss schon froh sein, wenn sie es beim Märzgipfel 2009 geschafft hat, ihren Eigenmittelfonds aufzustocken, mit dem sie gegebenenfalls solchen Mitgliedsstaaten zur Seite springen will, die von der Zahlungsunfähigkeit bedroht sind. Alles in allem waren die Jahre seit der Erweiterung keine besonders ergiebigen für die Union. Nun steht sie vor der größten Herausforderung ihrer Geschichte, und das in jenem Zustand der Zerrüttung, der von Monat zu Monat deutlicher wird. Die Frage nach ihrer eigentlichen Belastbarkeit drängt sich deshalb förmlich auf.

Die EU mag ein Konstrukt „sui generis“ sein, wie die immer wieder beschworene Formel lautet, mit der ihre Einzigartigkeit als freiwilliger

Zusammenschluss unabhängiger Staaten beschrieben wird, die ihre Souveränität teilen, um sie gemeinsam effizienter und wirkungsvoller zum Ausdruck bringen zu können. Das Prädikat „sui generis“ entbindet die Union jedoch nicht davon, endlich einmal zu etablieren, wo sie hin möchte und wie sie den Weg dorthin bewältigen will. Ich habe es bereits angeschnitten: diese Union ist ein unfertiges politisches Konstrukt, das seine Lückenhaftigkeit und die Inexistenz einer präzisen Zielvorstellung, was ihre endgültige Breite und Tiefe anbelangt, damit rechtfertigt, dass die europäische Einigung eben ein fortschreitender Prozess ist. Bedeutet das, dass er niemals abgeschlossen sein kann? Bedeutet es ebenfalls, dass ihre zukünftige Aufnahmeleistung daraus bestehen soll und gleichsam muss, dass mit einem Staat wie Albanien, der gut drei Millionen Einwohner zählt, ein halbes Dutzend Jahre über einen Beitritt verhandelt werden wird, weil die Regeln vorsehen, dass so etwas ein schwieriger und formeller Prozess ist? Ist die Formel der „immer engeren Union zwischen ihren Völkern“, die in den Verträgen benutzt wird, demnach so gedacht, dass es nie einen Schlusspunkt der europäischen Integration geben kann? Wohl kaum.

Die Union, die wir kennen, ist zumindest ausbaufähig. Und zwar vorranglich in der Tiefe, da der Grad politischer Integration, den die europäischen Staaten aufweisen müssten, um wenigstens zusammen die Geschicke der Welt noch einigermaßen mit beeinflussen zu können, definitiv noch nicht erreicht wird. Er wird es so lange nicht sein, wie die Union nicht einen einzigen Vertreter in den UNO-Sicherheitsrat entsendet, nicht in G-irgendwas-Zusammenschlüssen egal welcher Größe eine einheitliche Position einnimmt, die auch durch eine einzige Mitgliedskarte in dem besagten Klub zum Ausdruck kommt, und es nicht schafft, all die Zeit und Energie, die ihre Staaten heute noch auf bilaterale Diplomatie - und das auch noch auf ihrem eigenen Territorium - verschwenden, stattdessen in gemeinschaftliche Anstrengungen zur außen- und sicherheitspolitischen Wirkung der Union als solcher zu investieren. All das scheint leider bis auf weiteres nicht an der Tagesordnung zu sein.

Irgendwann wird sich die EU, auch wenn es schmerzhaft sein kann, doch mit der Frage beschäftigen müssen, ob eigentlich alle ihre Mitglieder annähernd ähnliche Vorstellungen haben, was die Zukunft des Staatenbundes anbelangt. Es mag ja angehen, dass man diese Frage nicht zur Unzeit aufwirft, aber ewig wird man sich ihr nicht entziehen können. Es wäre ohnehin besser gewesen, die Frage wäre vor langer Zeit beantwortet worden, damit die Beitrittskandidaten zumindest im östlichen Teil Europas klare Spielregeln vor Augen gehabt hätte, als sie ihr Aufnahmegesuch formulierten - das gleiche gilt im übrigen

für die Türkei, die erst 1999 formell Kandidatenstatus erhielt. Das so genannte Schäuble/Lamers-Papier zur kerneuropäischen Föderation wurde vor fünfzehn Jahren auf den Tisch gelegt, als bereits seit langem klar war, dass die einen mehr Integration wollten, und andere lediglich mehr Markt und Mitglieder. Die Antwort auf Ansätze wie diesen lautet bis heute - und sie wurde seither sogar vertraglich verankert - dass es innerhalb der Union „verstärkte Kooperationen“ zwischen einigen Mitgliedsstaaten in bestimmten Bereichen geben kann, vorausgesetzt, es sind mit dem Prinzip dieser intensiveren gemeinsamen Politikgestaltung alle Mitglieder einverstanden, auch wenn sie selbst nicht mitmachen. Das ist jedoch leider keine Lösung. Die verstärkten Kooperationen erinnern sehr an das, was Edouard Balladur einmal das Europa „der konzentrischen Kreise“ genannt hat, innerhalb dessen es verschiedene Intensitäten der Zusammenarbeit zwischen Mitgliedsstaaten geben kann, auf freiwilliger Basis eben. Faktisch sind wir damit bei der Formalisierung genau jenes „Europa à la carte“ angelangt, das bereits in viel zu vielen nationalen „opt-ins“ und „opt-outs“ Form angenommen hat.

Das Problem ist, dass, solange sich die Union nicht mit ihrem endgültigen Zustand beschäftigt hat und sich darüber hat verständigen können, sie ständig mit zentrifugalen Kräften aus ihrer Mitte heraus wird kämpfen müssen. Anstatt nach vorne blicken zu können, und gemeinsam Politik für Europa und die Welt zu gestalten, bleibt sie vorrangig damit beschäftigt, alle Schäfchen ihrer Herde zusammenzuhalten. Damit wird jene Kraft verzettelt, die gerade jetzt dringend für wichtigere Dinge aufgebracht werden müsste. Solange die Union ein Verein von Eigenbrötclern bleibt, dessen vor allem größere Mitgliedsstaaten sie lediglich als Projektionsfläche ihrer nationalen Ambitionen benutzen, wird sie nicht fähig sein, eine Führungsrolle in der Welt zu übernehmen. Die integrationsbereiten und -fähigen Unionsmitglieder - egal, wo sie sich geografisch befinden, und ob sie einen geografisch zusammenhängenden Raum ausmachen - müssen den Integrationshemmern nun endlich klar machen, dass es ihnen frei steht, die Union zu verlassen, oder sich eben in der als Freihandelszone definierten Peripherie einer zukünftigen europäischen Föderation anzusiedeln.

Die Europäer merken ebenfalls, dass mit dieser Union so manches nicht stimmt. All das, was die Menschen auf dem Kontinent wirklich besorgt, fällt scheinbar nicht in den Wirkungsraum der EU. Gerade im Moment sorgen sich Dutzende von Millionen Europäern um ihre Arbeitsplätze und ihre persönlichen Zukunftsperspektiven. Sie fragen sich, wann die Zerstörung der Umwelt in industriellem Rhythmus endet und ob das Klima eine Chance hat, sich zu erholen. Sie haben

Angst um Energieversorgung und vor internationalem Terrorismus. Wenn die Union als solche auf diese Frage Antworten liefern soll, muss sie ihre Integration drastisch beschleunigen. Dann steht - ja, es wird jetzt ausgesprochen - der europäische Bundesstaat auf der Tagesordnung, der den Staatenbund ersetzen muss. Wenn die Mitglieder der Union sich dieser Perspektive widersetzen, dann müssten sie die Ehrlichkeit besitzen, ihren Bürgern mitzuteilen, die Union wäre definitiv nur eine gehobene Freihandelszone, in der man gelegentlich zusammen auch etwas Politik macht. Wir bewegen uns unaufhaltsam auf kritische Entweder-oder Fragestellungen zu. Die Zeit des Sowohls-auch sind vorbei. Die Union „sui generis“ wird die Große Krise nicht überstehen.

Welch traurige Figur die EU in dieser Zeit abgibt, wird deutlich, wenn ihr völlig unerwartete Anliegen unterbreitet werden. So zum Beispiel die Sache mit dem eventuellen Beitritt Islands. Die Isländer haben den EU-Beitritt in der Vergangenheit nie gewollt, weil sie eine recht eigene Art der Auslegung von Fischereigrenzen besitzen. Diese ist mit der aktuellen gemeinschaftlichen Fischereipolitik nicht vereinbar, und weil die Fischerei für Island einen vitalen Wirtschaftszweig darstellt - jetzt vielleicht wieder mehr als noch vor ein paar Jahren - hat die Insel eben darauf verzichtet, sich der EU anzuschließen, um ihre traditionelle Fischereipraxis ungestört fortsetzen zu können. Seit dem Zusammenbruch der isländischen Banken, Wirtschaft und Währung stellt sich jedoch erstmals in der Geschichte in Island konkret die Frage, ob das Land nicht doch besser der Union und dem Euro beitreten sollte, um sich als Teil des großen europäischen Ganzen und eingebettet in die europäischen Schutzmechanismen, ökonomisch regenerieren zu können. Es ist eine noch recht theoretische Debatte, da es für einen etwaigen Beitritt Islands zur Union momentan keine Volksmehrheit zu geben scheint. Aber was, wenn es sie doch gäbe?

Die Frage wurde in den Raum geworfen. Der zuständige Kommissar für Erweiterung signalisierte - wohl aus Eigeninitiative - dass im Falle eines isländischen Beitrittsgesuchs die Prozedur beschleunigt werden könnte, da das Land die so genannten „Kopenhagener“ Kriterien, also die politischen Beitrittsvoraussetzungen, sowieso erfüllt, und man es außerdem mit einer hoch entwickelten Dienstleistungswirtschaft zu tun habe, die problemlos integriert werden könne. Island könnte also etwa zusammen mit Kroatien der Union beitreten, am 1. Januar 2011. Womit er ohne Zweifel Recht hat: eine Union von fast einer halben Milliarde Einwohnern muss 310.000 Isländer in Not aufnehmen können, ohne dass darüber viel Aufheben gemacht wird. Dennoch: ein paar Tage später verlautete aus Kreisen des europäischen Parlaments - und

ebenso aus einigen Mitgliedsstaaten der Union - dass es doch wohl nicht sein könne, dass für Island plötzlich andere Regeln gälten, und dass die Republik dementsprechend im Falle eines Aufnahmegesuchs die reguläre Prozedur zu durchlaufen hätte, mitsamt Erschöpfung der gesamten über 30 Verhandlungskapitel, wie jeder andere Beitrittskandidat auch. So macht man sich nicht nur Freunde. Man dokumentiert vor allem die Unfähigkeit der Union, angemessen auf die aktuelle Situation zu reagieren.

Der wesentliche Aspekt der Belastbarkeit der Union ist in der aktuellen Wirtschaftskrise ohne Zweifel jener ihrer Fähigkeit und Bereitschaft, ihre Schutzfunktion auf alle europäischen Staaten auszudehnen, die allein den perfekten Sturm dieser Zeit nicht durchqueren können. Im Klartext bedeutet das: die Union müsste Island längst angeboten haben, es SOFORT aufzunehmen, und es den Euro als Währung einführen zu lassen. Wie würde man objektiv erklären, dass ganz ohne Krise zwei Millionen Kosovaren und 650.000 Montenegriner den Euro semioffiziell als Landeswährung benutzen dürfen, und 310.000 Isländern bliebe diese Möglichkeit in der Stunde größter nationaler Not verwehrt? Ganz einfach: Montenegro und Kosovo haben sich den Euro einfach angeeignet, und dabei bleibt es - während Island sich auf den formellen Weg begeben würde, der steinig und beschwerlich ist. Soweit festzustellen ist, hat die Benutzung der Einheitswährung durch 2,5 Millionen Menschen, die außerhalb der Eurozone leben, der Währung jedoch keinen terminalen Schaden zugefügt. Ihn in Island ohne genüssliches Ausreizen sämtlicher im offiziellen Buch stehenden Formalitäten einzuführen, würde ebenfalls ohne problematische monetäre Auswirkungen bleiben. Natürlich würde sich die Frage nach dem Zinsspread innerhalb einer um Island erweiterten Eurozone stellen. Doch die muss ohnehin im Auge behalten werden, mit oder ohne Island.

Diese Überlegung sollte in einen Kontext eingefügt werden. Vor drei Jahren, 2006 nämlich, schrubkte Litauen genau einen Zehntel Prozentpunkt an der Euro-Einführung vorbei. Seine Inflationsrate betrug zu dem Zeitpunkt 2,7 Prozent, gegenüber einem Eurozonen-Referenzwert von 2,6 Prozent. Litauen wurde der Eintritt in die Eurozone verwehrt. So musste Litauen draußen bleiben, während Slowenien den Euro zum 1.1.2007 einführen durfte.

Das war zu einem Zeitpunkt, als andere Euro-Staaten wieder einmal die Neuverschuldungsgrenze überschritten, oder eben anders als im Stabilitätspakt vorgesehen, ihre Staatsschuld nicht herunterfahren - die wurden allerdings nicht aus der Eurozone hinausgeworfen. Zwar

würde das auch nicht ohne weiteres funktionieren und ist auch nur im Extremfall als Option möglich, aber dennoch: an potenziellen Neumitgliedern wird genau das an Akribie und Penibilität ausgelassen, was man jenen geflissentlich erspart, die bereits Euro-Staaten sind. Dabei stellt für die Stabilität des Euro der chronisch defizitäre Haushalt Frankreichs allein eine ungleich größere Belastung dar, als es die marginale Nichterfüllung eines Konvergenzkriteriums durch drei oder vier kleine Neumitglieder zusammen tun könnte.

Litauen strebt nun den Euro-Beitritt für Januar 2010 an, was sich angesichts der aktuellen Inflationsrate dort wohl wieder als Wunschtraum erweisen wird, Lettland trotz seiner aktuellen erheblichen finanziellen Schwierigkeiten für 2012. Warum wohl? Eine laschere Ausgabenpolitik dieser Länder würde sich bei den Wählern sicher besser verkaufen lassen, als das zwanghafte Sparen im Namen des Euro. Litauen und Lettland wissen jedoch, dass ihre geldpolitische Situation prekär bleiben wird, solange sie nicht den rettenden Sprung in die Eurozone hinter sich haben und sich danach ohne ständigen monetären Stress auf ihre Haushaltskonsolidierung konzentrieren können. Die wäre nach meinem Dafürhalten wesentlich schneller vollzogen, wenn die beiden Staaten sie als Mitglieder der Eurozone angehen könnten, als wenn sie mit Litas und Lats absolviert werden muss. Diese Währungen sind zwar mit einem festen Wechselkurs an den Euro gekoppelt, bleiben als eigenständige Währungen jedoch weiterhin Währungsmarktturbulenzen ausgesetzt, auf deren ständige Bekämpfung die Regierungen in Litauen und Lettland sicher gerne verzichten würden. Ein schneller Euro-Beitritt dieser Staaten - und aller anderen innerhalb der Union, die sich für einen solchen Schritt entscheiden wollten - würde dem Euro mittelfristig mehr Vor- als Nachteile bringen. Einerseits könnte dieser seiner Feuerprobe als völlig integrierter monetärer Raum entgegenblicken, und würde nicht als Leitwährung der EU-Staaten, die ihn noch nicht eingeführt haben, dadurch zusätzlich in Mitleidenschaft gezogen, dass diese Staaten ohne die schützende Wirkung des Euro schneller und nachhaltiger in die Zahlungsunfähigkeit abgleiten. Zweitens würde die Haushaltskonsolidierung der Union nach der Krise - soweit man ohne weiteres von einem „nach der Krise“ sprechen kann - innerhalb eines nach einheitlichen Regeln funktionierenden geschlossenen Währungsraums in Angriff genommen werden können, und die entsprechenden geldpolitischen Instrumente würden in jedem Land gleichermaßen zur Anwendung kommen.

Die eben beschriebene Option müsste in der heutigen Situation ernsthaft in Betracht gezogen werden. Von Polen einmal abgesehen, das vielleicht gar nicht mitmachen wollte, hat keiner der verbleibenden

Nicht-Euro-Staaten im Osten mehr als zehn Millionen Einwohner. Die drei baltischen Staaten zählen zusammen nur gut sieben Millionen, weniger als Schweden. Die Ungarn sind zehn Millionen, die Tschechen ebenfalls - und ob die einer stringenteren politischen und monetären Integration viel Positives abgewinnen könnten, sei einmal dahingestellt. Die gesamte Operation würde demografisch höchstens darauf hinauslaufen, dass man „ein weiteres Frankreich“, was ob der Einzigartigkeit der Grande Nation selbstverständlich zwischen Führungszeichen gesetzt werden muss, in die Eurozone integrieren würde. Das allein würde die Einheitswährung nicht kippen. Es könnte sie sogar, wie verschiedene Überlegungen anzudeuten scheinen, eher in ihren Vorbereitungen zum Kampf gegen die Große Krise stärken. Es würde ebenfalls den Zuschnitt eines zukünftigen europäischen Bundesstaates ziemlich deutlich präfigurieren. Denn eine solche monetäre Integrationsleistung würde sich ohne jeden Zweifel in den politischen Raum hinein verlängern - insbesondere, nachdem die so vergrößerte Eurozone während längerer Zeit faktisch zu einer Zusammenlegung ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitiken gezwungen gewesen wäre.

Die in diesem Kapitel behandelten Fragen betreffen direkt die Belastbarkeit der Union. Unter Belastbarkeit verstehe ich ihre Fähigkeit, sich selbst eine erneuerte politische Ausrichtung samt Festlegung eines definitiven Integrationsziels zu geben. Diese Ausrichtung müsste in die Welt projizierbar sein. Dann meine ich mit Belastbarkeit eben auch die Fähigkeit und Bereitschaft der Union - und vor allen Dingen ihrer Mitglieder, denn es sind sie, die die Entscheidungen treffen - um in der außergewöhnlichen Situation, mit der wir konfrontiert sind, innovativ und mutig vorzugehen, statt sich hinter Paragraphen zu verstecken, die in normalen Zeiten für normale Zeiten formuliert wurden. Der ultimative Belastbarkeitstest für die Union wird diese Wirtschaftskrise sein.

Die Grenzen europäischer Handlungsfähigkeit

Die Europäische Union leidet unter vielfältigen Einschränkungen ihrer Handlungsfähigkeit. Würde sie jene Zuständigkeiten, die sie gemäß dem derzeit gültigen Vertrag von Nizza formal besitzt, uneingeschränkt wahrnehmen können, dann wäre sie bereits ein ungleich relevanterer Akteur der kontinentalen und globalen Politik, als sie es tatsächlich ist. Sie kann, beziehungsweise darf es jedoch nicht, aus mehreren Gründen:

- einige ihrer Mitglieder, vor allem die Großen, betreiben auf recht entschlossene Weise nationale Politiken weiter, die mit Kompetenzen der Union in Konflikt stehen, oder wo die EU keine gemein-

schaftliche Politik entwickelt bekommt, weil nationale Sensibilitäten sie an der Ausarbeitung einer bedeutungsvollen gemeinsamen Politikausrichtung hindern;

- verschiedene Mitgliedsstaaten widersetzen sich mehr oder weniger resolut einer konkreten Politikentwicklung in solchen Bereichen, wo die Zuständigkeiten der Union lediglich ergänzende sind, und die Union nur einstimmig weiterführende Beschlüsse nehmen kann;
- die Instrumentarien der Außen- und Sicherheitspolitik bleiben äußerst beschränkt, die Union ist zum Beispiel nicht ständiges Mitglied des UNO-Weltsicherheitsrats;
- die nationalen Interessen ihrer Mitglieder spielen nach wie vor bei der Festsetzung politischer Maßnahmen auf europäischer Ebene eine bestimmendere Rolle, als das europäische Gemeinwohl.

Dies alles wird regelmäßig von berufenen Autoren beschrieben und bemängelt, ohne dass es zu einer Verbesserung der Situation käme. Demgemäß müssen wir hoffen, dass unter dem außerordentlichen Druck, den die aktuelle Weltwirtschaftslage auf die Union und ihre Mitgliedsstaaten ausübt, eine Konzentration des gemeinschaftlichen Handlungswillens stattfinden wird. Bis jetzt ist davon nichts zu spüren, im Gegenteil: die nationalen Alleingänge bei der Krisenbekämpfung deuten darauf hin, dass in den kommenden Monaten und vielleicht Jahren eher die Bekräftigung des nationalen Handlungsspielraums auf der Tagesordnung sein wird, als die Stärkung der europäischen Beschlussfassungsebene. Nun wird sich die Krise kurzfristig noch drastisch verschärfen, und mittelfristig wird sie nicht überwunden, sondern bestenfalls in ihren Auswirkungen mehr oder weniger unter Kontrolle gebracht werden können. Wie gut das gelingt, hängt definitiv davon ab, ob die Mitglieder der EU und der Eurozone zu dem Bewusstsein finden, dass ihre vordringliche Aufgabe nicht darin besteht, G20-Gipfel zu besuchen, sondern die Union durch die Stromschnellen dieser Zeit zu navigieren. Mit gleichzeitig gesetzten Segeln aller Nationalstaaten im Sturm wird das europäische Schiff nicht zu steuern sein.

Im Angesicht der Großen Krise muss den Grenzen europäischer Handlungsfähigkeit (und den fehlenden Instrumenten) eine spezielle Beachtung zukommen. Das gilt besonders im Bereich der wirtschafts- und geldpolitischen Steuerkapazität Europas, die beispielsweise mit jener der Vereinigten Staaten nicht mithalten kann. Angesichts der Tatsache, dass wir es innerhalb der Union mit dem größten Binnenmarkt der Welt und der zweiten Leit- und Reservewährung des Planeten zu tun haben, muss die Unterlegenheit europäischer politischer Lenkungsfähigkeit zu denken geben.

Altbekannte Bedenken, die auch besonders europafreundliche Beobachter immer wieder geäußert haben, finden in diesen Tagen zu neuer und geradezu aufdringlicher Aktualität. So zum Beispiel die Skepsis gegenüber der Sinnfälligkeit, einen enormen Binnenmarkt samt einheitlicher Außenhandelspolitik ohne wirksame politische Überwachung funktionieren lassen zu wollen. Das gibt es nirgendwo sonst: keine NAFTA (sowieso eine Schweregeburt), keine ASEAN, kein MERCOSUR haben die völlige Handelsfreizügigkeit supranational bis jetzt ermöglicht, es existiert kein anderer vergleichbarer Wirtschaftsraum, der sich über 27 souveräne Staaten erstreckt, die zusammen gemeinsame In- und Ausfuhrregeln anwenden. Eine der Ursachen hierfür ist wohl, dass sich auf anderen Kontinenten die Frage nach dem erfolgreichen Funktionieren eines solchen Marktes ohne einheitliche politische Ordnung mit mehr Nachdruck gestellt hat. Dort ist man von der Vorstellung einer politischen Souveränitätsteilung schließlich noch sehr weit entfernt.

Mit dieser Ausführung stößt man auf ein Argument vieler Gegner des europäischen Wirtschaftsmodells, die es liberal nennen, neoliberal sogar, eben weil der europäische Markt keiner europäischen Regierung untergeordnet ist. Tatsächlich ist hier eine Inkongruenz im System erkennbar: die Gründerväter, die Europa und die europäische Integration über die Wirtschaft relancieren mussten, nachdem sie militärisch und politisch fehlgeschlagen war (man erinnere sich an das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954) waren keine Liberalen. Sie glaubten an die soziale Marktwirtschaft im Dienst der Menschen. Dennoch konzipierten sie einen Markt, der von politischen Fesseln weitgehend befreit werden würde, und der zwar nicht im regellosen, so doch im ziemlich politiklosen Raum funktioniert. Das tut er bis heute. Wahrscheinlich hätten die Gründerväter gerne dem Markt eine Regierung mit auf den Weg gegeben, aber das Prinzip der europäischen Regierung, auch wenn sie sich auf wirtschaftliche Fragen konzentriert hätte, war seit dem negativen Votum der französischen Nationalversammlung gegenüber den entsprechenden Bestimmungen des EVG-Vertrags vom Tisch. Leider wurde es in den letzten fünfzig Jahren nie wieder aufgeworfen.

Ähnliches gilt auch für die Europäische Zentralbank und damit die Geldpolitik der Eurozone. Diese Zentralbank wurde aus Gründen der Akzeptanz durch Deutschland nach dem Modell der Bundesbank entworfen, die politisch völlig unabhängig ist. Anders als beispielsweise in Frankreich, wo die Banque de France immer auch eine wirtschafts- und finanzpolitische Rolle wahrgenommen hat (zugegebenermaßen oft mit begrenztem Erfolg), hatte man sich in Deutschland bei Grün-

derung der Bundesrepublik dazu entschlossen, politische Verwicklungen der Notenbank, wie sie die alte Reichsbank mit den sukzessiven Reichsregierungen bis hin zu der Hitlers gekannt hatte, nicht mehr zuzulassen. Die Bundesbank wurde ausschließlich für Preisstabilität zuständig und musste auf politische Einmischung verzichten - ein Erfolgsrezept, wie es die Stabilität und Stärke der Deutschen Mark ausgewiesen hat. Allerdings hat die Deutsche Mark nie eine Belastungsprobe gekannt, wie sie der Euro nun erfahren muss.

Waren die Väter des Grundgesetzes erklärte Liberale? Nein, die Unabhängigkeit der Bundesbank wurde im Rückblick auf eine historische Erfahrung beschlossen, die man sich nicht wiederholen lassen wollte. Tatsächlich ist der inhaltliche Zuschnitt der Kompetenzen einer Notenbank kein Beweis für liberale oder eher interventionistische politische Grundausrichtung des Staatswesens, innerhalb dessen sie funktioniert. Die Bank of England ist bis heute mit Aufgaben betraut, die durchaus über die Wahrung der Preisstabilität hinausgehen - und wenn man einer Regierung im historischen Querschnitt das Epithet „liberal“ anhängen darf, dann der britischen.

Der europäische Binnenmarkt und die Europäische Zentralbank müssen also bis auf weiteres ohne politische Lenkungsinstrumente auskommen. Der EZB ist mit der Eurogruppe ein politisches Koordinierungsgremium zur Seite gestellt worden, das über keine eigentlichen Beschlussfassungskompetenzen verfügt. Das zusammen führt dazu, dass der europäische Wirtschafts- und Währungsraum in den kommenden Monaten gegenüber anderen führenden Wirtschaftsmächten einen weniger umfangreichen Aktionsradius haben wird. Eigentlich ein bedenklicher Zustand, an dessen Abänderung man denken sollte.

Die Große Krise ist von einer Textur, die es notwendig macht, dass Europa über das vollständige Arsenal geldpolitischer Werkzeuge verfügt, um sie gegebenenfalls zur Anwendung bringen zu können. Es kann sein, dass sie nicht gebraucht werden. Man mag es durchaus hoffen. Aber sollten sie gebraucht werden, und sie stünden schlicht nicht zur Verfügung, dann müsste sich die Union, und die Eurozone als Teil davon, den Vorwurf gefallen lassen, mit unterlegenen Waffen in einen Kampf gezogen zu sein, den sie so nicht gewinnen konnte.

Die Federal Reserve, das System amerikanischer Zentralbanken unter Führung seiner Zentralstelle, ist eine „politische Zentralbank“. Sie ist integraler Bestandteil der politischen Struktur und des institutionellen Systems der Vereinigten Staaten. Sie kann „Geld drucken“, wenn es ihr geboten erscheint, die Dollarmenge zu erhöhen (obwohl das heute so physisch nicht mehr passiert, wie es klingt). Sie kann eine Auf- oder

Abwertung der amerikanischen Währung bewirken. Und sie bestimmt die Leitzinsen in den USA. Das gesamte geldpolitische Instrumentarium steht zu ihrer Verfügung. Die Europäische Zentralbank kann lediglich Zinsen festlegen - das jedoch auch nicht bis in den negativen Bereich hinein. Bis dorthin verblieben ihr zum Zeitpunkt des Schreibens 125 Basispunkte - Tendenz fallend. Das Ende der Fahnenstange wird wohl bald erreicht sein. Danach fehlen der EZB jene Kompetenzen, die, wenn schon nicht die Zentralbank, dann doch eine Regierung besitzt - über die Geldwertbestimmung zu wirken, zum Beispiel. Aber der Euro hat eben auch keine Regierung. Genauso wenig wie der Binnenmarkt. Das war bis jetzt nie ein Problem, weil die EZB genügend Spielraum bei der Festsetzung der Leitzinsen besaß, und die Zinspolitik für eine bis jetzt erfolgreiche Steuerung des Euro-Kurses auch ausgereicht hat. In den kommenden Monaten muss das so nicht mehr der Fall bleiben.

Der EU und ihrer Währung fehlt jene entscheidungsbefugte - und zwar allein und souverän entscheidungsbefugte - politische Komponente, die sich im Verlauf der Krise kurzfristig als entscheidend für den Erfolg der europäischen Anstrengungen zu ihrer Bändigung und Überwindung erweisen könnte. Bei aller Anerkennung für die Eurogruppe und den finanz- und geldpolitischen Verstand ihres Präsidenten: dieses Gremium kann aufgrund seines aktuellen Befugnis- und Aufgabenzuschnitts die Rolle nicht spielen, die anderswo „politische“ Zentralbanken und nationale Regierungen übernehmen werden. Es darf kein Zweifel darüber bestehen, dass die Vereinigten Staaten, China, Russland, Indien, Brasilien und andere das gesamte geldpolitische Arsenal ausschöpfen werden, das vollumfänglich zu ihrer Verfügung steht - und zwar notfalls auch gegen den Euro.

Die Zeit ist reif für ein Überdenken der politischen Einrahmung der europäischen Einheitswährung. Gleiches gilt für den Binnenmarkt. Dieser Binnenmarkt mit seiner halben Milliarde Konsumenten ist die beste Konjunkturmanahme, die Europa in erstem Anlauf gegen die Krise aktivieren kann. Sein reibungsloses und vollkommenes, um einen Terminus der Volkswirtschaft aufzugreifen, Funktionieren wird im Kampf gegen die Krise zwar nicht ausreichend sein, aber ohne das kann Europa sie nicht meistern. Gegen nationale Alleingänge in Richtung protektionistischer Schutzwälle, wie sie trotz gegenteiliger Beschwörungen riskieren, wieder aufzutauchen, wenn die Krise sich verschlimmert, hilft nur eine wirkliche europäische „Regierung“ - zumindest im Sinne von Governance - unserer wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten. Die großen europäischen Staaten können versuchen, es ohne solche Struktur zu schaffen. Die Kleinen drohen,

ohne sie den bevorstehenden Kampf gegen die Depression bereits verloren zu haben, bevor er überhaupt erst begonnen hat.

Systemkrise auf den alten Kontinent - Was wird uns die Europawahl 2009 bringen?

Es steht außer Frage, dass in Europa Bewegungen im Gefüge der Gesellschaft begonnen haben, die das gesamte System, in dem wir leben, nicht mehr akzeptieren. Die Straßenschlachten in Reykjavik, Riga, Vilnius und Sofia haben gezeigt, dass Orte, die nicht als aufstandsgefährdet in den Reiseführern aufgelistet sind, sich in der emotionalen Panik in Schauplätzen so noch nie erlebter Gewaltausbrüche verwandeln können. So etwas darf nicht lediglich als etwas exotischerer Titel der Abendnachrichten zur Kenntnis genommen werden. Etymologisch bedeutet „Krise“ in seiner griechischen Ursprungswelt „Zäsur“ oder „Einschnitt“, das Ende bestimmter Verhältnisse und das Entstehen einer neuen Ordnung. Insofern befinden wir uns mittlerweile in Europa in einer Systemkrise.

Die Große Krise ist dabei, unsere Gesellschaften zu verändern. Der Transformierungsprozess hat erst begonnen, aber jetzt schon ist klar, dass nach dieser Krise nichts mehr so sein wird, wie es vorher war. Zumindest eine Zeitlang nicht. Sollte später wieder Ruhe einkehren und die Wirtschaft zu alter Spannkraft zurückfinden - so gegen 2015 vielleicht, früher auf keinen Fall - werden sich auch wieder jene Reflexe zeigen, deren freies Spiel uns an den Rand des Abgrunds geführt hat. Es könnte jedoch auch sein, dass die zwischenzeitlichen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Erscheinungen derart prägnante Dauerwirkung entfalten, dass die Welt sich tatsächlich ändert. Wir wissen nicht, was kommt. Die Europawahl 2009 kann allerdings ein erster Gradmesser dafür werden, auf was wir uns einzustellen haben. Wenn von Systemkrise die Rede ist, handelt es sich schließlich um einen Begriff mit mehrfacher Bedeutung. Das wirtschaftliche System, das dabei ist, global um Luft zu ringen, wird sichtbar und spürbar infrage gestellt. Dieses wirtschaftliche System wird von einer bestimmten Parteienlandschaft getragen, die man in Europa als den „Mainstream“ bezeichnen kann: Sozialisten oder Sozialdemokraten, Christdemokraten und Christlich Soziale, Konservative und Liberale machen dieses breite Spektrum aus. Ihnen ist gemeinsam, dass sie, von Nuancen abgesehen, das wirtschaftliche und politische System unserer Gesellschaft in seiner aktuellen Form stützen. Die extremen Parteien an beiden Rändern des „Mainstream“ tun das nicht: die Linke steht im Regelfall für eine nicht kapitalistisch organisierte Wirtschaft mit einem basisdemokratisch verfassten politischen Oberbau,

während die Rechte eine eher autoritäre politische Verfassung für eine korporatistische, staatskapitalistische Wirtschaftsordnung einfordert. Je stärker der Sukkurs am 7. Juni für die Exponenten der Ränder, desto stärker die Infragestellung des „Systems“.

Es hat im Verlauf der Zeit immer wieder Momente gegeben, in denen Parteien am Rand des politischen Spektrums besonderen Zulauf verzeichnen konnten. Dieses Phänomen war jedoch nicht nur zeitlich, sondern auch geografisch begrenzt - es hat nie die gesamte „Alte Union“ erfasst, sondern sich auf einige Mitgliedsstaaten konzentriert, ob es nun dort eine Tradition des politischen Extremismus gab oder nicht. Randparteien, die erstaunlichen elektoralen Sukkurs erhielten, kennt man in Frankreich, Italien, Dänemark oder Österreich. Dort wurde immer wieder die nationale Rechte vom Wähler in ihrem Anspruch bestätigt, einen „systemischen“ Anteil des politischen Spektrums auszumachen. In Flandern kann der Vlaams Belang, der frühere Vlaams Blok, zeit- und stellenweise die Position der stärksten Partei erlangen. Auch in vielen Staaten Mittel- und Osteuropas existiert eine Tradition der organisierten autoritären Rechten. Paradebeispiele sind hier Rumänien, Bulgarien oder auch Ungarn und die Slowakei, in einem weniger beunruhigenden Ausmaß.

In Frankreich oder Italien gab es darüber hinaus lange Zeit eine bemerkenswert vitale Kommunistische Partei, die zwar fast Teil des politischen „Mainstream“ war - man erinnere sich an den Versuch Aldo Moros, in den 70er Jahren die Kommunisten an der Regierung zu beteiligen, und an die Wahl François Mitterrands zum französischen Präsidenten 1981, die ohne Vorwahlverständigung mit den Kommunisten nicht möglich gewesen wäre.

Und dann gibt es jene politischen Randphänomene, die in Staaten auftauchen, die überhaupt keine extremistische Tradition besitzen. Als in den Niederlanden Pim Fortuijn auf den Plan trat, war man geneigt, den Mann als Verrückten abzutun, der es als bekennender Schwuler niemals fertig bringen würde, eine stramm rechte Partei zu begründen und zu einem Wahlerfolg zu führen, der es ihm erlauben würde, seinen großen Traum zu erfüllen: Premierminister zu werden. Nun, er wurde erschossen - aber die Parteigründung war ihm gelungen. Ihr Wahlerfolg war dergestalt, dass die Lijst Pim Fortuijn als Mehrheitsbeschaffer für Jan Peter Balkenende diente, der so die Christdemokraten an die Macht zurückführen konnte.

Im Europäischen Parlament existiert bereits eine nicht überdimensional große Fraktion, die sich „Vereinigte europäische Linke - Nordische Linke“ nennt. Dort finden sich Kommunisten mehrerer nationaler

Zuschnitte und nordische Linksanarchisten wieder. Diese Fraktion wird es mit Sicherheit nach der Wahl am 7. Juni wieder geben, und sie wird stärker sein, als bisher - allein die deutsche Linke könnte dort mit 12 bis 15 Abgeordneten vertreten sein, was rund ein Drittel der aktuellen Fraktion von 41 Mitgliedern ausmachen würde. Nehmen wir einmal an, das Potenzial der Linken würde sich verdoppeln. Dann hätten wir es jenseits der Grünen, die wohl nicht gestärkt aus diesem Wahlgang hervorgehen werden, mit einer bis zu achtzig Mann starken linken Fraktion zu tun, deren Artikulation eine offen antikapitalistische wäre. Genau dieses antikapitalistische Bekenntnis macht sie schließlich in einer Situation wie der heutigen für viele wählbar, die früher „Mainstream“ gestimmt haben, sich nun aber auf der Schattenseite der Marktwirtschaft wiederfinden und nach Schuldigen suchen.

Rechte Parteien sind seit langem ebenfalls im Europaparlament vertreten. Sie setzten sich bis jetzt derart vom politischen Mainstream und untereinander ab, dass ihnen nicht einmal eine gemeinsame Fraktionsgründung gelang. Genau das wird eine der spannenden Fragen für den 7. Juni dieses Jahres: können sich die heutigen „Nicht Eingeschriebenen“, also Fraktionslosen, darauf verständigen, diesmal eine eigene, gemeinsame Fraktion zu konstituieren? Ausschließen sollte man eine solche Entwicklung nicht, denn Front National, Partidul Romania Mare, Vlaams Belang und andere solche Parteien werden wahrscheinlich in ausreichend vielen Mitgliedsstaaten den Einzug ins Europaparlament schaffen, und auch die Zahl ihrer Gewählten könnte eine Fraktionsgründung absolut zulassen. Der Vlaams Belang profitiert von der Staatskrise Belgiens, Romania Mare wird ihren Wählern vorgaukeln, mit ihr hätte es den Bankrott des Staates nicht gegeben, andernorts werden ebenfalls Parteien am rechten Rand von der sich anbahnenden sozialen Krise punkten. Was würde das bedeuten?

Man muss eine solche Evolution im Kontext des gesamten Parlaments sehen, das am 7. Juni gewählt wird. Zu wählen sind 736 Abgeordnete, also rund 50 weniger als die heutigen 785, die in der Übergangszeit nach der Erweiterung das Parlament ausmachen. Aktuell stellt die Fraktion der EVP/ED (Christdemokraten und Konservative, im Wesentlichen) 288 Abgeordnete, die PSE (Sozialisten und Sozialdemokraten) 215. Diese beiden Fraktionen haben also zusammen eine überwältigende Mehrheit, die sie auch gelegentlich nutzen. Allerdings entspricht dies keiner Regel, da es im Europäischen Parlament keine feste Koalition gibt, die der strukturellen Mehrheitsbeschaffung dienen würde - Mehrheiten finden sich in der Sache, und da kommen die kleineren Fraktionen ins Spiel. Manchmal sogar die Fraktionslosen.

Die Fraktion der ELDR (Liberalen und Demokraten) zählt 101 Mitglieder. Als „ideologischer Block“ folgen dann die Grünen mit einer Fraktion von 42 Abgeordneten. Des Weiteren existieren die Fraktionen „Europa der Nationen“, „Unabhängigkeit/Demokratie“, die beide eher rechtsgerichtet sind, „Vereinigte Europäische Linke“ sowie die Fraktionslosen, die jeweils zwischen 24 und 44 Mitgliedern zählen. Mehrheitsmäßig sind also folgende Konstellationen möglich - und werden abwechselnd auch so gebildet:

- EVP und PSE allein (wurde in dieser Legislaturperiode für die Wahl des Präsidenten des EP vereinbart, der jeweils einmal von beiden Fraktionen gestellt wurde)
- EVP, ELDR und Grüne (eher selten)
- PSE, ELDR, Grüne und linke Abgeordnete
- EVP, ELDR und rechte Abgeordnete

Diese vier wesentlichen Konfigurationen können je nach Sachgebiet, über das abgestimmt wird, erreicht werden. Stabil und halbwegs kohärent erscheint nur die faktische EVP/PSE-Koalition. Im vorherigen Parlament gab es übrigens ein Präsidentenwahlabkommen zwischen EVP und ELDR. Eine Neuauflage davon war rechnerisch ab 2004 nicht mehr möglich.

Die britischen Konservativen, die im Moment der EVP/ED-Fraktion angehören, ohne jedoch Teil der Europäischen Volkspartei als solcher zu sein, haben angekündigt, nach der kommenden Wahl wieder eine konservative Fraktion im Parlament konstituieren zu wollen und aus der EVP-Fraktion auszuschneiden. Sie werden nicht allein bleiben: Parteien aus Polen, Tschechien, Italien, Litauen und weiteren europäischen Staaten haben bereits Interesse bekundet, sich einer solchen neuen Fraktion anzuschließen. Rechnet man all jene Parteien zusammen, die einer euroskeptischen Fraktion mit flexiblem Marktwirtschaftsbekenntnis angehören könnten, dann ergibt sich für einen solchen Zusammenschluss eine Perspektive von bis zu 100 Mitgliedern, einige neue Abgeordnete mit eingerechnet, die sich vor allem in Osteuropa durchaus finden dürften. Viele davon sind heute noch Teil der EVP-Fraktion (die sich über alle Vernunft hinaus auf fast alle halbwegs vorzeigbare Parteien ausgedehnt hat, die von sich behaupten, keine Sozialisten zu sein) und würden im Fall einer konservativen Fraktionsneugründung aus dieser austreten. Damit würde die EVP-Fraktion entscheidend geschwächt - und das ganz ohne Berücksichtigung der theoretischen Möglichkeit, dass die CSU bundesweit keine fünf Prozent der Stimmen erreicht und im EP nicht mehr vertreten wäre, was zusammen mit den zu erwartenden Stimmverlusten der CDU die Zahl

der deutschen Mitglieder der EVP-Fraktion von aktuell 49 auf unter 35 drücken könnte. Die EVP muss zumindest die Möglichkeit ins Auge fassen, dass sie um bis zu ein Drittel ihrer Stärke einbüßen, und sich dann bei um die 200 Abgeordneten einpendeln würde. Das bedeutete im heutigen Maßstab etwa Gleichstand zwischen ihr und der PSE.

Was wird nun auf der Rechten passieren? Es würde vier rechte bis extrem rechte Fraktionen geben, wenn „Europa der Nationen“ und „Unabhängigkeit/Demokratie“ bestehen blieben. Zusammen würden diese rechten Fraktionen gegebenenfalls 150 bis 200 Mitglieder zählen, die allesamt europaskeptisch bis europafeindlich gesinnt wären - mehr als je zuvor in der Geschichte des Parlaments. Wie sich das Lager der „Nationalstaatlichen“, die heute zwischen EdN und U/D aufgesplittert sind, dann strukturieren würde, bleibt abzuwarten - wahrscheinlich ist, dass es nicht bei der heutigen Verzettelung bleibt. Jene Fraktion, die eventuell die heutigen fraktionslosen Abgeordneten auffangen und gemeinschaftlich organisieren würde, könnte zahlenmäßig zu den übrigen Fraktionen aufschließen, wenn sie 40 oder mehr Mitglieder erhielte - was angesichts der Zahl und der vergangenen Erfolge rechtsextremer Parteien in den 27 Mitgliedsstaaten alles andere als ausgeschlossen scheint. Zusammen mit der größeren Fraktion der Linken säßen dann weit über 100 „Systemgegner“ im Europäischen Parlament. Das wäre ein historischer Rekord und würde diese Systemgegner in die Lage versetzen, zusammen auf Augenhöhe etwa mit den Liberalen zu agieren. Ob sie sich punktuell zusammentun würden, ist zwar mehr als fraglich - es kann jedoch, abhängig von den zu behandelnden Sachfragen, nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Schließlich bildet man keine Koalition, man stimmt nur auf gleiche Weise über einen Text ab.

Die Zusammensetzung des Parlaments im Falle eines solchen Wahlausgangs könnte in etwa die folgende sein:

- PSE: rund 200 Abgeordnete
- EVP (dann ohne ED): ebenfalls um 200
- Konservative: leicht unter 100
- ELDR: Verluste und Reduzierung der Fraktion auf 70 bis 80 Mitglieder
- Linke: erheblicher Zuwachs auf ebenfalls 70 bis 80
- Rechte: Stärkung auf 40 bis 50, ohne die „Nationalstaatlichen“
- „Nationalstaatliche“: um die 50 - ein teilweises Zusammengehen mit einer neuen rechten Fraktion ist natürlich zumindest vorstellbar
- Grüne: nach leichtem Rückgang um die 30

Die absolute Mehrheit im neuen Parlament wird bei 369 liegen. Jeder Mehrheitsversuch, der nicht beide große Fraktionen einschließt, wird dann quasi unmöglich sein. Eine theoretisch mögliche Sachkoalition aus EVP, Konservativen und Liberalen könnte die absolute Mehrheit eventuell nicht erreichen. Konservative, Rechte und „Nationalstaatliche“ zusammen würden allerdings im schlimmsten Fall um die 200 Mandate erreichen - was aus einem solchen „Rechtsblock“ auf jeden Fall einen der drei größten Player im Parlament, aufgrund der definitiven Zahlen nach der Wahl gegebenenfalls sogar den numerisch stärksten Block machen könnte. Die Grünen wären die kleinste Fraktion - das war seit ihrer Strukturierung auf europäischer Ebene noch nie der Fall.

Ein solches Parlament wäre ein sehr anderes, als das, was wir heute kennen. Allerdings: à quelque chose malheur est bon. Einmal angenommen, es käme tatsächlich zu einer strukturellen Stärkung der „Systemgegner“ einerseits, und eines teilweise sehr unappetitlichen Rechtsblocks andererseits, würde der „europäische Mainstream“ (EVP, PSE und ELDR - die Konservativen müssen hier weggelassen werden, da ihr wesentlicher Antrieb die Rückkehr zu einer kontestären Agenda gegenüber einer weiter gehenden europäischen Integration ist) quasi dazu gezwungen, sich gemeinsam durch die Legislaturperiode hindurch zu einer parlamentarischen Kraft der resoluten Stärkung europäischer Politik zu entwickeln.

Dies hätte im Rückblick auf die vorhergehenden Abschnitte des Zweites Aktes einen enormen Vorteil: unter dem Druck der anschwellenden Infragestellung sowohl des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, als auch des politischen Systems (jenes der europäischen Föderalisierung) würde der parlamentarische Mainstream zu jenem Ort in Europa, wo die Zukunft des Einigungswerkes erdacht und erarbeitet werden kann. Das Europäische Parlament würde endlich zu jener Zentralstelle europäischen visionären Denkens und Handelns, die es allzu lange nicht gewesen ist. Seit dem Sturz der Kommission von Jacques Santer 1999, der wesentlich von einem Europäischen Parlament bewirkt wurde, das sich auf der Suche nach seiner eigentlichen Aufgabe völlig verrannt hatte, sind zehn Jahre vergangen, in denen das Parlament weitgehend tatenlos dem europäischen Geschehen zuschauen musste. Es erlebte, genau wie die Europäer auch, die Euro-Einführung und die Erweiterung der Union als Sternstunden des kontinentalen Einigungsprozesses - und das waren auch bereits die großen Momente seines begleitenden Wirkens im vergangenen Jahrzehnt. Nun könnte der Moment gekommen sein, wo ein neu gewähltes Parlament jene Baustellen in Angriff nimmt, die viel zu lange schon brachliegen. Sein Ausschuss für

konstitutionelle Fragen sollte sich schnellstmöglich der Frage annehmen, wie der Endpunkt europäischer Integration zu definieren und anzupeilen ist, und wer auf dem Weg dorthin in welcher Rolle wirken wird. Die verschiedenen Delegationen, die für die Beziehungen zu den Nachbarländern der Union zuständig sind, sollten sich dringend eine gemeinsame Agenda für die definitive geografische Ausgestaltung der Union geben. Der Ausschuss für Wirtschafts- und Währungsfragen schließlich wird in der Lage sein, gemeinsam mit der Eurogruppe und den institutionellen Entscheidungsträgern in seinem inhaltlichen Zuständigkeitsbereich, an der europäischen „Wirtschaftsregierung“ zu arbeiten, die die Union dringend braucht. Alles in allem könnte die Legislaturperiode 2009-2014 eine Sternstunde europäischen Parlamentarismus werden - jene Zeit, in der dieses Parlament zum Hüter eines endlich gesamteuropäisch verstandenen Gemeinwohls erwächst. Genau hier würde dann die systemische Zäsur erfolgen. Europa erhielte eine neue Art von „Stewardship“, die darauf bedacht wäre, unser Handeln in Bahnen zu lenken, die nachhaltig Zukunft besitzen. Die Zeit der nationalstaatlichen Kleinkriegerei - im übertragenen Wortsinne - und der ständig verpassten europäischen Chancen hätte ein Ende. Politische Organisation und Verfassung jenseits des Nationalstaates würde möglich.

Dies **könnte** zwischen 2009 und 2014 erfolgen. Es wird allerdings nur erfolgen, wenn die Parlamentarier der kommenden Legislaturperiode die Lehren aus unserer Zeit ziehen, und ihr Mandat so auffassen, dass sie entscheidend mitverantwortlich für das zukünftige Wohl Europas sind. Das wäre auch neu - aber nichts schließt aus, dass das Europäische Parlament in dieser außergewöhnlichen Periode auch zu außergewöhnlichen Erkenntnissen gelangt.

Die Systemkrise wird von einer solchen Entwicklung nicht verhindert werden. Dafür ist der Grad der Kontestation bereits zu hoch. Doch sie wird abgefedert und umso besser kontrolliert werden können, als auf diesem Kontinent endlich ein gemeinsamer Zukunftsanspruch entwickelt werden kann. Die europäischen Regierungen stehen in der Pflicht, in den kommenden Jahren das Schlimmste mit ihren jeweiligen nationalen Instrumentarien zu verhindern, und diese so zu koordinieren, dass aus der globalen Wirtschaftskrise keine Sozialkrise erwächst, und eine andauernde planetarische Depression verhindert wird. Die Zuständigkeitsaufteilung ist nun einmal momentan die, die sie ist: nationale Regierungen, europäische Institutionen und globale Koordinierungsforen sind zusammen dazu angehalten, die Erde auf Kurs in Richtung Zukunft zu bringen, nachdem sie den Untergang eines ganzen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems ver-

hindert haben. Dieser Zukunftskurs kann eben erst eingeschlagen werden, nachdem die kurz- und mittelfristige Gefahr gebannt ist: die Große Krise muss in den Griff bekommen werden, und zwar anders, als es bisher versucht worden ist.

Akt 3 - Europa in der Welt der Krise

Nach dem G20-Gipfel von London - von einer Krise in die nächste?

Der G20-Gipfel von London war Anlass für Spiegel-Autor Gabor Steingart, am 3. April in der Online-Version des Magazins einen Artikel zu veröffentlichen, der den bezeichnenden Titel trug: „Der Goldene Schuss“. In ihm argumentierte er sinngemäß, dass die gigantischen Summen, die nun zusätzlich in die Weltwirtschaft injiziert werden sollten, schlussendlich den Systemtod durch Überdosis des bestehenden Wirtschaftssystems bewirken könnten. Wie ein Heroinsüchtiger würden die Märkte immer mehr Kapital aufsaugen, das sie jedoch irgendwann nicht mehr absorbieren können - sie verenden am goldenen Schuss, der tödlichen Überdosis. Nur dass hier eben kein Heroin im Spiel ist, sondern Geld. Unvorstellbare Summen davon.

Nach dem Londoner Gipfel, der in dieser Schrift ja bereits im Zusammenhang mit schwarzen und anderen Listen Würdigung fand, überschlugen sich sowohl seine Teilnehmer wie auch die meisten Presseorgane in einer Rhetorik der Superlative. Dass der Gipfel „historisch“ gewesen sein soll, ist eine völlig normale Bezeichnung dafür - ohnehin erleben wir seit Jahren einen ungesund inflationären Umgang mit diesem Begriff. Der G20 von London muss jedoch tatsächlich objektiv als historisch gewertet werden. Noch nie in der Geschichte haben sich die Regierenden der führenden Wirtschaftsmächte der Erde zu einer solchen Ausgabenorgie entschlossen, wie sie in London abgemacht wurde.

Der Gipfel beschloss, zusätzlich zu den bereits national und (was die EU anbelangt) supranational entschiedenen „Konjunkturpaketen“, noch 1,1 Billionen Dollar draufzulegen, um die Welt aus der Krise zu führen. Eine Billion ist eine Eins mit zwölf Nullen. Ausgegeben - und vorher erst einmal gefunden, also gedruckt - werden sollen demnach 1.100.000.000.000 Dollar. Wer sich unter einer solchen Summe nichts vorstellen kann, ist nicht schlechter dran als der Autor dieser Zeilen: ich kann es ebenfalls nicht. Das Einzige, was einem Sohn des Großherzogtums helfen kann, um die Größenordnung der Zahl zu verstehen, ist folgende Rechnung: Luxemburg hat im Moment ein Bruttoinlandprodukt von um die 40 Milliarden Euro. Also 40.000.000.000. Die Beschlüsse des G20 umfassen 1.100 Milliarden Dollar. Bei einem

Wechselkurs von im Moment 1,35 Dollar für einen Euro sind das rund 815 Milliarden Euro. Die 20 mächtigsten Wirtschaftsnationen der Welt haben also beschlossen, der globalen Wirtschaft und auch Staaten, die Geld brauchen, eine Gesamtsumme zur Verfügung zu stellen, die in konstanten Zahlen 20 (zwanzig) Jahreswirtschaftsleistungen Luxemburgs entspricht. Oder, ebenfalls in konstanten Zahlen, rund 80 luxemburgischen Staatsbudgets. Kein Pappenstiel, wäre man geneigt zu sagen.

Aufgeteilt werden soll die Summe so:

- 500 Milliarden Dollar werden aufgebracht, um die Mittel des IWF zu verdreifachen
- 250 Milliarden werden eingespeist, damit der IWF zusätzliche Allokationen an Sonderziehungsrechten im gleichen Wert vergeben kann
- 100 Milliarden werden den multilateralen Entwicklungsbanken zur Verfügung gestellt
- 250 Milliarden werden darauf verwendet, den internationalen Handel zu stärken
- schließlich bleiben 6 Milliarden (man merke: diese Zahl ist fast schon nachvollziehbar), die der Verkauf von Gold aus den Beständen des IWF einbringen soll und die „flexiblen“ Finanzierungsformeln zugunsten der ärmsten Länder der Erde zugute kommen.

Vor dem G20-Gipfel waren bereits rund vier Billionen Dollar für Konjunkturmaßnahmen weltweit veranschlagt worden. Zusammen fließen nun also fünf solcher Billionen in die Wirtschaft, damit diese wieder zu Kräften kommen soll. Die Absichtserklärung der Gipfelteilnehmer ist derart resolut verfasst, dass ich sie im englischen Originalwortlaut wiedergeben muss:

„We are undertaking an unprecedented and concerted fiscal expansion, which will save or create millions of jobs which would otherwise have been destroyed, and that will, by the end of next year, amount to \$5 trillion, raise output by 4 per cent, and accelerate the transition to a green economy. We are committed to deliver the scale of sustained fiscal effort necessary to restore growth.“

Zunächst einmal: auf Englisch heißt eine Milliarde „Billion“ und eine Billion „Trillion“, was erklärt, dass hier von 5 Trillionen Dollar die Rede ist. Dann ist es etwas schwierig zu verstehen, wie ein Arbeitsplatz geschaffen werden soll, der sonst zerstört worden wäre (läuft schon fast auf Joseph Schumpeters Begriff der „schöpferischen Zerstörung“ hinaus), aber sei's drum. Wichtig ist, dass die G20 Teilnehmer WISSEN,

dass mit diesem Paket bis Ende 2010 die weltweite Produktion um vier Prozent steigen wird. Man hätte ihnen auch noch die Frage stellen sollen, wer denn nun wirklich Kennedy ermordet hat: sie hätten ohne den geringsten Zweifel in entschiedener Formulierung den Namen des Schuldigen in ihrem „Leaders‘ Statement“ genannt!

Die Überzeugung, mit der hier die 20 Regierungschefs der wirtschaftsstärksten Staaten der Welt ans Werk gehen, mag auf den ersten Blick noch gefallen. Tatsächlich jedoch zeugt sie von einer geistigen Verfassung dieser Spitzenpolitiker, die mehr als bedenklich ist. Kein Mensch weiß zum heutigen Zeitpunkt, was Ende 2010 sein wird. Kein Mensch, ob er nun Wirtschaftsguru oder Präsident eines Staates ist, kann demnach behaupten, bis Ende 2010 würde die globale Produktion wieder um 4 Prozent steigen. Wir haben alle zusammen keine Ahnung, wie tief sie fallen wird, wie lange sie fallen wird, ab wann sie nicht mehr fallen wird, ab wann sie sich dann erholen wird, und um wie viel sie sich in welchem Zeitraum erholen wird. Wir wissen es ganz einfach nicht!

In dem zitierten Abschnitt tritt der feste Glaube zu Tage, dass durch die Injektion von 5 Billionen Dollar in die Weltwirtschaft alle Probleme gelöst werden. Halt, nicht alle: die verbleibenden, oder die Restbestände der ansatzweise mit den 5 Billionen gelösten, werden durch Niedrigstzinsen aller bekannten Zentralbanken einer Lösung zugeführt. Ja, so hat es der G20 beschlossen.

Tatsache ist: diese Aktion wird überhaupt keine Probleme lösen. Im Gegenteil: sie ist der Anfang der Entstehung neuer, noch dramatischerer Probleme, die in der Logik des G20 überhaupt nicht mehr bewältigt werden können, weil sich dieses Forum in eine geradezu letale Spirale der öffentlichen Verschuldung hineinmanövriert hat, aus der es kein Entkommen geben wird, wenn die beschlossenen Maßnahmen nicht kurzfristig greifen. Das werden sie nicht unbedingt tun. Insofern hat der frühere tschechische Ministerpräsident Topolanek Recht: dies ist nicht der Königsweg aus der Krise heraus. Dies ist der Weg in die Hölle.

Fünf Billionen Dollar müssen zunächst einmal „produziert“ werden, bevor man sie ausgeben kann. Dieses Geld existiert im Moment nicht. Es existiert genauso wenig, wie irgend ein realer Gegenwert zu all den strukturierten Fantasieprodukten der Finanzwelt, die in einem Volumen um den Globus jagen, das schätzungsweise acht Mal grösser ist, als die Geldsumme aller ökonomischer Werte, die sich zu diesem Zeitpunkt auf dem Planeten im Umlauf befinden. Man wird also fünf Billionen Dollar „drucken“, und das binnen rund 20 Monaten. Daraus

wird unwiderstehlich eine Welle der Inflation resultieren, wie wir sie zuletzt Anfang der Neunziger Jahre gekannt haben, wahrscheinlich wird sie schlimmer sein. Geld ist schließlich bereits jetzt so billig wie noch nie: der Leitzins im Euro-Raum bewegt sich auf 100 Basispunkte (ein Prozent) zu, in Großbritannien beispielsweise liegt er bei 50 Basispunkten - die Leitzinsen sind real fast negativ, und die Banksätze nicht großartig im positiven Bereich. Sollte die globale Konjunkturanheizung klappen - besonders im Sinne davon, dass der Zwischenbank-Kreditmarkt dank scheinbar verbesserter gesamtwirtschaftlicher Perspektiven demnächst wieder anspringt - dann stehen wir vor der Entstehung einer Geldblase enormen Ausmaßes, die zwangsläufig in entsprechende Inflation münden muss.

Aus einer solchen Inflationswelle werden neue Insolvenzen entstehen, eine weitere Hypothekenblase wird platzen, diesmal im ganz normalen „Prime“-Bereich, nachdem sich in der nahezu inflationsfreien Zeit zwischen Ende 2008 und Ende 2010 viele Haushalte bis hart an die Grenze ihrer Kapazität verschuldet haben werden. Sie werden sich zu all jenen gesellen, deren Schuld schon etwas älter ist, die aber dennoch mit einem Zinssatz unter sechs Prozent abgetragen werden soll. Unzählige Haushalte werden eine Entwicklung in Richtung zweistelliger Zinssätze beim Rückzahlen ihrer Kredite, vor allem der umfangreichen und langfristig angelegten Immobilienkredite, nicht verkraften. Solche Zinssätze könnten in zwei, drei Jahren jedoch Realität sein.

Dass gerade die Vereinigten Staaten aus ihren Sünden nicht lernen wollen, trotz des neuen Präsidenten, sollte einen doch bedenklich stimmen. Es ist kein Geheimnis, dass die „sub-prime“ Hypothekenkrise, die am Anfang der aktuellen globalen Wirtschaftskrise stand, daraus resultierte, dass nach dem Platzen der „Dotcom-Blase“ (also der Scheinwirtschaft der Online-Unternehmer der ersten Stunde) ab 2001 die Geldhähne in den USA weit aufgedreht wurden. Kredite waren zu historisch günstigen Bedingungen zu haben, und weil unbedingt wieder Wachstum hermusste, schaute man auch nicht so genau auf die Sicherheiten. Die kamen wieder ins Spiel, nachdem schlaue Finanzingenieure Hypothekenforderungen zu hochästhetischen Wertpapieren zusammengekocht hatten, die reißenden Absatz fanden. Unter dem Eindruck eines ständig und schnell an Wert zunehmenden Immobilienmarktes wurden Hypothekenkredite bis weit über 100 Prozent des häuslichen Gegenwertes ausgegeben - so, dass auch noch die Einrichtung und das Auto finanziert werden konnten. Das alles schaffte im Zusammenspiel und in ständiger aufheizender Wechselwirkung jene kolossale Hypothekenblase, die 2007 definitiv platzte. Sie entstand aus genau einer solchen Konjunkturpolitik, wie sie jetzt der G20 zur Kri-

senlösung beschlossen hat. Der amerikanische Präsident findet daran nichts Anstößiges. Und die Europäer spielen mit.

Natürlich hat Europa selbst bereits derart gesündigt, dass es von dem einmal eingeschlagenen Weg nur sehr schwer wieder herunterkommen könnte. Deutschland, Frankreich und Großbritannien, aber auch andere, haben jeweils nationale Konjunkturprogramme im Bereich der halben Billionen aufgelegt. Unter den Umständen fällt es schwer, beim G20 anzukündigen, damit wäre jetzt Schluss. Vor allem: der G20 hat lediglich (wenn man diesen Terminus angesichts der Summen, um die geht, überhaupt benutzen darf) EINE weitere Billion beschlossen, VIER waren es vorher bereits durch die Staaten und, in bescheidenem Maße, die Europäische Union. Doch es ändert nichts: die amerikanische Vorgehensweise ist falsch, und die europäische wird dadurch nicht richtiger, dass sie sich an der amerikanischen anlehnt.

Was wäre denn eigentlich richtig? Richtig wäre es, den Stier bei den Hörnern zu packen und sich auf das zu konzentrieren, was im Moment nicht funktioniert: das Kreditwesen. Man mag Banken retten, auch Luxemburg hat damit ja so seine Erfahrungen gemacht, besonders, wenn sie von so genannter systemischer Bedeutung sind. Mit anderen Worten: Banken, von deren Krediten eine erheblicher Anteil der Haushalte und ein ebenso erheblicher Teil der realen Wirtschaft abhängen, müssen vor dem Untergang bewahrt werden. Dazu gibt es schlicht keine Alternative: der Staat kann nicht von heute auf morgen ein allumfassendes öffentliches Kreditwesen auf die Beine stellen. Zwar kann er Banken zeitweise - oder auch unbefristet, ich sehe keinen Grund, weshalb es keine Staatsbanken geben sollte - übernehmen, doch die Banken selbst müssen Kontenempfänger und Kreditgeber bleiben. Wenn die Banken jedoch Staatshilfen, Staatsbürgschaften und Staatsanteile empfangen haben, müssen sie auch zu ihrem Geschäft zurückkehren, und das ist das Kreditgeschäft zwischen den Instituten, auch international. Tun sie das nicht - wie es eindeutig momentan der Fall ist - muss man sie dazu zwingen.

Der G20 hat es immerhin fertig gebracht, sich dazu durchzuringen, dass in Zukunft jede finanzielle Dienstleistung und jedes Finanzprodukt, egal wo sie angeboten und erworben werden und egal wozu sie verwendet werden, einer effektiven und wirksamen Finanzüberwachung unterstellt werden soll. Dazu wird man auch Weltbank und IWF reformieren müssen, was ebenfalls in Aussicht gestellt wurde. Zwar hat man sich übermäßig viel auf die so genannten Steueroasen konzentriert, aber sei's drum: der Ansatz, dass in Zukunft keine unüberwachten Finanztransaktionen mit unkontrollierten Produkten mehr

stattfinden dürfen, ist richtig. Wieso dann nicht auch den nächsten Schritt gehen? Wieso dann nicht hinzufügen, dass die Finanzmarktoperateure - dazu gehören vordringlich die Banken - jetzt inständigst gebeten sind, zur Tagesordnung zurückzukehren? Wenn man souveränen Staaten - viele Steueroasen sind das - für den Fall der Unfolgsamkeit unangenehme Konsequenzen androhen kann, wieso tut man das dann nicht ebenfalls gegenüber den Banken?

Natürlich kann man nicht durch simplen Beschluss samt Gewaltandrohung den Weltfinanzmarkt in die Normalität zurückstauchen. Darum geht es auch nicht. Es geht darum, dass ein Forum wie der G20, dessen Anspruch lautet, die Weltwirtschaftskrise zu überwinden, doch sehen müsste, dass man so lange Steueroasen verbieten und Rating-Agenturen regulieren kann, wie man will - ohne funktionierendes Kreditwesen ist das alles nichts wert. Also gehörte die Bretton-Woods Architektur auf den Prüfstand und anschließend reformiert. Genau das wurde allerdings nicht beschlossen.

Es soll das eine oder andere Reförmchen innerhalb der Bretton-Woods-Institutionen geben. An ihren grundsätzlichen Zuständigkeiten ändert sich jedoch nichts. Dabei wäre gerade jetzt der Moment, um das Bretton-Woods System neu zu erfinden. Zum Beispiel könnte die Weltbank über ihre Rolle als Entwicklungsfinanzierer hinaus in eine institutionelle Koordinierungsrolle der Zentralbanken der Leitwährungen der Welt und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich überführt werden - oder eine solche Rolle gemeinsam mit der BIZ übernehmen. Als Leitwährung würde eine Währung definiert, in der ein bestimmter Anteil am Kapital der Weltbank und an den SZR-Anteilen des IWF eingezahlt worden ist, oder in der ein gewisser Teil der Transaktionen auf bestimmten Märkten abgewickelt werden. Zum Beispiel könnte der IWF - von mir aus auch die Weltbank, oder eben ein spezialisiertes Institut der Weltbankgruppe - damit betraut werden, strukturierte Finanzprodukte zum Handel zuzulassen, und die entsprechenden Ratings einholen, anstatt dass die Emittenten solcher Papiere dies tun. Zum Beispiel hätte man ein weltweites Netz von systemrelevanten Börsen definieren und es einer globalen Börsenaufsicht unterwerfen können. All dies wurde jedoch unterlassen. Es ist zugegebenermaßen tatsächlich einfacher, das Bankgeheimnis für tot zu erklären - ein Bankgeheimnis, das sowieso bestenfalls noch als Untoter durch die schlaflosen Nächte jener gewandelt ist, die nun definitiv seine Todesurkunde unterschrieben haben.

Im Rahmen einer solchen Reform der globalen Finanzinstitutionen hätte es möglich sein müssen, auch die Banken in die Pflicht zu neh-

men. Sie hätten dazu genötigt werden müssen, und zwar jede Bank, die in ihrem Einzugsgebiet einen bestimmten Marktanteil besitzt, gleich wo dieser sich auf der Welt befindet, den normalen Betrieb der Inter-Bank-Kreditgeschäfte wieder anlaufen zu lassen. Das Geld, das zu diesem Zeitpunkt auf dem Globus zirkuliert, reicht nämlich absolut aus, um die Konjunktur wieder zu beleben und zu einer akzeptablen Dynamik zurückzuführen. Fünf weitere, frische Billionen Dollar, mit all ihrem zukünftigen Zerstörungspotenzial, werden dazu objektiv nicht gebraucht. Wenn sie nun doch in Umlauf gebracht werden, werden sie weitere Billionen nach sich ziehen. Bis die Überdosis erreicht ist.

Ein letztes Problem, das ich im Kontext des G20 streifen will, ist das der Staatsverschuldung. Die sechs Milliarden Dollar, die der Verkauf von IWF-Gold einbringen und die anschließend in Finanzierungsmechanismen zugunsten der ärmsten Länder der Erde fließen sollen, sind sicher eine gute Idee. Nur deckt diese Idee leider nur einen kleinen Teil einer Problematik ab, die bereits endemische Ausmaße angenommen hat, und deren Dimension nun langsam ins Unermessliche wachsen wird. Es geht um die Verschuldung von Staaten, die von institutionellen internationalen Geldgebern abhängen.

Wenn ein Staat den IWF um Finanzhilfe anruft, stehen ihm in der Regel keine anderen Türen mehr offen. Bei Entwicklungsländern ist das ein chronisches Problem, da ihr Kredit-Rating nicht auf „Investment-Grade“ Niveau angesiedelt ist, und sie auf dem Kapitalmarkt ohnehin keine Geldgeber finden. Die „reichen“ Staaten, die den IWF mit Kreditgesuchen befasen, sind in die gleiche Lage geraten, befanden sich jedoch nicht immer schon dort und hoffen, irgendwann auch wieder daraus heraus zu kommen. Das ist zwar bis jetzt auch meistens gelungen, doch stellt man fest, dass der IWF mehr und mehr „Stammkunden“ aus der entwickelten Welt zählt, die sich nicht mehr aus der Schuldenspirale befreien können. In Argentinien zum Beispiel hat man sich wohl mittlerweile an die regelmäßige Befassung des IWF gewöhnt. Argentinien zählte vor hundert Jahren zu den reichsten Ländern der Welt zählte.

Wenn wir uns die Fälle Island und Lettland noch einmal anschauen, dann wird auch schnell klar, warum das so sein kann. Island hat den IWF mit einem Kreditbedürfnis befasst, das auftauchte, nachdem sein Bankensystem kollabiert war und es enorme Schulden aus diesem Tatbestand auf sich nehmen musste. Island rechnet im Sommer dieses Jahres mit einer Staatsschuld, die dann auf ihrem voraussichtlichen Höchststand rund 160 Prozent des BIP betragen wird. Aus einer der-

art extremen Verschuldung kommt man nicht heraus, ohne mindestens ein Viertel der zukünftigen regulären Haushaltseinnahmen für den Schuldendienst aufzubringen. Diese Mittel fehlen für Konsumausgaben und Investitionen - sie stehen für Konjunkturpolitik nicht mehr zur Verfügung, was dazu führen kann, dass ein wirtschaftlicher Aufschwung dauerhaft verhindert wird. Sollten dadurch früher oder später die nötigen Mittel für den ständigen Schuldendienst teilweise wieder fehlen, könnte sich eine neuerliche Kreditaufnahme als unausweichlich herausstellen. Ein solcher Teufelskreis ist nur äußerst schwer zu durchbrechen.

Im Fall Lettlands stellen sich die Dinge etwas anders dar. Die Staatsschuld ist nicht annähernd so hoch, wie die isländische, steigt jedoch anteilig auf rasante Weise - zwischen 2007 und 2009 von gut acht auf über 33 Prozent. Diese Bewegung wird sich noch eine Zeitlang fortsetzen, da Lettland 7,5 Milliarden Euro leihen musste, um nicht im Juni dieses Jahres zahlungsunfähig zu sein. Das entspricht insgesamt rund 35 Prozent des lettischen BIP. Durch die vom IWF auferlegte Austeritätspolitik, die zum Beispiel durch drastische Kürzungen der Beamtenbezüge zu Buche schlägt - 20 Prozent im Schnitt - fällt die Kaufkraft und der interne Konsum. Hier wird dann die Parallele mit dem Beispiel Islands erreicht: der wirtschaftliche Aufschwung lässt auf sich warten, die Wirtschaft riskiert in Depression zu verfallen, der Schuldendienst wird immer schwieriger zu bewältigen, von sozialen Unruhen angesichts der dauerhaft maroden Situation gar nicht zu reden. Lettland bemüht sich zudem, bis 2012 der Euro-Zone beitreten zu können, was gegebenenfalls weitere Haushaltskürzungen auf der Ausgabenseite zur Folge haben muss, damit die Defizitgrenze und die Verschuldungsgrenze nicht überschritten werden. Schließlich kann und will der Staat die Euro-Parität der Landeswährung nicht aufgeben, um Haushalte und Betriebe nicht definitiv in den Ruin zu treiben - was den lettischen Exporten aufgrund der überaus hohen Bewertung des Lats nicht zugute kommt. Durch das Zusammenspiel all dieser Faktoren riskiert Lettland im schlimmsten Fall eine Depression bis nach dem Euro-Beitritt (wenn der denn gelingt), also von heute aus gesehen über mindestens vier Jahre - um einen Staatsbankrott 2009 abzuwenden.

Aus diesen Beispielen wird ersichtlich, dass der IWF als Staats-“Lender of last resort“ zwar die Zahlungsunfähigkeit eines Staates kurzfristig verhindern kann, die Regeln seiner Kreditvergabe und deren Auswirkungen jedoch die realwirtschaftliche Situation eines Kreditempfängers höchstens langfristig verbessern - wenn sie sie nicht verschlimmern. In einer Periode wie dieser, wo eine erschreckend hohe Zahl

von entwickelten Staaten die Nothilfe des IWF in Anspruch nehmen müssen, um zahlungsfähig zu bleiben, wäre es angebracht, über den gesamten institutionellen Geldverleihbetrieb an Staaten nachzudenken. Wenn dieser dazu führt, dass ein Staat nach und durch Erhalt eines IWF-Kredits finanziell schlechter aufgestellt ist, als seine tendenzielle Entwicklung es erlauben müsste, dann ist ein Betriebsfehler aufgetreten, der behoben werden muss.

Daher müsste geprüft werden, nach welchen Kriterien der IWF gegebenenfalls nicht rückzuerstattende Haushaltsspritzen geben kann, und an wen. Solche Hilfen wären selbstverständlich als Ausnahmehilfen zu verstehen und dürften nur gewährt werden, wenn der Empfängerstaat vorher die finanzpolitischen Empfehlungen befolgt hat, die ihm gegeben wurden. Alles in allem würde eine solche Praxis den Einstieg in ein globales System der ständigen Haushaltsüberwachung aller Staaten bedeuten. Für die meisten ein gutes Geschäft, für die Mitglieder der Eurozone längst Wirklichkeit. Nur die Vereinigten Staaten würden sich diesem System zweifellos entziehen wollen. Dann wäre es an der Zeit, die „Bretton-Woods“ Institutionen aus Washington abzuziehen.

Die multipolare Welt - Gewinner und Verlierer

Die Zeit der alleinigen Supermacht USA geht zu Ende. Nicht so sehr, weil sich die Europäische Union endlich zu einer politischen Großmacht emporgeschwungen hätte - davon bleibt sie weit entfernt -, sondern weil die Entwicklung des internationalen Wirtschaftsgefüges, das die Politik nun einmal bis hierhin bestimmt hat, einige weitere Topspieler im Feld der großen Mächte hat auflaufen lassen. Das ist eigentlich eine positive Erscheinung.

Die Welt kann nicht von einem einzigen Staat dominiert werden, der sich für seine wirtschaftlichen oder gar militärischen Feldzüge jene Alliierten aussucht, die er gerade braucht und die bereit sind, sich ihm anzuschließen. Wenn die Große Krise uns eines deutlich lesbar in die Hornhaut einbrennt - das ist die eindrucksvollere Variante von „vor Augen führt“ - dann ist es, dass der Planet globale Regeln braucht, die gemeinsam eingehalten werden. Für nationale Alleingänge, mit oder ohne Koalitionen der Willigen, ist definitiv kein Platz mehr.

Die Vereinigten Staaten von Amerika werden eine Weltmacht bleiben, aber sie werden auf dem Olymp der bestimmenden Kräfte nicht mehr allein sein. Die USA sind nach wie vor die führende Militärmacht des Planeten, mit militärischen Kapazitäten, die alles, was sonst existiert, in den Schatten stellen - wenn man einmal von den millionenstarken Kolonnen nordkoreanischer Fußsoldaten absieht, die auch recht

eindrucksvoll marschieren können. Die USA sind ebenfalls der wirtschaftsstärkste Einzelstaat der Erde, und geben die führende globale Leitwährung heraus. Diese Faktoren werden sich nicht schnell drastisch ändern, auch wenn nicht ausgeschlossen werden kann, dass die USA in den kommenden Jahren mit mannigfaltigen Umwälzungen in ihrer Gesellschaft und in ihrem finanziellen Aufbau konfrontiert sein werden. Um Großmacht zu sein und zu bleiben, reichen ihre aktuellen Charakteristika jedoch bis auf weiteres aus.

Was den USA zukünftig das Leben schwer machen wird, ist die Tatsache, dass sie längst nicht mehr Herr und Meister über ihre Wirtschaft sind. Der schier unendliche Gestaltungsspielraum, über den sie während Jahrzehnten verfügten, da ihre eigenen industriellen Regenerationskapazitäten dazu ausreichten, um über chronische Haushaltsdefizite und eine unüberblickbare Gesamtstaatsverschuldung hinwegzukommen, ist nicht mehr gegeben. Dazu kommt eine stärker werdende Infragestellung der amerikanischen Rolle in der Welt. Mit jedem US-Soldaten, der in einem Sarg nach Hause kommt, schwillt das Heer jener Amerikaner weiter an, die der Überzeugung sind, die USA sollten sich vordringlich um ihre eigenen Aufgaben kümmern und es sein lassen, die Welt als Wachpolizist patrouillieren zu wollen. Tatsächlich bliebe an der Heimatfront vieles zu tun: man könnte endlich ein allgemeines und umfassendes soziales Sicherheitssystem entwickeln, die massiven toxischen Emissionen verringern, die Todesstrafe und die gelegentliche Folter abschaffen, und so weiter. Es ist denkbar, dass mit der Obama-Administration ein Amerika Gestalt annehmen soll, das in all diesen Dingen Europa etwas ähnlicher wird. Damit wäre auf US-Seite die Grundlage dafür geschaffen, die transatlantischen Beziehungen radikal zu erneuern. Auf europäischer Seite müsste das ebenfalls passieren.

Europa, die Europäische Union voran, zählt ganz einfach nicht zu den Globalisierungsgewinnern. Das hat vielerlei Gründe, von denen die wichtigsten bereits aufgezählt wurden. Sie haben mit der äußerst bedauerlichen Unfähigkeit Europas zu tun, sich eine gemeinsame Aufstellung gegenüber den anderen Schlüsselspielern in der Welt zu geben. Politisch ist und bleibt Europa ein kleinwüchsiger Mensch unter Athleten, um es etwas gediegener zu formulieren, als wenn man behauptete, Europa sei ein Zwerg. Dabei wäre politische Integration das einzige Rezept, das auch zu jenem führen könnte, was Europa den Aufschluss zur Weltspitze erlauben kann: Innovation und Exzellenz der Forschung und der Ausbildung.

Europa kann keine T-Shirts und keine Sportschuhe mehr exportieren. Seine Minen sind zum guten Teil erschöpft. Nennenswerte Quellen fossiler Energieträger besitzt es eigentlich nur in seinem russischen Teil, wenn man einmal vom Nordseeöl absieht. Europa besitzt nur einen einzigen Reichtum, und das gilt zwischen Reykjavik und Athen und zwischen Lissabon und Tallinn: die Intelligenz seiner Menschen. Dass Europa eine Hochlohnzone ist, steht fest und wird sich nicht ändern - zumindest nicht im globalen Vergleich. Dementsprechend bräuchte die Europäische Union, und mit ihr die restlichen europäischen Staaten, dringend jenen Innovationsschub, der von der Strategie von Lissabon ausgehen sollte, und der wie so vieles andere einfach nicht einsetzen will. Es ist wieder das übliche Governance-Problem: wenn sich 27 Staaten separat um Hochschulen und Forschungseinrichtungen kümmern und sich obendrein auch noch die Ansiedlung innovativer Produktions- und Dienstleistungsbetriebe gegenseitig streitig machen, dann kann die europäische Wissensgesellschaft und die wissensbasierte Wirtschaft nicht recht vom Fleck kommen.

Würde die Union jedoch endlich mit der gemeinsamen Erschließung der wissens- und informationsbasierten Ökonomie, und auch noch mit der ökologischen Industrierevolution, ernst machen, dann stünde ihr schnell ein Platz auf dem Globalisierungstrepptchen zu. Das Problem ist nur: ohne gemeinsame europäische Souveränität in jenen Politikbereichen, die die Stärke einer verfassten Gemeinschaft - um nicht zu sagen, eines Staates - in einer multipolaren Weltordnung ausmachen, bleibt die Strategie von Lissabon als sachpolitischer Durchbruch genauso zum Scheitern verurteilt, wie die Emanzipierung der EU als weltpolitischer Akteur. Europa verdammt sich politisch selbst zu einer Statistenrolle, weil man in Washington und anderswo noch immer nicht weiß, welche Telefonnummer man zu wählen hat, wenn man mit „Europa“ sprechen will. Wirtschaftlich erduldet es die Globalisierung mehr, als es sie bestimmen würde. Die multipolare Welt verlangt von jenen, die an ihrer Spitze gestalterisch wirken wollen, umfassende politische und wirtschaftliche Handlungsfähigkeit. Die Union besitzt diese noch immer nicht.

Sie besitzt sie eben auch nicht in jenen Bereichen, die europäischerseits für die dringend fällige Erneuerung der transatlantischen Partnerschaft wesentlich sind: die gemeinsamen militärischen Kapazitäten und der nicht richtig Form annehmende europäische Pfeiler der NATO, der einheitliche diplomatische Dienst innerhalb der Union und in der Welt, die Bereitschaft, Kriege aktiv zu verhindern oder zum Zweck ihrer vorzeitigen Beendigung in sie einzugreifen anstatt nur nachher den Frieden zu sichern. All das steht demnach noch aus...

Wir haben gerade eben eine Nahrungsmittelkrise erlebt, und durchleben noch immer eine Rohstoff- und Energiekrise. Es sind tatsächlich viele Krisen, die sich zu unserer heutigen beinahe apokalyptischen Gesamtperspektive verdichten. Vor allem die Energiekrise hat einige Staaten als „global player“ gestärkt, an die bis vor kurzem kaum jemand als Ordnungsmacht gedacht hätte. Nun findet man Saudi-Arabien und Indonesien am G20-Tisch wieder. Könnte das etwas mit ihren Rohstoffreserven zu tun haben? Es ist sehr wahrscheinlich.

Russland erstarkt in dieser Zeit trotz heftiger Krisenexposition zu einem jener Staaten, die für sich allein den Anspruch erheben können, eine Neuordnung der Welt mitzugestalten. Das Land ist ohne Zweifel eine bi-kontinentale Ordnungsmacht, in deren unmittelbarem Einzugsbereich nicht nur einige sehr schwierige Restkonflikte schwelen, die aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion resultieren und nur mit russischer Hilfe und Wohlwollen zu lösen sind, sondern wo sich auch und vor allem gigantische Reserven fossiler Energieträger und von Edelmetallen befinden, auf die die Welt nicht verzichten kann. Zwar verzeichnet Russland einen äußerst bedenklichen demografischen Rückgang, zwar hat der Riesenstaat noch immer nicht jeden Winkel seines enormen Territoriums unter effektiver Kontrolle, aber es handelt sich nun einmal um Russland. Jeder andere Staat, der mit vergleichbaren Schlägen und Rückschlägen seit seiner Wiedergeburt vor 18 Jahren konfrontiert gewesen wäre, müsste heute als „fragil“ eingestuft werden. Nicht Russland. Es hat sowohl die Kraft wie auch den Willen besessen, sich seine alte Machtposition Stück für Stück zurückzuerobern. Die Operation ist ein Erfolg, auch wenn sie vom Westen immer wieder dahingehend kritisiert wird, dass der russische Rechtsstaat zu wünschen übrig ließe und die Föderation es mit den Menschenrechten nicht so genau nähme. Stimmt. Aber was wäre die Alternative?

Die Welt, auf die wir zusteuern, kann nicht mit dem westeuropäischen Menschenrechtsbegriff allein regiert werden. Der ist eine schöne europäische Erfindung, auf die wir stolz sein sollen und an deren Respekt und Achtung wir festhalten müssen. Aber der zwanghafte Export der europäischen Menschenrechtskonzeption ist fehlgeschlagen und wird immer wieder fehlschlagen. Im Falle Russlands ist klar, dass das Land als Mitglied des Europarats an Regeln gebunden ist, die es gebeten ist, langsam einmal einhalten zu wollen. Allerdings: so lange Armut, Korruption, mafïöse Strukturen und terroristische Vereinigungen einen Staat bedrohen, der sich über elf Zeitzonen erstreckt, scheint es nachvollziehbar, dass die Herstellung einer bestimmten staatlichen Ordnung oberste Priorität genießt. Von einem fragilen russischen Staat,

der beständig in seinem Zusammenhalt bedroht wird und den mehr als fragwürdige Gruppierungen übernehmen könnten, wenn man sie ließe, hat niemand etwas. Auch nicht der Europarat.

Man betrachte Pakistan, um ein Land auszuwählen, das aus nachvollziehbaren Gründen die europäische Menschenrechtskonvention nicht ratifiziert hat. Ein Staat von mittlerweile fast 180 Millionen Menschen, Atommacht und Ordnungsfaktor in der islamischen Welt - solange er vernünftig regiert wird. Pakistan befindet sich heute am Rande des staatlichen Zusammenbruchs. Das offizielle Islamabad kontrolliert weite Teile des Landes nicht mehr, die unter faktischer Taliban-Herrschaft stehen. Präsident Musharraf mag jemand sein, der durch einen Militärputsch an die Macht kam und sich während seiner gesamten Regierungszeit auf das Militär und den Geheimdienst ISI gestützt hat, aber: er hatte den Staat mehr oder weniger unter Kontrolle. Die ziemlich direkte Konsequenz aus seinem Abgang und der Neubestimmung der politischen Amtsträger durch Wahlen ist der fortschreitende Kontrollverlust der demokratisch legitimierten Regierenden - eine Entwicklung, deren mittelfristige Auswirkungen noch nicht einmal erahnt werden können. Pakistan ist ein Pulverfass, und es exportiert Pulver - die Tatsache, dass fast alle die am 8. April in Großbritannien festgenommenen Terrorverdächtigen pakistanischer Herkunft sind, ist nur ein weiteres Indiz in einer langen Kette der Hinweise darauf, dass in Pakistan der Terror ein gemütliches Zuhause gefunden hat, und von Pakistan ausgehend Terror in die Welt getragen werden soll. Das würde nicht im gleichen Umfang der Fall sein, wenn Pakistan auf rigorosere Art regiert würde, von Menschen, die mit militantem Islamismus nichts anfangen können - auch wenn sie eine Generalsuniform tragen und nie gewählt wurden. Man sollte sich also im Westen einmal eindringlich die Frage stellen, was man lieber hat: Demokratie, Menschenrechte und Wahlen an Orten, wo sie aufgrund der sozialen, religiösen und gesellschaftlichen Verhältnisse keinerlei ordnende Bedeutung haben können, oder Stabilität und Verlässlichkeit auch in solchen Staaten, denen man einige demokratische Lücken nachsehen muss?

Indien, der große Nachbar Pakistans, scheint einer der Gewinner der multipolaren Weltordnung zu sein, wie sie gerade entsteht. Dieser Staat mit seiner guten Milliarde Einwohnern - wahrscheinlich sind es eher 1,2, aber so genau weiß das niemand - hat sich in einem langwierigen Prozess von der unterentwickelten britischen Kolonie, die erst 1947 in die Unabhängigkeit entlassen wurde, zu einem bestimmenden Faktor der Weltwirtschaft emporgearbeitet - und damit auch dramatisch an politischem Gewicht zugelegt. Indien ist Atommacht, schickt

Satelliten ins All, ist eine globale Referenz bei Informations- und Kommunikationstechnologien, produziert weltweit die meisten Filme pro Jahr und spricht, zumindest in seinem ausgebildeten Anteil, der ein paar Hundert Millionen Menschen umfasst, Englisch. A propos Ausbildung: die Alphabetisierungsquote beträgt in Indien mittlerweile 80 Prozent und steigt weiter. In einigen Bundesstaaten, vor allem den traditionell kommunistisch regierten im Süden, liegt sie seit langem über 90 Prozent. Indien besitzt alle Voraussetzungen, um die Stürme der Zukunft erfolgreich durchzustehen. Es besitzt mittlerweile die zahlenmäßig stärkste „Mittelschicht“ der Welt - eine Viertelmilliarde bis 300 Millionen Inder rechnen sich zu dieser Bevölkerungskategorie, die auf breiter Basis eine vielschichtige Produktions- und Dienstleistungswirtschaft trägt. Dutzende Millionen Inder, die für mittelständische Betriebe arbeiten, schließen jedes Jahr ebenfalls zur Mittelschicht auf. Und es stimmt nicht, dass Indien die Computerstube der Erde wäre und China die Produktionswerkstatt: der industrielle Output Indiens ist dabei, zum chinesischen aufzuschließen. Alles in allem ist Indien ein wirtschaftlicher und politischer Gigant der Zukunft. Sein robustes Wirtschaftswachstum macht es wohl auch ziemlich resistent gegen die globale Wirtschaftskrise. Will sagen, vergleichsweise resistenter als andere - auch an Indien wird diese Krise nicht spurlos vorüberziehen. So oder so: Indien ist eine Macht, mit der zu rechnen ist, jetzt und bis auf weiteres. Auch wenn es nicht ganz reichen wird, um an China heranzukommen. Doch das braucht es auch nicht. Die machtpolitische Ausrichtung Chinas war Indien immer fremd.

China ist Weltmacht - und jetzt?

Das Reich der Mitte ist zurück. Sechzig Jahre, nachdem Mao auf dem Platz des Himmlischen Friedens die Volksrepublik China ausrief und das riesige Land nach über 35 Jahren der politischen und militärischen Zersplitterung wieder einte, und zwanzig Jahre nachdem Li Peng als Premierminister auf dem gleichen Platz Panzer gegen Studenten auffahren ließ, ist China wieder dort, wo es in seiner Geschichte schon mehrere Male stand: an der Weltspitze. So einzigartig dieses Land ist, so kontrastreich es sich vermittelt - auch wenn einige Elemente des Kontrastprogramms, wie die Tibet-Frage oder das Taiwan-Problem in westlichen Augen selten Sympathie erwecken - so unbeirrt hat es den langen Marsch zurück in die Achtung der ganzen Welt geschafft. China ist Weltmacht. Eine der beiden. Und es finanziert im Moment die andere. Dieser Umstand schafft Tatsachen, an denen in der Welt von heute niemand mehr vorbeikommt. Auch Europa nicht.

Es gibt übrigens eine interessante historische Parallele zwischen China und Europa: nämlich die, dass der chinesische Kulturraum, genau wie der europäische auch, immer wieder unter Zersplitterung, Krieg und Zerstörung gelitten hat. China war nur dann stark, wenn es geeint war. Vielleicht hat in diesem Zusammenhang der Umstand symbolische Bedeutung, dass Konfuzius in eben einer solchen Zeit der Zersplitterung Chinas lebte. Konfuzius entwickelte seine Ideen in der Periode von „Frühling und Herbst“, die in jene der „Streitenden Reiche“ überging, um 500 vor Christus. Der Meister zog von Herrscherhof zu Herrscherhof in der Hoffnung, einen Fürsten zu finden, der im Sinne seiner Lehre regieren und sein Land zu Harmonie und Gelehrsamkeit führen würde, und dauerhaften Frieden mit seinen Nachbarn schließen würde. Er fand keinen solchen Regenten. Der König in Luoyang hätte seine Vorstellungen umsetzen mögen, doch der hatte in dieser Zeit keine Autorität mehr außerhalb seines Palastbezirks. Konfuzius fand erst lange nach seinem Tod die ersehnte allgemeine Anerkennung. Seine Lehre der gesellschaftlichen Ordnung durch Gehorsam, Bildung, Leistung und den Respekt des Andenkens der Ahnen wurde von der Nachfolgedynastie des „Ersten Kaisers“, den Frühen Han, im zweiten Jahrhundert vor Christus zur Staatslehre erhoben, als China wieder geeint war. Konfuzius musste mit der Kleinstaaterei und den zerstörerischen Auseinandersetzungen von Fürsten und Feldherren leben, deren Sprache zwar nicht genau die gleiche war, die aber dennoch zu ein und demselben Kulturkreis gehörten. Nur wollten sie, genau wie die Europäer noch heute, nicht einsehen, dass das, was sie verband, viel stärker war als das, was sie trennte.

Die Volksrepublik China wurde erst 1971 in die UNO aufgenommen, nachdem sie es dort geschafft hatte, die Republik China (auf Taiwan) als Alleinvertreter der chinesischen Nation abzulösen. Tatsächlich lebt auf Taiwan die alte chinesische Republik, die 1912 das Kaiserreich definitiv ablöste, fort. Auf einer Fläche nicht grösser als Belgien haben dort 23 Millionen Menschen die 17. Volkswirtschaft der Welt errichtet...aber lassen wir das. Hier geht es nun um die Volksrepublik. Sie wurde 1971 in die UNO und als ständiges Mitglied in deren Sicherheitsrat aufgenommen, 1972 besuchte Richard Nixon Mao Tse-Tung in Peking, und Ende der 70er Jahre begannen die Beziehungen zwischen der kommunistischen Volksrepublik und dem Westen sich zu normalisieren. Nach und nach übertrugen alle wesentlichen Staaten des Westens ihre diplomatische Anerkennung von Taiwan auf „Rotchina“.

Ebenfalls Ende der 70er Jahre, nach Maos Tod und der Liquidierung der sinistren „Viererbande“ (darunter Maos Ehefrau) setzte sich Deng

Xiaoping mit einer marktwirtschaftlichen Neuausrichtung der chinesischen Volkswirtschaft durch. Es wurde ein gradueller Prozess - nichts in China passiert in derart kurzen Zeitabständen, wie wir sie der politischen und wirtschaftlichen Planung zugrunde legen - von dem viele im Westen hofften, er würde notgedrungen auch zu einer politischen Öffnung und einer fortschreitenden Demokratisierung des Landes führen. Diesen Träumen wurde spätestens 1989 mit der Niederschlagung der Demonstrationen in Peking ein jähes Ende bereitet. Ja, China modernisiert sich, seine Ökonomie bekommt marktwirtschaftliche Züge, aber das politische System bleibt. Zumindest bis auf weiteres. Es ist im Übrigen schwer vorstellbar, wie man dieses fast 10 Millionen Quadratkilometer große Land und seine Dutzenden Ethnien, die eine Gesamtbevölkerung von etwa 1,3 Milliarden Menschen ausmachen, in ein pluralistisches, dem Wettstreit von Parteien unterworfenes demokratisches Staatswesen verwandeln könnte.

Heute ist China Mitglied der Welthandelsorganisation und des G20. Die chinesische Volksarmee ist das umfangreichste Heer der Welt, und die militärischen Kapazitäten dieser Armee werden ständig modernisiert, so dass ihr - zumindest theoretisch - irgendwann einmal auch eine Invasion Taiwans gelingen könnte, die sie seit Jahren für den Fall androht, das Taiwan sich formal für unabhängig erklären sollte. Das wiederum wird wohl so schnell nicht passieren.

Die Chinesen nennen ihr Land „Zhong Guo“, was soviel bedeutet wie „mittleres Reich“ oder eben „Reich der Mitte“. Damit wird das chinazentrierte Weltbild deutlich, das für die Chinesen bis heute gilt. China ist das Zentrum der Welt. Die alten Kaiser waren „Söhne des Himmels“ und dessen Stellvertreter auf Erden. Alles geht von China aus, und alles fließt nach China zurück. Früher, in den Jahrtausenden sich abwechselnder chinesischer Dynastien, waren damals vor allem Wissen, Zivilisation und Fortschritt gemeint - und tatsächlich war China über Jahrhunderte das fortschrittlichste Land der Erde. Landwirtschaftliche Sämaschinen, Schießpulver, Papiergeld, der Buchdruck zum Beispiel wurden bereits unter der Song-Dynastie kurz nach der ersten Jahrtausendwende unserer Zeitrechnung erfunden. Damals befand sich Europa im finstersten Mittelalter - in China blühte eine Hochkultur, wie sie die Menschheit noch nie gesehen hatte. Doch bereits unter den Song wurde deutlich, was die chinesische Geschichte bis in Maos Zeit hinein wesentlich geprägt hat: zwar war man das Zentrum der Welt, aber der Rest interessierte nicht besonders viel. China besitzt seit Jahrhunderten eine Tendenz, sich immer wieder einzuzugeln, die Welt ihren Gang gehen zu lassen, und in der Isolation seine eigene Gesellschaft, ihre Riten und ihre Bräuche zu raffinieren.

Das hatte im historischen Rückblick zwei Konsequenzen: erstens hat China nie versucht, die Welt zu beherrschen, was ihm ansonsten durchaus hätte gelingen können. Es trieb Handel mit ihr und verlebte sich regelmäßig Nachbarvölker wie die Tibeter, Vietnamesen, Mandschuren, Tungusen und Koreaner ein - entweder als annektierte Reichsteile oder als total abhängige Vasallen, je nachdem -, doch dies war im Wesentlichen eine defensive Praxis. China ruhte in sich selbst, und es konnte dies umso besser tun, als der „Glacis“ der Nachbarvölker sich unter seiner militärischen und kulturellen Kontrolle befand. Zweitens führten die Phasen der Abschottung von der Welt und der Konzentration auf das innere Leben des Hofes und seiner Freizeitinteressen immer wieder zu Umstürzen, während denen eine neue Dynastie die Macht übernahm, weil die alte zu schwach und zu faul geworden war, sich und das Reich zu verteidigen. Zweimal wurde das Kaiserreich gar von Dynastien geführt, die keine chinesischen waren: Marco Polo soll Kublai Khan, den großen Herrscher der Mongolendynastie, an seinem Hof besucht haben, und das alte Kaiserreich wurde definitiv abgeschafft, nachdem es fast drei Jahrhunderte lang von den Mandschu regiert worden war. Die chinesische Eigenart des Rückzugs nach innen forderte auch die westlichen Kolonialmächte geradezu dazu heraus, sich im 19. Jahrhunderts Teile Chinas als Hoheitsgebiete anzueignen - in einer Zeit, da auch die Mandschu-Dynastie dem Niedergang verfallen war. So entstanden Hongkong und Macau, und so kommt es, dass Tsingtao-Bier heute noch nach deutschem Reinheitsgebot gebraut wird.

China ist immer wieder erniedrigt worden von Mächten und Völkern, für die die Chinesen nur Herablassung übrig hatten. Die enorme Demütigung im Rahmen der „Ungleichen Verträge“ mit dem Westen, im 19. Jahrhundert, stellt bis heute die Hauptantriebsfeder modernen chinesischen Großmachtwillens dar. Hongkong und Macau sind wieder chinesisches Gebiet, Taiwan fehlt noch - ein Dorn im Auge der letzten Überlebenden des „Langen Marsches“, die sich noch im Zentrum der Macht in Peking halten, und für die eine Wiederherstellung Chinas als weltweit anerkanntes „Reich der Mitte“, mit der Provinz Taiwan, die Erfüllung ihres Lebenstraumes bedeutet.

Soviel zur Geschichte. China ist nur aus ihr heraus verständlich, deshalb auch dieser Rückblick. Seit dreißig Jahren befindet sich China wieder auf dem Weg zur Weltmacht. Nun ist es erneut auf dem globalen Olymp angekommen, und diesmal wird es freiwillig den Rückzug ins „innere Exil“ nicht mehr antreten. Dafür sind die Verlockungen der Kodominanz der Welt im 21. Jahrhundert zu gewaltig.

Mit dem G20-Gipfel von London wurde China die Eintrittsurkunde in den Klub der Weltmächte überreicht. Der Planet braucht die Wirtschaftskraft Chinas und seinen Binnenmarkt, um die globale Produktion wieder auf Vordermann zu bringen. Chinesischer Konsum, jener von Hunderten Millionen halbwegs wohlhabender Chinesen, die mittlerweile zu Geld gekommen sind, ist eine Grundvoraussetzung für eine globale wirtschaftliche Erholung. China übernimmt eine bestimmende Rolle bei der Umgestaltung der Missionen der „Bretton-Woods“ Institutionen und ihrer Refinanzierung. Es wird zum wichtigen Faktor bei der Überwachung und Regulierung der Finanzmärkte. Es wird 2030 allerspätestens die größte Volkswirtschaft der Welt sein. China ist nun eine der zwei Weltmächte. Und es finanziert die andere. Grund genug, die Rolle Chinas in der Welt der Krise zu würdigen, und einen Blick auf die Zeit danach zu riskieren.

Dank einer aggressiven wirtschaftlichen Expansion, die zu einer enormen Exportsteigerung geführt hat, überschwemmen chinesische Waren die Welt. Morgen werden es auch Dienstleistungen sein. Der Großteil davon wandert, nicht zuletzt durch die Kanäle der chinesischen Emigration, nach Nordamerika, vor allem in die USA. Dieser Umstand hat dazu geführt, dass die amerikanische Handelsbilanz mit China seit Jahren chronisch defizitär ist - Dollars fließen in rauen Mengen nach Schanghai, Kanton, Hongkong und schließlich Peking. Der chinesische Renminbi, üblicherweise im internationalen Sprachgebrauch „Yuan“ genannt, ist strukturell unterbewertet und wurde, als nicht konvertible Währung, von den chinesischen Autoritäten auch so belassen. Auf diese Art wurden Exporte begünstigt, und Importe sowieso vor allem aus solchen Ländern bezogen, auf die man auch politisch Einfluss ausübt - dazu kommen wir noch. Das Resultat dieser Politik ist, dass China mittlerweile über die größten Devisenreserven der Welt verfügt, die meisten davon in Dollar. Und mit genau diesen Dollars investiert China massiv in US-amerikanische Staatsanleihen. Rund 40 Prozent ihrer Devisenreserven, etwa 750 Milliarden Dollar, hat die Volksrepublik bereits in amerikanischen Staatspapieren angelegt. Es ist China, das den defizitären Haushalt der USA finanziert, besonders jetzt, wo die Neuverschuldung der USA 2009 und 2010 im zweistelligen Bereich liegen wird. Es ist China, das den USA Konjunkturprogramme überhaupt erlaubt.

Natürlich weiß die Volksrepublik China sehr gut, wo ihre Devisenreserven herkommen - ihr Handel mit den USA muss aufgrund der Ungleichheit bei Wechselkurs und Marktzugang eigentlich als „unfair“ bezeichnet werden. Sie wird daher nicht morgen den USA den Geldhahn zudrehen. Dies wird jedoch nur so lange gehen, wie sie das

selbst steuern und also vermeiden kann. Denn China, trotz seines fulguranten wirtschaftlichen Aufstiegs, trotz seines neuen Reichtums, trotz seines Wachstums und trotz seiner resoluten Modernisierung, ist ökonomisch fragil. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch seine politische Stabilität unsicherer, als es allgemein angenommen wird.

Zweistelliges Wachstum und der Aufstieg zum Hüter des weltweit umfangreichsten Schatzes an Devisenreserven wurden mit einer Entwicklung bewerkstelligt, die Hunderte von Millionen Chinesen aus ihrer ländlichen Heimat in die Städte, vor allem im Küstenstreifen gelockt hat. Vielleicht gibt es ihre Dörfer bereits nicht mehr, weil sie einem Damm, einer Straße oder einer Schienentrasse weichen mussten - in China wird generalstabsmäßig geplant und die neue Infrastruktur macht vor bestehenden menschlichen Siedlungen nicht halt. Wie auch immer: enorme Bevölkerungsschübe haben sich vom Land in die großen Städte vollzogen, wo Arbeit und Geld lockten. Tatsächlich fanden all diese Millionen Menschen bis vor kurzem immer eine Beschäftigung, auch wenn die erste nicht ihren Wunschvorstellungen entsprach. Es würde eine nächste geben, und noch eine nächste, bis man jenen Wohlstand erlangt hatte, von dem man im Moment des Verlassens des heimatlichen Dorfes träumte. Heute findet nicht mehr jeder, der sich in China auf Wanderschaft begibt, sofort Arbeit und Lohn. Mancher findet sie überhaupt nicht. Millionen Chinesen aus dem Hinterland warten zu diesem Moment darauf, dass der Himmel ihnen endlich das schickt, was sie zu suchen auszogen: bezahlte Beschäftigung dort, wo man reich werden kann. Doch die Krise wird diesen Traum für viele platzen lassen. Niemand weiß, wie tief sie in China werden kann, und wie viele Menschen auf den Straßen und in den Bahnhöfen des riesigen Landes stranden werden - am Ende eines Weges, der kein Ziel mehr hat.

Diese Menschen haben gegenüber jenen, die bereits seit Jahren in den Städten leben, eigentlich relatives Glück. Sie können nämlich noch dorthin zurück, woher sie gekommen sind. Das Leben auf dem Land ist in China kein Zuckerschlecken, aber man überlebt. In den Städten liegen die Dinge heute etwas komplizierter.

Chinesische Städte sind, ebenso wie das Land, riesig. Chongching, die Metropole am Yangtse-Fluss, ist heute anerkanntermaßen die größte Stadt der Welt. Sie zählt über 35 Millionen Einwohner, mehr als ganz Kanada, auf einer Fläche grösser als die der BENELUX-Staaten zusammen. In Schanghai leben über 20 Millionen Menschen, in Peking und Kanton sind es mehr als zehn. China hat viele Dutzend Millionenstädte vorzuzeigen, die alle im Verlauf der letzten dreißig Jahre zu

jenen urbanen Monstern geworden sind, die heute das Gesicht Chinas prägen, wie es vor hundert Jahren der Mandschu-Zopf und die Opiumpfeife taten. Dort leben einige hundert Millionen Chinesen, wie es Stadtmenschen auf der ganzen Welt tun: sie wohnen in einem Appartement, das mehr oder weniger ihren Bedürfnissen angepasst ist, gehen einer geregelten Arbeit nach und verdienen Geld. Damit kaufen sie sich das, was sie zum Leben brauchen. Subsistenzwirtschaft findet in den großen chinesischen Städten fast keine mehr statt. Man braucht Geld, um einkaufen zu können, und man muss einkaufen, um zu leben.

Dreißig Jahre sind vergangen, seit Deng Xiaoping beschloss, dass sein Land den kapitalistischen Weg unter staatlicher Kontrolle einschlagen solle. Dreißig Jahre dauert die wirtschaftlich bedingte Urbanisierung Chinas und die Veränderung der Lebensumstände der Chinesen nun an. Jene, die von Anfang an dabei waren, die das moderne Schanghai und das neue Kanton und die anderen Städte entstehen sahen, stehen nun am Ende ihres beruflichen Lebens. Jedes Jahr werden Millionen und Abermillionen Menschen in den Ruhestand eintreten wollen. Nur: China hat im Grunde genommen kein Rentensystem, das von seinem Umfang und seinen Leistungen her mit unserem vergleichbar wäre.

Die Altersversorgung der Menschen in China bestand traditionell, nach der konfuzianischen Ordnung, daraus, dass ihre Nachkommen sich um sie kümmerten und sie versorgten. So funktioniert es auf dem Land. In der Stadt ist das natürlich nicht so ohne weiteres möglich - immer vorausgesetzt, es sind überhaupt Nachkommen vorhanden, die ihre Eltern im Alter betreuen könnten. Natürlich hätte man sparen können, und es wurde in China auch gespart, bloß sind die Preise in den Städten, fürs Wohnen, für die Mobilität, auch für die Lebensmittel so hoch, dass die Ersparnisse vieler Menschen für einen langen Ruhestand ohne zusätzliche Einkünfte nicht ausreichen werden. Auch die staatlichen Altersbezüge helfen da nicht besonders viel. Solange das Land zweistelliges Wachstum verzeichnen konnte, gab es keine nennenswerte Arbeitslosigkeit in den Städten. Das wird sich nun einstweilen ändern. Wovon sollen die Arbeitslosen leben? In Chongching gibt es keinen Beschäftigungsfonds wie bei uns, der Arbeitslosenunterstützung und, wenn nichts anderes mehr geht, Sozialhilfe ausbezahlt.

Arbeitslose und Rentner werden über kurz oder lang im urbanen China dahingehend zum Problem, dass für ausreichende Ersatzzahlungen an Menschen, die keine Arbeit haben oder das Rentenalter erreicht haben, nicht gesorgt ist. Früher brauchte man das nicht, später organisierte man es nicht, und nun stellt sich die Frage, was der Staat mit

seinen Rentnern und Arbeitslosen machen will. Wie alles in China sind auch die Dimensionen dieses Problems enorm: wir reden nicht von ein paar Tausend, sondern von ein paar Hundert Millionen Menschen, die zwischen der Mandschurei und Hainan irgendwann Forderungen stellen werden, denen durch gängige Ausgleichszahlungen nicht entsprochen werden kann. Es wird zu sozialen Unruhen in China kommen, wenn eine unvorstellbare Zahl von Menschen mit einer Realität konfrontiert wird, in der ihr Überleben nicht mehr sicher scheint. Will China dann bürgerkriegsähnliche Zustände vermeiden, dann wird es in die Schatulle greifen müssen, um den Betroffenen finanziell über die Runden zu helfen. In genau jene Schatulle, aus der bis jetzt der Kauf von amerikanischen Staatsanleihen und die massiven Rohstoffimporte finanziert wurden, die China für seine rasende Industrialisierung braucht. Diese Schatulle füllt sich mittlerweile weniger schnell, das chinesische Wachstum liegt „nur“ noch bei etwa sechs Prozent, und die reichen für eine erfolgreiche Bedienung sozialer Ansprüche im Land nicht aus.

China ist zwar ein riesiges Land, aber es besitzt selbst nicht die Rohstoffe, die seine Wirtschaft mittlerweile Tag für Tag verschlingt. Erdöl, Edelmetalle und Holz sind die wesentlichen Ressourcen, die China fehlen, und es besorgt sie sich in der ganzen Welt. Vor allem Afrika ist zu einem gigantischen Rohstofflieferanten für die Volksrepublik geworden. Angola ist mittlerweile ihr Hauptlieferant für Erdöl, den es ebenfalls massiv aus dem Sudan, aus Nigeria und Äquatorialguinea bezieht. Letzteres Land liefert, so wie andere am Äquator gelegene afrikanische Staaten auch, enorme Mengen an Holz in das Reich der Mitte. Natürlich kann China seinen Afrika-Handel anders angehen, als die Europäer dies tun, da es sich resolut nicht in die politischen Verhältnisse in seinen Zulieferstaaten einmischt. Diese Nichteinmischung tut vielen afrikanischen Potentaten dermaßen gut - man denke an Omar al-Baschir im Sudan und Teodoro Obiang Nguema in Äquatorialguinea, die sonst kaum jemand auf seiner Liste bevorzugter Gäste zum Abendessen führen würde - dass sie gerne China große Marktanteile an ihrem Rohstoffexport überlassen. Aber auch das gibt es nicht umsonst: die Chinesen bauen den Afrikanern Prestigebauten wie Präsidenten- und Parlamentspaläste, modernisieren die Infrastruktur und geben Entwicklungshilfe. Beim Zweiten China-Afrika-Gipfel in Addis Abeba 2003 erließ die Volksrepublik 31 afrikanischen Staaten Schulden in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar. Beim Dritten Forum für chinesisch-afrikanische Zusammenarbeit (so heißt der China-Afrika-Gipfel offiziell) in Peking 2006 verpflichtete sich China zur Überweisung von mindestens 10 Milliarden an den Schwarzen Kontinent ohne Gegenleistung - wobei diese im Regelfall sowieso aus unbegrenztem

Zugang zu afrikanischen Rohstoffen besteht. Aber dieses Geld muss in jedem Fall aufgebracht werden, um China in der Gunst der Afrikaner zu halten.

Amerikanische Staatsanleihen, afrikanische Rohstoffe UND chinesische Renten und Arbeitslosenunterstützung - zusammen bedeuten diese Elemente in einer Zeit weniger intensiven Wirtschaftswachstums erhebliche Ausgaben für die Volksrepublik. Es könnte passieren, dass sehr bald nicht mehr jener Anteil in US-Papiere investiert werden könnte, an die man sich in Washington mittlerweile gewöhnt hat. Was, wenn China sein gesellschaftliches Gefüge nur ruhig halten kann, wenn es erhebliche Finanzvolumen, mit denen es bis jetzt das Defizit des US-Haushalts finanziert hat, zur Deckung eigener Stabilitätsbedürfnisse umschichten muss?

China **will** seine Rolle bei der Ermöglichung amerikanischer Politikgestaltung nicht aufgeben, dafür ist der Reiz der Kontrolle über die USA bei den Mächtigen im Regierungsviertel Zhongnanhai zu stark. Es könnte sich jedoch ziemlich kurzfristig in der misslichen Lage wiederfinden, dass es das **muss**. In einem solchen Fall würde die Wirtschaft der Vereinigten Staaten recht schnell erheblichen Schaden nehmen. Die hat sich seit dem Amtsantritt der Bush-Sohn-Regierung 2001 so an billiges Geld vom Staat gewöhnt, dass sie ohne diese Zuwendungen nicht mehr lebensfähig wäre. Eine Destabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Chinas durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, die China aufgrund seiner Handelsbilanz und seiner Produktionsstruktur stark trifft, könnte auf die US-Ökonomie höchst unerquickliche Auswirkungen haben. Weiß man, ob es dazu kommen wird? Man weiß es nicht - aber man kann es nicht ausschließen.

Und Europa in diesem Kontext? Europa hängt bei seiner Defizitfinanzierung nicht von China ab. In dem Sinn ist es also gegenüber Aufwaltungen des chinesischen Drachen unanfälliger, als die USA. Dennoch muss sich Europa bewusst sein, dass die globale Ökonomie unter Führung der USA im Moment auf dem Vulkan tanzt, und dass die europäische Ökonomie eng mit der amerikanischen verflochten ist. Wie eng, haben wir eben noch mit dem Export der „Sub-prime“-Krise erlebt. Daraus sollten wir schließen, dass wir erstens die Entwicklung in China scharf im Auge behalten sollten. Zweitens muss Europa zusammen mit den USA einen Weg finden, um die amerikanische Wirtschaft graduell, aber zielstrebig auf den Boden der Tatsachen zurückzuführen, und anschließend die Abhängigkeit von China drastisch zu reduzieren. Das ist im Interesse der USA und Chinas. Es ist vor allem auch im Interesse Europas.

Entwicklung und Partnerschaft - Gefahren eines Rückzugs

Die globale Wirtschaftskrise wirkt sich besonders dramatisch auf Entwicklungsländer aus. Nicht nur, dass aufgrund von deren ohnehin knappen Finanzmitteln jede weitere Einschränkung ihres Haushaltsspielraums existenzbedrohend wirken kann. Die autonomen Staatseinnahmen vieler Entwicklungsländer hängen quasi ausschließlich von dem einen oder anderen Exportgut ab. Sackt der Markt für diese Ware ab, bleiben dem exportierenden Land oft nur noch die Entwicklungsgelder, um die wesentlichen Funktionen des Staates aufrecht erhalten zu können.

Der Welthandel ist zum ersten Mal seit der Großen Depression in Friedenszeiten rückläufig. Davon betroffen sind fast sämtliche Güter, die in den internationalen Handelskreislauf einfließen. Ein Land, das Kaffee, Kakao, Zucker oder Datteln exportiert, muss mit einer negativen Entwicklung seiner Handelszahlen rechnen. Dies macht gerade jetzt die internationale Offizielle Entwicklungshilfe (Official Development Assistance, abgekürzt ODA) zu einem lebenswichtigen Geldgeber der ärmsten Länder des Planeten.

Der Verfall der Erdölpreise trifft die Öl exportierenden Entwicklungsländer in besonderem Masse. Ein gutes Beispiel hierfür ist Angola. Angola hat vor einigen Jahren einen seit dem Ende der portugiesischen Kolonialzeit andauernden Bürgerkrieg endlich abgeschlossen. Weite Teile des Landes sind zerstört, die Bevölkerung ist arm. Angola ist einer jener vermeintlich glücklichen afrikanischen Staaten, die über erhebliche Erdölreserven verfügen, und diese werden mittlerweile konsequent erschlossen. Angola ist, wie bereits erwähnt, der Hauptlieferant Chinas mit Erdöl. Zwar führen die Öleinkünfte in der Hauptstadt Luanda zu einer Überhitzung der Verhältnisse, einem Boom, der ein afrikanisches Remake dessen darzustellen scheint, was in Reykjavik oder Tallinn erlebt wurde, aber: die Petrodollars, die nach Angola fließen, kommen auch einem groß angelegten Entwicklungsplan des Landes zugute, den die Regierung umsetzen will. Wenn also auch in Luanda heute eine Mahlzeit im Restaurant 25 Dollar pro Person kostet - das entspricht dem monatlichen Pro-Kopf-Einkommen der meisten angolischen Familien - so wurde durch den Ölboom dennoch endlich jene Entwicklungsdynamik möglich, die das vom Bürgerkrieg ausgezehrt Land so dringend brauchte.

Angola hat seinen Staatshaushalt für 2009 unter der Maßgabe eines durchschnittlichen Ölpreises von 80 Dollar pro Barrel erstellt. Im ersten Quartal 2009 lag dieser Preis jedoch nur mühsam über 40 Dollar. Demnach fließt einstweilen nur gut die Hälfte jener Einkünfte in

den angolanischen Haushalt, die vorgesehen waren. Infrastrukturelle Investitionen, Mehrausgaben für Bildung, Gesundheit und sauberes Wasser kommen vielerorts bereits zum Erliegen, weil das Geld fehlt. Natürlich ist die angolanische Umverteilungspolitik, wie die fast aller anderen afrikanischen Staaten auch, suboptimal, um es freundlich zu formulieren. Aber wie soll ein Entwicklungsland, das im Wesentlichen vom Erdöl lebt, eine nachhaltige Haushaltsplanung betreiben können, wenn der Ölpreis zwischen dem Moment, wo der nächste Haushalt ausgearbeitet wird, und dem, wo er in Kraft tritt, um über die Hälfte gefallen ist?

Nun ist Angola kein Land, in dem massive soziale Eruptionsgefahr dadurch drohen würde, dass sich die Entwicklung des Landes gegenüber den optimistischsten Plänen wieder etwas verlangsamt. Zwar ist ein objektives Risiko gegeben, dass die Verlangsamung eher drastisch ausfallen und länger andauern könnte, aber Angola ist kein Land des latenten Extremismus, von dem in dieser Beziehung eine Gefahr ausgehen würde. In anderen afrikanischen Staaten ist dies sehr wohl ein Problem.

In Niger, einem Partnerland der luxemburgischen Entwicklungspolitik, gibt es nur eine wichtige Ressource, und das ist Uran. Die Minen um Arlit füttern französische und andere Atomkraftwerke mit jenem Erz, das sie für die Kernspaltung brauchen. Diese Minen liegen in einem Gebiet, in dem ständig ein Bürgerkrieg zwischen den dort heimischen Touareg und der Zentralregierung in Niamey schwelt. Uran ist nicht vom Verfall der Rohstoffpreise betroffen, er wird im wesentlichen von der Atomkraftgewinnung beansprucht, und die hat in Zeiten der Besinnung auf erneuerbare Energien eher den Wind im Rücken - auch wenn selbstverständlich auch die Uranreserven der Erde endlich sind. Einstweilen gibt es aber davon noch genug. Außer dem Uran gibt es in Niger wenig. Vor allem wenig Staat. Das bisschen Staatswirklichkeit, das in Niamey aufgebaut werden konnte, verzettelt sich ständig im Kampf gegen die Touareg-Rebellion, es gibt Grenzkonflikte mit Mali, man unterhält eine überdimensionierte Armee, die regelmäßig zum Staatsstreich schreitet, wenn sie eines amtierenden Präsidenten mal wieder überdrüssig wird. Durch diese Ausfransung der staatlichen Handlungsfähigkeit liegt der größte Teil des Landes entwicklungsmäßig brach. Der Süden kann zwar noch von Entwicklungsgeldern wie der luxemburgischen profitieren, wie sie vor allem in der Provinz Dosso investiert werden, aber der Osten und der Norden des riesigen Landes (Niger erstreckt sich über mehr als ein 1,2 Millionen Quadratkilometer, in etwa so viel wie das Reich Karls des Großen) sind faktisches Niemandsland, mit Ausnahme der Touristenregion des

Ténéré. Dazwischen hat der Staat abgedankt. Seine Rolle wird zum Teil von islamischen Gruppierungen übernommen, die Schulen und Krankenhäuser organisieren, und dort so vorgehen, wie es ihnen der Glaube vorgibt.

Es ist kein Geheimnis mehr, dass viele der nigerischen Madrasas, der Koranschulen mitten im staatlichen Niemandsland, genau jenen Islam predigen, der auch in den Bergen Afghanistans gefallen würde. Aber wer will die lokalen Imame kontrollieren? Wer sollte den Lehrstoff, den sie vermitteln, überprüfen? Diese Schulen, diese Imame, haben den Staat ersetzt. Sie haben ihn dort abgelöst, wo er ohnehin nicht mehr wirken konnte. Kein Staat kontrolliert demnach, wer sich in diesem unzugänglichen Teil der Sahel aufhält, wer was mitbringt und wer den Kindern was beibringt. Das Risiko eines Rückzugs zum Zweck des Neuaufbaus internationaler terroristischer Gruppen in ein Land wie Niger ist mehr als real. Nur ein starker nigerischer Staat könnte einer solchen Evolution entgegenwirken. Aber mit seinen aktuellen Ressourcen wird er sein eigenes Erstarren nicht bewerkstelligen können.

Schwache Staaten, fragile Staaten, „failed states“, wie Somalia einer ist, stellen eine akute Bedrohung für die Sicherheit des Planeten dar, und das nicht nur wegen eines Wiederauflebens von Seeräubertum. Sie müssten entweder so gestärkt werden, dass sie ihre elementaren Funktionen wahrnehmen und für Ordnung auf ihrem Gebiet sorgen können, oder sie gehören - im schlimmsten Fall - abschafft und durch funktionierende Staatswesen ersetzt. Ein solcher Extremfall ist eben Somalia.

Somalia ist nicht mehr zu retten. Es existiert nicht mehr. Es besitzt nicht einmal mehr eine Regierung. Die „Hauptstadt“ Mogadischu ist die gefährlichste Stadt der Welt - wer den Kurt Russell-Knaller „Escape from L.A.“ gesehen hat, kann sich etwa vorstellen, wie es heute in Mogadischu zugeht. Im Norden, auf dem Territorium der ehemaligen britischen Kolonie Somaliland, hat sich eine Republik Somaliland 1992 für unabhängig erklärt, als der somalische Präsident Siad Barré gestürzt wurde. Seither gibt es Somalia nicht mehr, aber sehr wohl einen funktionierenden, nicht übermäßig korrupten, ein Beispiel für islamische Demokratie ausstrahlende kleine Republik Somaliland. Dieser Staat gehört international anerkannt, genau wie im Übrigen das daneben gelegene Puntland, das mittlerweile ähnliche Funktionsstrukturen aufweist. Was dann noch von Somalia übrig ist, sollte unter UNO-Verwaltung gestellt und besetzt werden. Piraterie vor der somalischen Küste und die ständigen Machtübernahmen der „Islamischen Gerichte“, mitsamt jener Unterstützung, die sie von Eritrea

erhalten, weil sie sich gegen die äthiopische Hegemonialmacht auflehnen, würden binnen kurzem der Vergangenheit angehören. Bloß werden Somaliland und Puntland nicht anerkannt, weil man international keine Grenzen mehr verrücken will. Als ob die somalischen Grenzen nicht schon längst derart verrückt werden, dass man dem Problem mit aktuell gültigen Völkerrecht nicht mehr beikommen kann. Der vom Staatsrechtler Georg Jellinek geprägte Begriff von der „normativen Kraft des Faktischen“ müsste dort vollumfänglich Anwendung finden. Es hat ganz einfach keinen Sinn, die Wirklichkeit im Namen des „uti possidetis“-Prinzips zu negieren, das im Völkerrecht bestimmend ist. Somalia muss durch Staatswesen ersetzt werden, die sein Territorium verlässlich regieren können. Diese Staaten sind zum Teil bereits da. Ihnen fehlt lediglich die internationale Anerkennung.

Somalia ist ein Problem für sich, das eine besonders kreative Lösung braucht. Mit Entwicklung allein ist dort nichts zu bewerkstelligen. Viele Entwicklungsländer aber, die nicht vor der Zerstückelung stehen, stellen uns alle zusammen vor die Herausforderung, durch Entwicklung einer zunehmenden Radikalisierung jener Bevölkerungen entgegenzuwirken, die nichts mehr zu verlieren haben und deshalb anfällig für Extremismen aller Art werden. Die Gefahren, die aus einem Rückzug, einer „Rezession“ der internationalen Entwicklungshilfe erwachsen würden, wären enorm. Die Gefahr, dass es zu einem solchen Rückzug kommt, ist ebenfalls gegeben.

Zwar hat der G20 in London beschlossen, über 350 Milliarden Dollar (auch) für Entwicklung verfügbar zu machen, was eine enorme Summe in dieser Domäne ist, doch wird der Löwenanteil davon in Staatsanleihen und multilaterale Arrangements fließen, die der konkreten Verbesserung der Lebenssituation von Hunderten Millionen von Menschen nur sehr schleppend zukommen werden. Lediglich 6 Milliarden sind für „flexible Finanzierung“ der ärmsten Staaten der Erde vorgesehen. Es steht zu hoffen, dass wenigstens die nicht zurückgezahlt werden müssen. Prinzipiell also war das Signal von London, die Entwicklungshilfe nicht der Großen Krise zu opfern. Ein richtiges Signal und eigentlich eine mutige Entscheidung. Doch sie wird nicht reichen. Ab 2006 ist das Gesamtvolumen der ODA rückläufig. Man kann sich zum Erreichen der UNO-Millenniumsziele der globalen Entwicklung bekennen, so lange man will: ohne die nötigen Geldmittel ist dieses Ziel nicht zu erreichen, und wenn es nicht erreicht wird, steigt im gleichen Zeitraum die Terrorgefahr weiter.

Neben dem Terror gibt es bereits jetzt ein erhebliches Migrationsproblem. Jeden Tag ziehen Tausende von Menschen, vor allem Afrikaner,

auf den Weg nach Norden, in eine vermeintlich bessere Zukunft. Viele von ihnen schaffen es nicht bis an die Küsten. Die, die es bis dorthin schaffen, geben sich in Mauretanien, Senegal, in der Westsahara oder anderswo in die Hand von Schleppern, die ihnen das letzte Geld wegnehmen, um ihnen die Passage nach Europa zu organisieren. Viele dieser armen Seelen ertrinken in den Fluten des Atlantiks, gegen die der armselige Kahn des Schleppers keine Chance haben kann. Andere landen in Ceuta, Melilla, Pantelleria oder Lampedusa in Auffangcamps, wo ihre Zukunft keinen Deut heller aussieht, als dort, wo sie fortgegangen sind. Diese ungeheuerliche Verschwendung menschlichen Lebens und afrikanischer Kreativität, die im kalten Wasser oder in einer überhitzten Auffangzelle zugrunde geht, kann nur ein Ende haben, wenn die globale Entwicklung Wirklichkeit wird.

Ein anderes Problem sind übertragbar Krankheiten. Sie sind in der Entwicklungswelt sozusagen zuhause. Ob nun Cholera, die im völlig heruntergewirtschafteten Zimbabwe wieder ausgebrochen ist, oder hämorrhagisches Fieber wie Ebola - all diese Phänomene sind potenzielle Exportprodukte. Es muss dem Norden, wie man in der Entwicklungssprache noch sagt, daran gelegen sein, dass der Süden seine Epidemien in den Griff bekommt. Dass bis jetzt „Outbreak“-Szenarien in Europa und Nordamerika nicht stattgefunden haben, ist mehr eine Sache des Zufalls als der bewussten Verhinderung. Wir sollten uns daran erinnern, welche Turbulenzen die Vogelgrippe oder SARS im internationalen Reiseverkehr ausgelöst haben - und das bei einer unendlich geringen Zahl an Kontaminierungen außerhalb des Herdgebietes der Infektionen. Es ist eine Frage der Zeit, bis irgendwann einmal ein Ebola-Infizierter in Kinshasa ins Flugzeug steigt und dieses mit ihm an Bord abhebt. Je nachdem, wie virulent der Erreger, den gerade dieser Mensch trägt, dann ist, je nachdem, zu welcher Verbreitungsart er fähig ist - der Virus selbst bestimmt, ob er im schlimmsten Fall sogar durch die Luft übertragen werden kann, nicht die Grenzpolizei! - kann der „Patient Null“ in Brüssel oder Paris fast tot sein, aber das ganze Flugzeug bereits angesteckt haben...und so weiter. Dies klingt nach apokalyptischem Szenario, müsste aber nicht einmal beschrieben werden, wenn wir endlich in einem globalen Kraftakt solchen übertragbaren Krankheiten den Endkampf ansagen würden. Das wird nur im Rahmen der Bereitstellung von mehr Entwicklungsmitteln möglich sein.

Europa spielt hier unangefochten die führende Rolle in der Welt, und das ist auch gut so. Mir fällt kaum ein anderer Politikbereich ein, über dessen Ausgestaltung man als Europäer genauso stolz sein kann, wie auf unsere gemeinsamen Anstrengungen zur weltweiten Entwicklung.

Die EU stellt rund 60% der gesamten ODA, also der offiziellen Entwicklungshilfe. Unter luxemburgischer EU-Ratspräsidentschaft 2005 - Luxemburg ist mittlerweile als Staat Nummer Drei in der planetarischen Hitparade jener Länder, die am meisten für ODA ausgeben, rund 0,9% unseres BIP kommt der Entwicklung zugute - wurden die Mitgliedsstaaten der EU dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2015 ihre jeweiligen BIP-Anteile auf das UNO-Ziel von 0,7% hochzuschrauben. Dieses Engagement wurde beim Frühjahrsgipfel 2009 bekräftigt. Wenn es eingehalten wird - was man hoffen muss - kann das gemeinsame Erreichen der UNO-Entwicklungsvorgabe durch die Mitglieder der EU ein außerordentlich starkes Signal in die Welt ausstrahlen. Vor allem an die Adresse jener, wie der USA, die wesentlich mehr in den internationalen Waffenhandel investieren, als in internationale Entwicklung.

Die Große Krise kann für die Entwicklung sogar eine Stärkung bedeuten. Sie wird recht kurzfristig beweisen, dass wir in der globalisierten Welt wirklich alle voneinander abhängig sind, und das Wohl des einen nicht das Wehe des anderen sein darf. Weniger Entwicklung würde zwangsläufig mehr illegale Migration, mehr Extremismus und mehr Terrorismus bedeuten. Das kann sich die krisengebeutelte entwickelte Welt ganz einfach nicht leisten. Sie ist zur Einhaltung ihrer Entwicklungsengagements verdammt, um nicht in einer wirtschaftlich und sozial bereits äußerst angespannten Lage auch noch mit einem sich zuspitzenden Sicherheitsproblem konfrontiert zu werden. Entwicklung bedeutet für die Empfänger ein materiell besseres Leben und anständige menschliche Perspektiven. Für die Geberländer bedeutet sie mehr Sicherheit, mehr Handel und langfristig verbesserte wirtschaftliche Aussichten. Auf Englisch nennt man so etwas eine „Win-Win“ Situation.

Globale Herausforderungen und fehlende Einsicht

Wir leben in einer Welt. Sie hat nur ein globales Klima, eine Natur, eine Atmosphäre. Wenn die Natur zerstört wird, leiden wir alle. Wenn sich unser Klima dauerhaft ändert, gefährden wir die Lebensgrundlagen von uns allen. Wenn wir die Ressourcen des Planeten rücksichtslos ausbeuten, richten wir die Erde zugrunde, die uns alle trägt.

Die Menschheit muss die Große Krise meistern, um die materiellen Grundlagen ihres Daseins und ihrer weiteren Entwicklung abzusichern. Sie muss zu einer globalen Entwicklungsdynamik kommen, damit die Menschen überall auf der Erde in die Lage versetzt werden, unabhängig von Hilfsleistungen der anderen zu leben. Aber vor allem

muss sie, jetzt und für die Zukunft, das ökologische Gleichgewicht des Planeten wiederherstellen. Die Erde schlägt erbarmungslos gegen jene zurück, die sich an ihr vergehen.

Der Klimawandel ist das herausragende Problem unserer Zeit. Natürlich mag man davon ausgehen, dass es im Verlauf des Bestehens unseres Planeten immer wieder Klimaänderungen gegeben hat. Das stimmt. Sie waren teilweise derart massiver Natur, dass sie die Auslöschung allen Lebens nach sich zogen, auf Millionen von Jahre hinaus. Diese Klimaänderungen wurden nicht von industriellen oder aus Verbrennungsmotoren ausgestoßenen CO₂-Emissionen bewirkt, denn Industrie und jede Form von Motoren gibt es erst seit ein paar Jahrhunderten. Was sich also vor hunderten Millionen Jahren, vor 10.000 Jahren, vor 700 Jahren zugetragen hat, war nicht vom Menschen bewirkt. Es war nicht einmal von ihm beeinflusst, und passierte doch. Der Unterschied zu heute ist der, dass es bis vor - in geologischen Zeiträumen ausgedrückt - relativ kurzer Zeit überhaupt keine Menschen auf unserem Planeten gab, und dass die Klimaänderungen der letzten paar Jahrtausende von ihm nicht vorausgesehen werden konnten. Unseren Vorfahren fehlten das Wissen und die Technik, das Klima zu erfassen, seine Daten zu strukturieren und seine Entwicklung zu verfolgen. Natürlich merkten sie, wie die nordischen Siedler auf Grönland im 14. Jahrhundert, das etwas sich änderte, dass die Sommer kühler wurden und die Winter länger und bitterer. Aber sie mussten es hinnehmen. Ahnen konnten sie eine solche Evolution nicht, und vorhersagen schon gar nicht. Wir schon.

Wir stehen in diesem Augenblick nicht vor einer globalen Erkaltung des Klimas, sondern vor seiner Erwärmung. Je nachdem, wie stark diese Erwärmung ausfallen wird, können sich quasi apokalyptische Konsequenzen aus einer solchen Entwicklung ergeben. Schätzungsweise eine Milliarde Menschen weltweit leben in Meeresnähe, wo das Land flach ist und der Lebensraum oft eingeschränkt. Ein Ansteigen der Meeresspiegel um 20, 30 oder 50 Zentimeter wäre für diese Menschen eine Katastrophe. Inselstaaten wie die Malediven oder Tuvalu würden komplett unter Wasser gesetzt, die Einwohner müssten fliehen. Die Niederlande würden ein ähnliches Schicksal erleben - nur dass es dort nicht um 10.000 Menschen geht, oder 300.000, die zu Klimaflüchtlingen werden könnten, sondern um 15 Millionen. Dass eine polare Eisschmelze im Gange ist, ist erwiesen. Zum ersten Mal seit Menschengedenken ist zum Beispiel die so genannte „Nordwestpassage“ frei - der Seeweg vom Atlantik zur Beringstraße und zum Pazifik über die Nordroute, Richtung Nordpol an Kanada und Alaska vorbei. Die polaren Eiskappen schmelzen, das arktische Meer könnte in einigen

Jahren praktisch eisfrei sein - wohin glauben wir denn eigentlich, dass die Wassermassen verschwinden, die aus einer polaren Eisschmelze entstehen? Sie werden nicht vom Grund der Ozeane aufgesaugt, sondern sie steigern das Wasservolumen der Weltmeere und lassen sie ansteigen.

Das massive Auftreten von Stürmen, das Verschwinden erkennbarer Jahreszeiten an vielen Orten der Erde, die warmen Winter und die regnerischen Sommer in Europa sind alle Zeichen dafür, dass das Klima dabei ist, zu kippen. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Wir wissen, dass das industriell produzierte Treibhausgas vielleicht nicht allein Schuld am Klimawandel ist - sonst hätte es vor der Industrialisierung schwerlich Klimawandel geben können -, doch wir wissen auch, dass es definitiv dazu beiträgt. Und: wir können seinen Ausstoß begrenzen und reduzieren. Sonst können wir nicht viel machen. Das allerdings nicht in ausreichendem Masse zu tun, wäre ein Verbrechen an der Erde - und an den nachfolgenden Generationen von Menschen.

Doch es sind nicht nur der Klimawandel und die toxischen Ausstöße der vom Menschen organisierten Wirtschaftsproduktion, die uns bedrohen. Es ist auch die Art und Weise, wie wir die Wirtschaft füttern. Das Thema lautet: Raubbau an den natürlichen Ressourcen der Erde und Zerstörung der Biodiversität. Dieser Raubbau ist real. Von der Zerstörung der Amazonaswälder, der Grünen Lunge des Planeten, um Zuckerrohr anzubauen, aus dem für Verbrennungsmotoren geeigneter Alkohol gewonnen werden kann, bis zur Gefährdung der Trinkwasserreserven durch massive Umweltverschmutzung ist der Mensch dabei, eine Spur der Verwüstung auf seinem Planeten zu hinterlassen. Eine Verwüstung, die ihn einmal in seiner Existenz bedrohen wird.

Nauru ist eine recht abgelegene Insel im Pazifik. Sie ist nur 21 Quadratkilometer groß und beherbergt heute rund 10.000 Einwohner - zu viele für das Biosystem der Insel, das sie nicht alle ernähren kann. Überbevölkerung ist jedoch kein spezifisch nauruanischer, sondern ein globaler Problemkomplex, der mit Ernährung und Versorgung, also mit Transport, zu tun hat. Darauf kommen wir gleich noch zurück. Die Nauruaner haben ein dringenderes Problem, als den Import von Nahrungsmitteln. Und zwar die mittlerweile fast vollständige Zerstörung ihres Landes.

Nauru wurde vor Tausenden von Jahren besiedelt, und weil es ziemlich isoliert liegt, entwickelte sich aus den verschiedenen ersten Siedlern, die wohl Polynesier und Melanesier waren, eine eigenständige pazifische Kultur mit einer eigenen Sprache, die auf keiner anderen pazifischen Insel verstanden wird. 1830 erst kamen die ersten Europäer

nach Nauru, und 1888 wurde die Insel deutsches Überseegebiet, also eine kleine kaiserliche Kolonie. Um 1900 fand in Australien ein Wissenschaftler heraus, dass es auf Nauru erhebliche Phosphatreserven höchster Qualität gab. Die Insel besteht vor allem aus einem Hochplateau (nur einige Dutzend Meter hoch, aber immerhin), das von einem sehr schmalen Küstenstreifen umrundet wird. Jenes Hochplateau, „Topside“ genannt, birgt die Phosphatreserven.

Phosphat wird in der Landwirtschaft geschätzt, weil es die Fruchtbarkeit und den Ertrag der Böden erheblich steigert. Es wird also als Dünger verwendet. So etwas war zu jener Zeit, und heute noch, ein hoch geschätztes Mineral - sein Verkauf wurde als eine mehr als einträgliche Unternehmung eingeschätzt. Die britische Pazifikkompanie wurde auf das nauruanische Phosphat aufmerksam und einigte sich 1906 mit der deutschen Kolonialverwaltung auf eine Vorgehensweise für den Abbau des Phosphats auf Nauru - und auf eine Profitaufteilung. Die britische Gesellschaft nannte sich nun „Phosphatkompanie“ und ihr alleiniger Zweck bestand fortan in der Ausbeutung und dem Vertrieb pazifischen Phosphats, vor allem aus Nauru. Nach dem ersten Weltkrieg verlor Deutschland seine Kolonien und Nauru wurde Mandatsgebiet des Völkerbundes, mit Großbritannien als Mandatsmacht. Die Briten setzten den Phosphatabbau fort, ohne dass den Nauruanern davon irgendwelche nennenswerten Gewinne erwachsen wären. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Insel Mandatsgebiet der UNO, und die Australier übernahmen die Mandatsführung - mit dem klaren Auftrag, Nauru in die Unabhängigkeit zu führen. Die wurde allerdings erst am 31. Januar 1968 Realität - man tat sich eben schwer damit, das einträgliche Phosphatgeschäft an eine Inselbevölkerung abzutreten, die von Geschäften nicht besonders viel verstehen durfte.

Zum 30. Jahrestag der Unabhängigkeit im Jahr 1998 war klar, dass das Phosphat nur mehr für einige wenige Jahre reichen würde. Dann wären die Bestände vollständig erschöpft, und das nauruanische Hochplateau sähe noch mehr als heute schon nach einer bizarren Wüste aus Korallenspitzen aus, in der nichts mehr wächst und wo es nichts mehr zu holen gibt. Nun ist kaum noch Phosphat da, die 2004 gefundenen neuen Bestände sind im Volumen mit den ursprünglichen nicht vergleichbar. Die Probleme, die sein Abbau mitgebracht hat, werden allerdings bleiben.

Die Biodiversität Naurus wurde in den hundert Jahren des Phosphatabbaus um drei Viertel reduziert. Mehrere Bäume, deren Früchte den alten Nauruanern zur Ernährung dienten, gibt es überhaupt nicht mehr. Die Bevölkerung der Insel hat von den lange Zeit stabilen

um 1.500 Einwohnern in den fetten, phosphatgeschwängerten Jahren nach der Unabhängigkeit, um das Sechsfache zugenommen. Zehntausend Nauruaner müssen nun ernährt werden, was nur durch Importe bewerkstelligt werden kann, und die müssen bis Nauru einen weiten (und demnach teuren) Weg zurücklegen. Die Nauruaner haben aufgrund ihrer „reichtumsbedingt“ geänderten Ernährung heute die höchste Diabetesrate der Welt. Und was am schlimmsten ist: die finanziellen Rücklagen der letzten Jahrzehnte reichen nicht aus, um den nun chronisch defizitären Staatshaushalt über die Runden zu retten. Nauru hat vier der fünf Flugzeuge seiner schönen nationalen Fluggesellschaft wieder abstoßen müssen. Der Tourismus leidet unter der totalen Zersiedlung des Küstenstreifens, der völlig überbevölkert ist. Nauru wird wieder zum Entwicklungsland. Das Land ist kaputt. Es hat vor ein paar Jahren beschlossen, eine Steueroase zu werden, um wieder von irgendetwas leben zu können. Aber Steueroasen haben es in dieser Zeit nicht einfach, wie wir wissen.

Diese kurze Geschichte vom Aufstieg und Fall Naurus soll zeigen, dass dem Menschen Grenzen gesetzt sind, auch wenn er sie nicht sehen will. Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen der Erde auf Teufel komm raus, die Verschandelung unserer natürlichen Umwelt und die Zerstörung des natürlichen Gleichgewichts rächen sich. Noch weiß niemand genau, was zum Beispiel die globale Reduzierung der Biodiversität für Konsequenzen haben wird. Aber es könnte so sein, wie mit den Bienen: kaum jemand außer Imkern und Honigliebhabern interessiert sich sonderlich für diese Tierchen, und stechen können sie auch. Aber: sie bestäuben Blumen. Ohne Bestäubung können Blumen sich nicht fortpflanzen. Ohne Fortpflanzung fehlen sie nicht nur bei der Raum- und Gartendekoration, sondern eben auch in der Nahrungsmittelkette jener Segmente der Fauna, die Blumen auf ihrem Speiseplan haben. Die sterben dann aus...und so weiter. Der Kreislauf der Natur ist ein Ganzes. Ihn zu unterbrechen, kann tödlich sein - sogar für die Menschen.

Die Ressourcen der Erde sind endlich. Fast alles, was wir dem Boden so entnehmen, wächst nicht nach - und wenn, dann in geologischen Zeiträumen, wie Kohle oder Diamanten. Dementsprechend pfleglich sollte man mit den endlichen Ressourcen der Erde umgehen. Man tut es aber nicht - schließlich hat der „Norden“ seine Entwicklung haben dürfen, und jetzt soll der „Süden“ sie auch kriegen, und wenn die Erde dabei draufgeht. Aber es ist nicht nur das. Vieles, was wir dem Boden oder dem Meer entnehmen, sogar wenn es nachwächst, wie alles, was die Landwirtschaft so produziert, wird auf eine Weise verwendet, deren Sinn man dringend in Zweifel ziehen müsste.

Muss es wirklich sein, dass Europa sich vorzugsweise an chilenischem, kalifornischem, südafrikanischem und australischem Wein gütlich tut? Müssen Tag für Tag Schweine aus ganz Europa nach Parma zum Schlachten geschleppt werden, um dann in Polen verarbeitet und zwischen London und Athen als Parmaschinken verkauft zu werden? Müssen Heiploeg-Garnelen - „frische Garnelen aus der Nordsee“, wie sie in der Werbung bezeichnet werden - wirklich allesamt nach ihrem Fang sechstausend Kilometer nach Tanger (Marokko) und zurück transportiert werden, weil dort das manuelle Schälen billiger ist? Jede dieser „frischen“ Garnelen hat also sechstausend Straßenkilometer an Bord eines Lastwagens hinter sich, bevor sie in einem nordfriesischen Supermarkt angeboten werden kann!

Kürzlich traf ich in einem luxemburgischen Restaurant auf Mineralwasser von den Fidschi-Inseln, das der Inhaber als besondere Leckerei verkauft. Mineralwasser von den Fidschi-Inseln? Die liegen fast 20.000 Kilometer von Luxemburg entfernt, und die Cargolux fliegt nicht einmal direkt dorthin! Aber wieso eigentlich kein Mineralwasser von den Fidschi-Inseln und südafrikanischen Wein zum argentinischen Steak... als ob es nicht mit „Véi vum Séi“ auch ginge, mit einem Pinot Noir von der Mosel und Rosport Blue oder Viva. Dies soll kein Plädoyer für rein „nationale“ Versorgung sein, sondern lediglich die Formulierung der Frage, ob denn wirklich täglich unzählige sogar interkontinentale Transportbewegungen notwendig sind, nur damit wir uns in Europa, Nordamerika und Japan exotischer ernähren können.

Die Globalisierung hat ihre guten Seiten, keine Frage. Aber was sie an überflüssigen und unsinnigen Transportbewegungen heraufbeschworen hat, in einer Welt, wo man alles von jedem beliebigen Punkt aus kaufen kann und dorthin geliefert bekommt, ist nicht mehr nachvollziehbar. Wir jagen jeden Tag Tausende Tonnen Waren um die Welt, die genauso gut dort produziert würden, wo sie gebraucht werden, wenn auch ein paar Cent teurer. Wieso kommen 90 Prozent aller Computermäuse heutzutage aus Taiwan? Man wird doch wohl in Saarbrücken, Cincinnati oder Tel Aviv auch eine Maus herstellen können, und sei es aufgrund eines taiwanesischen Patents. Wieso muss ein T-Shirt, das im Norden Englands hergestellt wird, nach China geschickt werden, um bedruckt zu werden? Das wird ein Handwerker in Leeds oder Bradford doch auch hinkriegen? Ja, Mäuse können in Europa hergestellt und T-Shirts in Leeds bedruckt werden. Theoretisch. Es ist nur niemand mehr hier, der das besorgen könnte, weil der Weltmarkt seine gesamte Produktion eben dort zusammenzieht, wo es billiger ist. Wir globalisieren uns zu Tode.

Klimawandel, Ressourcenverschleiß, Zerstörung unserer Lebensgrundlagen durch ein Konsumverhalten, das ständig „globaler“ wird. So lauten die existenziellen Probleme der Zeit, die kommt. Vielleicht hat die Große Krise auch hier ihr Gutes: wenn sich unter dem Druck der trüben Zukunftsaussichten das Bewusstsein verschärfen würde, dass wir nicht nur an der Börse und im Finanzlabor gesündigt haben, sondern uns auch an der Erde versündigen, dann wäre noch Zeit für Buße und Besserung. Allerdings: das Bewusstsein um die genannten Probleme unserer Generation ist außer in Europa nirgendwo besonders ausgeprägt - vielleicht noch in Kanada oder Neuseeland, aber fast nirgends sonst. Jenes Land, das sich immer noch als „größtes Entwicklungsland der Erde“ geriert, ist hier ein besonders abschreckendes Beispiel. Die chinesische Ausbeutung Afrikas spricht Bände über das ökologische Gleichgewichtsverständnis des Reiches der Mitte: Holz, Edelmetalle, Erdöl werden in industriellen Mengen aus Afrika weggeschafft, aber der ökologische Kreislauf der Herkunftsländer dieser Güter interessiert weder sie selbst, noch die Chinesen. Die Entwicklung hat Vorrang, jene Chinas und jene seiner afrikanischen Lieferanten. Nach der Entwicklung kann man sich dann kurz um die Umwelt kümmern, wenn etwas Zeit dazu bleibt.

Nur Europa hat das Bewusstsein umfassend integriert, dass wir die Erde nicht mehr unbegrenzt quälen dürfen. Die Europäer sorgen sich akut um Klimawandel, Naturkatastrophen, den Anstieg der Meeresspiegel. Daraus müssen wir etwas machen. Wir brauchen eine integrierte europäische Politik zur Umkehrung der Zerstörungslogik des ökologischen Gleichgewichts. Dabei geht es auch um Klimawandel, aber eben nicht nur. Es geht ebenfalls um Waldsysteme, die nicht sterben dürfen, die Biodiversität, die erhalten werden muss, und natürliche Ressourcen, die erhalten bleiben müssen - sei es, weil ihr völliger Abbau zu nauruanischen Verhältnissen führen würde, oder weil sie eben für immer halten müssen. So wie die Trinkwasserreserven. Die Erde muss ins Gleichgewicht zurückgebracht werden, und dies ist die erste Generation von Menschen, die über das Wissen, die Technologie und die Handlungsfähigkeit verfügt, das zu schaffen. Dafür brauchen wir einen europäischen Impuls. Und wir brauchen globale Governance, die aus diesem europäischen Impuls resultiert und alle Nationen der Erde in deren aufgeklärte Verwaltung einbezieht. Wir haben zwar keine Weltregierung, aber wir müssen den Anspruch erheben, dass die Welt regiert wird. Sie kann im ständigen und andauernden Wettstreit um ihre Ressourcen nicht überleben. Das kann sie nur, wenn die Menschheit sich zusammentut, um diese Ressourcen zu erhalten und jenen Teil, den sie braucht, gerecht zu verteilen.

Schlussbetrachtung

Europäische Politik in der Welt, Europäische Politik für die Welt

Im Westen wird regelmäßig behauptet, es existiere ein alter chinesischer Fluch, der lautet: „Mögest du in interessanten Zeiten leben!“. Der Sinologie scheint kein solcher Spruch bekannt zu sein, und überhaupt werden in unserem Teil der Welt erfundene Weisheiten gerne als „altes chinesisches Sprichwort“ ausgegeben. Ob es den Fluch nun gegeben hat oder nicht: wir leben in interessanten Zeiten. Sie sind sogar so interessant, dass sie dabei sind, gefährlich zu werden.

Die Große Krise bestimmt unser Denken und Handeln in diesem Jahr. Sie wird es auch im nächsten Jahr noch tun, und darüber hinaus wird sie selbst, oder ihre Ausläufer, noch lange einen prägenden Einfluss auf die wirtschaftliche und politische Gestaltungsleistung ausüben, die in der nahen Zukunft erbracht werden muss. Nichts wird genau so bleiben, wie es jetzt ist. Und eigentlich ist das gut so.

Die Krise hat uns aufgerüttelt. Zum ersten Mal seit der Großen Depression befindet sich die Weltwirtschaft in Rezession, zum ersten Mal seit dieser Epoche geht in Friedenszeiten der Welthandel zurück. Wir wissen noch nicht einmal, welche Verheerungen die Zerstörung einer gigantischen finanziellen Blase definitiv anrichten wird, die den gesamten Planeten umspannt hat. Man hört und liest, die Krise habe bis heute über vier Billionen Dollar an „Werten“ vernichtet. So wurde es am 21. April vom IWF dargelegt. Aber was das für Werte sein sollen, ist schwer zu sagen. Wem auch immer die amerikanischen Häuser nun gehören, deren ehemalige Besitzer der Hypothekenkrise zum Opfer fielen: sie stehen noch. Die Minen des Planeten arbeiten weiter. An den Börsen wird Papier umgeschlagen, das Anteile an real existierenden Unternehmen darstellt. Jeden Tag stehen Milliarden Menschen auf, um ihrer Erwerbstätigkeit nachzugehen, vom Subsistenzbauer am Äquator bis zum Steuerberater in Vaduz. Was wurde also zerstört, das sich in der ungeheuren Zahl „Vier Billionen“ artikuliert – gemäß IWF rund 4.200.000.000.000 Dollar, oder Euro, auf den Unterschied kommt es nicht an?

Zerstört wurden die Fantasiewerte einer Welt, die nur mehr aus Finanz bestand. Aus einem realen Wert war im Verlauf der Jahre nicht mehr nur einmal sein Gegenwert als Kredit geworden, sondern fünf,

oder zehn oder noch mehr Mal dieser Wert - ausgedrückt in exotischen Abkürzungen, von denen zu viele glaubten, sie stellten die Symbole des nimmer endenden Reichtums dar. Zerstört wurden Verträge, wie solche, die über eine bestimmte Entwicklung eines bestimmten Preises eines bestimmten Produktes abgeschlossen wurden. „Lange“ Position: es wird darauf spekuliert, dass dieser Preis innerhalb eines bestimmten Zeitraums steigt. „Kurze“ Position: es wird auf das Fallen dieses Preises spekuliert. Die Spekulation wurde in erheblichen Teilen ihres perversen Daseins zerstört. Doch an all dieser rein finanziellen Vernichtung hängen nicht nur, versteckt hinter der zweiten oder dritten „Derivierung“ einer ursprünglichen Schuldverbriefung, echte Unternehmen mit echten dort arbeitenden Menschen. Daran hängt auch das Vertrauen in das Funktionieren und den dauerhaften, nachhaltigen Erfolg eines Finanzmarktes, auf dem man sich nicht mehr mit drei oder vier Prozent Zinsrendite begnügen musste, sondern wo jedes Jahr im hohen doppelstelligen Ertragsbereich abgesehen werden konnte. Dieses Vertrauen ist weg. Es wird so schnell nicht wiederkommen. Nur wenige Jahre, nachdem der gutmütige, sozialdemokratische europäische Kapitalismus gegen sein rabiateres alter ego von jenseits des Atlantiks unterlegen war, ist nun dieser am Ende. Die Frage ist: was kommt jetzt?

Die aktuellen Bemühungen zur Eindämmung der Krise laufen eindeutig auf eine Wiederkehr - wohl sogar eine Universalisierung, oder herausfordernder formuliert, eine Globalisierung - des gutmütigeren Kapitalismusmodells hinaus. Der hoch entwickelte Teil der Welt hat erkannt, dass es kein dauerhaftes Heil in Spekulation und strukturierten Finanzprodukten geben kann. Der Wert der menschlichen Arbeit erfährt wieder höhere Anerkennung. Die Zeiten, in denen der moderne Mensch vor allem sein Geld für sich „arbeiten“ ließ, gehen zu Ende. Dieser Mensch wird in Zukunft wieder selbst arbeiten müssen - wie es Menschen auf diesem Planeten tun mussten und getan haben, seit unsere Spezies existiert.

Dass trotz aller Einsicht und Zerknirschung der Märkte und jener, die sie bewusst aus dem Ruder haben laufen lassen, nicht ausreichend Reformeifer aus der Krise erwächst, habe ich ausführlich beschrieben. Das hat auch damit zu tun, dass die menschliche Leidensfähigkeit begrenzt ist. Die Menschen tendieren dazu, in Abschnitten zu beichten und ihre Buße Stück für Stück auf sich zu nehmen. Die Steuermänner, Navigatoren und Heizer der Märkte sind - noch - nicht bereit, den vollen Umfang ihres Versagens einzugestehen und sich an einer nahezu revolutionären Umgestaltung der Weltwirtschaft und des politischen Systems, das sie wieder tragen wird, zu beteiligen. Die Staatenlenker,

die das Heft aus der Hand gegeben haben und durch einen bewussten Verzicht auf politische Einflussnahme die Wirtschaft sich haben vollständig vergaloppieren lassen, sind - noch - nicht bereit, den Umfang dieses Umgestaltungsprojekts der Wirtschaft und der politischen Führung, das erst angelaufen ist, in seiner ganzen einschneidenden Deutlichkeit zu beschreiben. Das alles wird noch kommen.

Das Ende einer Welt bedeutet immer, dass eine neue entsteht. Für die Konzipierung und inhaltliche Ausgestaltung dieser neuen Welt werden diejenigen, die das bewerkstelligen müssen, mindestens soviel Kreativität, Mut und Fantasie brauchen, wie die Erfinder all der hanebüchernen Finanzprodukte, die es in Zukunft ganz einfach nicht mehr geben darf. Wie wäre es, wenn jene Männer und Frauen, die ihre überdurchschnittliche Intelligenz und ihren fast übermenschlichen Tatendrang bis jetzt lediglich dem Profit verschrieben haben, sie von nun an der nachhaltigen Neugestaltung der Weltwirtschaft widmen würden? Vielleicht wäre dies genau jene Buße, die ihnen auferlegt werden sollte.

Durch die Rettung und Übernahme von Banken und anderen wirtschaftlichen Unternehmen steigen die Staaten, steigt die Politik wieder zu der gestalterischen Funktion auf, die sie nie hätten aufgeben dürfen. Diese Entwicklung ist in vollem Gange. Der Staat übernimmt wieder seine moderne, neuzeitliche Verantwortung für die bewusste Steuerung des Gemeinwesens - auch jenes Teils davon, der mit Unternehmertum und wirtschaftlicher Tätigkeit zu tun hat. Doch die Entwicklung vollzieht sich unter Druck, stellen- und zeitweise sogar in Panik. Aus ihr ergibt sich keine neue Ordnung, nicht von selbst, denn die Reaktionen der Staaten verlaufen unkoordiniert, je nachdem, wo und wann gerade wieder eingegriffen, gerettet und übernommen werden muss. Die Staaten riskieren, sich in einem ihnen aufgezwungenen wirtschaftlichen Konsolidierungsaktivismus zu verzetteln, und schlecht aufgestellt zu sein, wenn alles noch schlimmer kommt: soziale Unruhen, Inflation, nächste Erdölkrise.

Dass letztere sich manifestieren wird, scheint von Spezialisten einhellig bestätigt zu werden: es wird im Moment aufgrund der niedrigen Nachfrage und der ebenso niedrigen Erdölpreise zu wenig in Infrastrukturen für seine Gewinnung und Raffinierung investiert - ein schnelles Anziehen der Nachfrage würde in einigen Jahren eine akute Erdölknappheit mit exorbitanten Preisen zur Folge haben, weil die Produktionskapazitäten schlicht mehr ausreichend wären. Auch darauf sollten wir uns einstellen - und vorbereitet sein. Das geht nur, indem wir binnen jener paar Jahre, die bis zum voraussichtlichen Einsetzen der nächsten Erdölkrise bleiben, die Abhängigkeit gegenüber dem

Erdöl so reduzierten, dass auch die heutige Förderleistung für die Deckung der globalen Industriebedürfnisse und für die fortschreitende Entwicklung der ärmeren Förderländer ausreichend sein wird.

Die Vereinigten Staaten besitzen nicht die Handlungsfähigkeit und vor allem nicht den Handlungswillen, eine tief greifende Umgestaltung des globalen Wirtschaftssystems zu initiieren - schon gar nicht, wenn diese mit einer umfassenden Reform der Strukturen der Welt-Governance einhergehen muss. Sie werden allerdings tatkräftig dabei mitmachen, wenn ihnen unmissverständlich vor Augen geführt wird, dass die Welt ohne sie begonnen hat, sich zu bewegen, und diese Bewegung nicht mehr aufgehalten werden kann.

Die anderen großen Spieler auf dem Schachbrett des Planeten, ob Weltmacht oder nicht, tendieren dazu, solche Bewegungen stets in ihrem eigenen Interesse zu orientieren. Der Sinn für ein globales Gemeinwohl, wie er in Europa eine lange Tradition hat, ist noch keine allgemein anerkannte Kategorie in Russland, China, Indien oder Brasilien. Wenn die eigene Entwicklung oberste Priorität genießt, fügt sie sich meist nicht in einen übergeordneten konzeptuellen Ordnungsrahmen ein. Das ist nicht verwerflich, sondern allzu menschlich.

Die Position Europas in der Welt mag konkret so schwach sein, wie sie in den drei Akten dieses Dramas beschrieben wurde. Doch sie ist durchweg nicht emotional negativ belastet. Europa hat seit dem Zweiten Weltkrieg keine Kriege in der Welt geführt, zumindest hat es sie nicht angezettelt. Wir haben im Regelfall nicht zu den Freibeutern der Rohstoffe des Planeten gehört - obwohl ein solches Verhalten den Europäern seit den kolonialen Eroberungen ja keineswegs fremd war. Und wir haben positive Akzente gesetzt, indem wir bei Entwicklung und Klimaschutz eine Vorreiterrolle übernommen haben - immer im Bewusstsein, dass ökologische und wirtschaftliche Konsolidierung eine der wesentlichen Voraussetzungen für Sicherheit und Frieden ist. Dies alles macht Europa in der aktuellen Situation zu einem zentralen Bezugspunkt. Wesentliche Impulse zur Neuausrichtung der globalen Ordnung müssen von diesem Kontinent ausgehen. Tun sie es nicht, verpassen wir eine historische Chance zur definitiven Verbesserung der Lebensumstände aller Menschen auf dem Planeten.

Europa - in diesem Fall nun die Europäische Union - hat nicht den Anspruch, die Welt alleine zu führen oder auch nur zu orientieren. Bei allen objektiven Defizienzen der Union hat dies unter den aktuellen Umständen besonders viel Gutes. Eine weiter gehende, tiefer reichende politische Einigung Europas wird nirgendwo als Bedrohung gesehen. Jene, die eine solche Entwicklung als bedrohlich für ihre eigene

Position ansahen, haben in den Vereinigten Staaten nun ein paar Jahre Machtpause. Dieses Zeitfenster muss Europa nutzen. Wir können es nur nutzen, wenn wir schnell die Auseinandersetzungen über Nebensächlichkeiten überwinden und uns resolut den existenziellen Problemen Europas und der Welt zuwenden.

Dazu muss mehr Kreativität und mehr europäischer Stolz her. Ja, Stolz auf diesen einheitlichen Kulturraum, in dem Eigenarten als Bereicherung betrachtet werden und nicht mehr als Faktoren der Trennung und Zersplitterung. Gesichert in der Überzeugung, dass Europa als Begriff und als politischer Integrationsraum tragfähiger ist, als bisher angenommen, müssen wir die Nachbarschaftsquereien aus der Welt schaffen. Das wird nur auf der Grundlage eines neuen Basisvertrags für Europa funktionieren. Deshalb muss dieser so schnell wie irgend möglich in Kraft treten können. Wir haben nicht die Zeit - und sollten sie uns im Übrigen auch nicht nehmen - für eine nochmalige Neuverhandlung des Vertrags von Lissabon. Der muss es jetzt sein. Lassen wir die Europäer darüber abstimmen, wenn's sein muss. Die Herren von Westminster, des Hradschin und anderer Zitadellen stolzen nationalen Widerstandes müssen dann entscheiden, ob sie den gemeinsamen Weg mit beschreiten wollen, oder nicht. Hunderte Millionen Europäer haben es einfach nicht nötig, ein paar Quertreibern ewig nachzugeben. Wetten? Sollte die britische Regierung dann aus der Union austreten wollen, würde Schottland seine Unabhängigkeit erklären und der Union beitreten wollen. So what? Lassen wir es geschehen. Eine neue Zeit muss auch Platz haben für Entwicklungen, die mit den vorgefassten Begriffen und Tabus der zu Ende gehenden Epoche nicht vereinbar waren. Keine Revolution hat sich je von den Kategorien ihres Vorläufersystems ernährt. Wir brauchen heute eine Revolution. So, wie es die „Samtene“, jene der Rosen und die Orange Revolution waren, während denen ohne Blutvergießen die alte Zeit beendet und die neue willkommen geheißen wurde.

Eine Europäische Union, die endlich auf konsolidierten institutionellen und politischen Füßen steht, ist in der Lage, sich endlich konsequent mit der letzten Erweiterung zu beschäftigen. Der letzten, weil sie so umfassend sein muss, dass es danach keine weitere mehr braucht. Diese Erweiterung - auf die Türkei, die Ukraine, Moldawien, Weißrussland, den Westbalkan und, warum eigentlich nicht, Georgien - könnte so gestaltet werden, wie die letzte auch hätte organisiert sein müssen: auf der Grundlage eines Masterplans, der aus finanzieller Unterstützung, progressiver wirtschaftlicher Integration und begleitender politischer Partizipation besteht. Danach erfolgen die jeweiligen Beitritte von alleine. Und sie erfolgen zu jenem Kreis der Union,

zu dem der Beitrag angestrebt wird. Das kann der mittlere Kreis der gemeinsamen Souveränitätsausübung sein, oder der äußere Kreis der teilweisen Integration, dessen Mitglieder an eben jenen Politiken des zentralen Kreises teilnehmen, die sie selbst bestimmen. Der zentrale Kreis aber wird um die Frage der Schaffung einer europäischen Staatlichkeit nicht mehr umhinkommen. Wir sollten die Europäer auch hier um Rat fragen. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die schon lange dazu bereit sind, politische Organisation auf einem höheren Niveau als dem der Nationalstaaten zu akzeptieren. Auch, wenn die Regierenden sich damit noch außerordentlich schwer tun.

Ist die Europäische Union einmal dort angekommen, wird sie in der Lage sein, der Welt ihre Vorschläge zur „Global Governance“ mit umso mehr Überzeugung und Glaubwürdigkeit zu unterbreiten, als sie es geschafft haben wird, einer europäischen Regierungsform definitiv Struktur und Inhalt zu geben. Wenn der „streitende Kontinent“, der er so lange gewesen ist - so wie die „Streitenden Reiche“, in denen Konfuzius wirkte - zur unwiderruflichen Einheit finden kann, dann kann ähnliches auch in noch größerem geografischen Rahmen gelingen. Schließlich leben wir auf einem kleinen Planeten, und das auch noch in einer bereits globalisierten Gesellschaft.

Natürlich ist all dies im Moment noch Utopie. Aber wer hat vor zwei, drei Jahren jenen Glauben geschenkt, die das Ende des kapitalistischen Wahnsinns und der Globalisierung, wie sie war, vorausgesagt haben? Sie hatten Recht. Nehmen wir also noch eine kurze Weile an, man könnte heute auch Recht haben, wenn man eine neue Weltordnung entwirft, und skizzieren wir die Eckpunkte davon.

Immer davon ausgehend, dass das europäische Wirtschaftsmodell sich nun durchsetzen kann - ein Modell, das auf den endogenen Wert der Arbeit, nachhaltiges Wachstum und tragfähige Investitionsstrukturen aufbaut - wird jener Kontinent, der dieses Modell erschaffen hat, auch eine Rolle bei seiner globalen Verbreitung spielen müssen. Die Vereinigten Staaten werden uns diese Aufgabe nicht abnehmen. Sie sind selbst gegenüber einem solchen Wirtschaftsmodell avers - und noch viel averser gegen eine Weltordnung, die konsequent auf der multilateralen Verständigung jener geografischen Blöcke aufbaut, in denen die globale Wirtschaft ihre spezifische regionale Ausgestaltung findet. Die gemeinsamen, allgemein gültigen Regeln einer Weltwirtschaftsordnung, die regionale ökonomische Spezifitäten integriert, um sie für den Erfolg des Gesamtsystems nutzbar zu machen, müssen in Europa entworfen werden.

Jenseits aller Konjunkturprogramme müssen wir der Tatsache ins Auge sehen, dass es erst einmal mit der Wirtschaft weiter bergab geht. Das wird trotz dieser Programme der Fall sein, und stellenweise sogar gerade wegen ihnen. Die Dauer der Großen Krise kann nur verkürzt werden, wenn die Betriebsfehler des Weltwirtschaftssystems behoben werden. Ohne solche Fehlerbekämpfung wird lediglich gutes Geld dem schlechten hinterher geworfen - jeder mittelständische Unternehmer weiß, dass das lediglich den Gesamtverlust eines nicht mehr zu rettenden Betriebs steigert, der schließlich dennoch untergehen wird.

Europa muss eine Liste auf den Tisch liegen, auf der all jene Investitionsvehikel und Börsengeschäfte und -praktiken aufgeführt sind, die in Zukunft und für alle Zeit verboten sein werden. Das geht von multiplen Verbriefungen der gleichen Schuld über CDOs bis hin zu Leerverkäufen und den meisten Futures. Spekulation, um es drastisch, dafür aber verständlich zu formulieren, darf es im wirtschaftlich großen Stil nicht mehr geben. Ich mag darauf spekulieren, dass nächstes Wochenende die Sonne scheint, um mein neues Cabrio auszufahren. Wenn es dann doch regnet, bleibt das Auto eben in der Garage, und ich muss mir einen anderen Zeitvertreib suchen. Aber ich darf nicht mehr auf den Preisverfall von Schweinehälften, Reis, Bankaktien oder Stahl spekulieren. Diese Spekulation mitsamt ihrer „self-fulfilling“-Dynamik - wenn ausreichend viele auf den Verfall eines Preises spekulieren, dann fällt er tatsächlich - ist eigentlich kriminell. Sie setzt jeden Tag die Lebensgrundlagen von Menschen aufs Spiel, und hier meine ich nicht die Trader, die bei einer solchen Spekulationsoperation auch verlieren können. Wer nicht begreifen will, dass all diese sinnlose, ja pathologische Spekulation ein Ende haben muss, der hat die Krise nicht verstanden.

Diese Liste wird dann akzeptiert, oder sie wird es nicht. Wird sie es nicht, muss Europa sich wehren. An europäischen Börsen dürfen dann keine Titel mehr zugelassen werden, die ihren Ursprung in Ländern haben, die bei der Spekulationsbekämpfung nicht mitmachen. Die Steuerparadiese wurden auf diese Art in die Knie gezwungen. Nun muss der zweite Akt des Schauspiels folgen. Mit denselben Spielregeln.

Anschließend muss Europa daran gehen, der Welt Spielregeln für die Globalisierung vorzuschlagen. Es kann nicht länger so sein, dass ganze Regionen in den Hochlohnzonen der Welt - und Europa ist so eine - wirtschaftlich verbluten, weil jeder internationale Betrieb, der etwas auf sich hält, ständig dorthin delocalisiert, wo die Produktionskosten

niedriger sind. Er soll auch dort investieren, das schafft Arbeitsplätze und Entwicklung. Aber er muss vor allen Dingen da verwurzelt bleiben, wo sein Geschäft angefangen hat - die neuen Arbeitsplätze der einen dürfen nicht länger die zerstörten Lebenspläne der anderen sein. Das setzt eine völlig neue Form der „corporate governance“ voraus, der Unternehmensführung, der verbindliche soziale und ökologische Elemente beigelegt werden müssen, damit sie ihre Verantwortung bei der Neuordnung der Weltwirtschaft wahrnehmen kann. „Corporate governance“ ist ein weites Feld, das auf der Ebene der Verbindlichkeit bis heute weitgehend unbestellt ist. Das muss sich ändern.

Um die grundlegend wichtige Funktion multinationaler Unternehmen im modernen Gefüge des menschlichen Lebens institutionell einzuframen, wäre zu überlegen, ob nicht weltweit tätigen Unternehmen ab einer bestimmten Größe und geografischen Streuung ihrer Aktivitäten die Völkerrechtssubjektivität zuerkannt werden soll. Wenn Nauru mit seinen 10.000 Einwohnern einen Sitz in der UNO hat, wieso dann nicht ArcelorMittal, das für 350.000 Menschen ein sehr viel bestimmender Faktor in ihrem Leben ist, als es viele schwache Staaten für ihre Bevölkerung sind? Wenn ein internationales Unternehmen mehr Beschäftigte zählt, als bestimmte Mitgliedsstaaten der EU Einwohner - wieso soll es dann nicht angehalten sein, sich über seine Profite und Gewinnmargen hinaus am Wohl des Planeten zu interessieren? Wieso sollten solche Unternehmen nicht in die globale Entwicklungspartnerschaft und den ökologisch tragfähigen Umbau der globalen Ordnung eingebunden werden? Wir werden niemals ausreichend Wind-, Wasser- und Sonnenenergie mobilisieren können, es wird niemals genügend Elektro- und Wasserstoffautos geben, der Planet wird nie über dauerhaft gesicherte Trinkwasserreserven für all seine Bewohner verfügen können, wenn die Staaten all das mit Steuergeldern allein finanzieren müssen. Wir haben in den vergangenen Monaten eindrucksvoll vor Augen geführt bekommen, was für enorme Finanzvolumen die Wirtschaft ganz allein zu verwalten, zu horten und zu mehren wusste - unendlich mehr, als Staaten in ihrem Verfügungsbereich haben, und die müssen bekanntlich auch noch für Umverteilung sorgen. Die Zeit ist reif für ein globales Kapitalismusmodell, das die Unternehmen und die zukünftige Finanzwirtschaft in die politische Verantwortung nimmt. Kapitalistische Ordnung kann sich nach der Großen Krise nur weiterhin legitimieren, wenn sie dabei hilft, die Welt gerechter zu machen. Bis jetzt war sie eher für das Gegenteil zuständig, wie die ständig weiter verrutschende Balance zwischen Reichen und Armen auf dem Planeten zeigt.

Die Tradition des europäischen Kapitalismus legt nicht nur nahe, einen derartigen Anspruch für die Wirtschaftsordnung der Zukunft zu formulieren - sie regt vor allem dazu an, dass es die Europäische Union sein muss, die diese Formulierung übernimmt. Der Wohlfahrtsstaat, wie er in Europa nach dem Krieg entstanden ist und sich auf diesem Kontinent weiter entwickelte, als irgendwo sonst auf dem Planeten, besitzt eine konzeptuelle Grundlage, die auch für eine globale Organisation menschlichen Zusammenlebens taugt. Man ersetze Arbeitslose durch Entwicklungsländer, Sozialhilfeempfänger durch die ärmsten Staaten der Erde, das soziale Sicherheitsnetz durch den Anspruch auf sauberes Trinkwasser, Bildung, Gesundheitsversorgung - und schon nimmt das globale Wohlfahrtssystem Form an. Man braucht keinen Staat, um den weltweiten Übergang in eine Gesellschaftsordnung zu schaffen, in der Nord und Süd, Arm und Reich, Gross und Klein Anspruch auf dieselbe Gerechtigkeit haben - und auf das gleiche Recht.

Überhaupt, das Recht. Die UNO hat in ihrer fast 65 Jahre währenden Existenz versucht, das Völkerrecht zur Grundlage der friedlichen Konfliktlösung zwischen Staaten zu erheben. Teilweise ist ihr das sogar gelungen, auch wenn nicht alle Kriege verhindert werden konnten. Gegen Bürgerkriege ist die UNO meist sowieso machtlos. Dennoch: eine Weiterentwicklung des internationalen Rechts muss zur wesentlichen Aufgabe einer reformierten UNO werden. Dieses Recht muss neben den Staaten und der politischen Ordnung auch das Wirtschaftssystem als Gegenstand haben. G7/8, G20, OECD all diese Foren mögen ihren Nutzen haben, nur waren sie bis jetzt nicht in der Lage, verbindliche Rechtsvorgaben aus ihren Beschlüssen und Anregungen zu erwirken, die für ALLE Gültigkeit besäßen. Was will die UNO schließlich machen, wenn ein Staat sich nicht an die Millenniums-Vorgaben zur Entwicklung halten will? Was passiert, wenn Staaten sich in genozidäre Kriege verwickeln, und die Welt lediglich mit humanitärer Hilfe antworten kann - vorausgesetzt, diese wird überhaupt durchgelassen? Genau wie die Zerstörung der natürlichen Ressourcen der Erde, genau wie die spekulative Wirtschaft, muss auch das ständige beliebige und willkürliche Morden in der Welt ein Ende haben. Diejenigen, die es zu verantworten haben, gehören vor Gerichte. Damit sie dahin gebracht können, darf es in Zukunft nirgendwo mehr für psychopathische Völkermörder Zuflucht geben.

All dies gehört auf die Agenda zur Bewältigung der Großen Krise. Über den Tag hinaus ist klar, dass die Beruhigung der wirtschaftlichen Kontorsionen der Weltgemeinschaft nicht von Dauer sein kann, wenn nur Sedative zur Anwendung gebracht werden. Der Patient braucht eine Medizin, die nicht nur die Symptome verdrängt, sondern die Krank-

heit an ihrem Ursprung bekämpft. Der tiefere Ursprung der aktuellen Krise liegt in der Weltwirtschaftsordnung, die eine globale Unordnung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Verhältnisse ist. Das Chaos muss strukturiert werden, bevor eine neue Ordnung die alten Verhältnissen ersetzen kann.

Europa sollte sich schleunigst darum sorgen, dass es seine internen Probleme, auch jene der unzureichend koordinierten unmittelbaren Antwort auf die Große Krise, in den Griff bekommt, und global zu einer „force de proposition“ werden kann, auf die in der Welt gehört wird. Andere werden ihre Vorschläge ebenfalls formulieren, mit ziemlichem Nachdruck, wie bereits zu erkennen ist. In diesem Konzert der Lösungsansätze für die dringenden und tief greifenden Probleme der Welt muss Europa eine der ersten Geigen spielen. Es geht nicht darum, das Konzert zu dominieren. Es geht darum, dass am Ende die Zuhörer den Eindruck haben, das Orchester habe gemeinsam Unvergessliches geleistet.

Europa neu begründen – Vorwort von Jacques Santer	S. 5
Zur Einführung	S. 11
Anfangsbetrachtung – Das Ende einer Welt	S. 19
Akt 1 – Die Krise erreicht Europa	S. 31
• Der Fall Islands	
• Staatsbankrott ist möglich!	
• Die Niederlage des europäischen Kapitalismus	
• Der Fall der Mauer und die „Versöhnung der Geschichte mit der Geografie Europas“ - Grundlagen für die heutige kontinentale Krise	
• Die Union und der G20 - wie Europa sich selbst zugrunde richtet	
Akt 2 – Europa in der Krise	S. 61
• Feuerprobe für den Euro: das Kreuz mit der Souveränität	
• Noch immer kein neuer Vertrag	
• Wie belastbar ist die Europäische Union?	
• Die Grenzen europäischer Handlungsfähigkeit	
• Systemkrise in Europa - Was wird uns die Europawahl bringen?	
Akt 3 – Europa in der Welt der Krise	S. 93
• Die Zeit nach dem G20 von London - von einer Krise zur nächsten?	
• Die multipolare Welt: Gewinner und Verlierer	
• China ist Weltmacht - und jetzt?	
• Entwicklung und Partnerschaft: Gefahren eines Rückzugs	
• Globale Herausforderungen und fehlende Einsicht	
Schlussbetrachtung	S. 127
Europäische Politik in der Welt, europäische Politik für die Welt	

